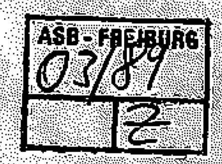
M 3477 F

blätter des iz3w



informationszentrum dritte welt

Südliches Afrika

außerdem Berichte zu:
Grenada ★ Kurdistan ★ Nicaragua
Bevölkerungspolitik ★ Weltbank





Nr. 156 März/April 1989 DM 5,00



Impressum



Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Niko Georgi, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Teresa Löbbert, Mechtild Maurer, Thorsten Pilz, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Ulrike Stamm, Norbert Stamm, Bernhard Thill, Detlev Vogel, Erik Weckel, Jürgen Wengler, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11,
Telefon: (0641)77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: 45,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 157:
11.4.1989

Anzeigenschluß für Nr. 157:
18.4.1989

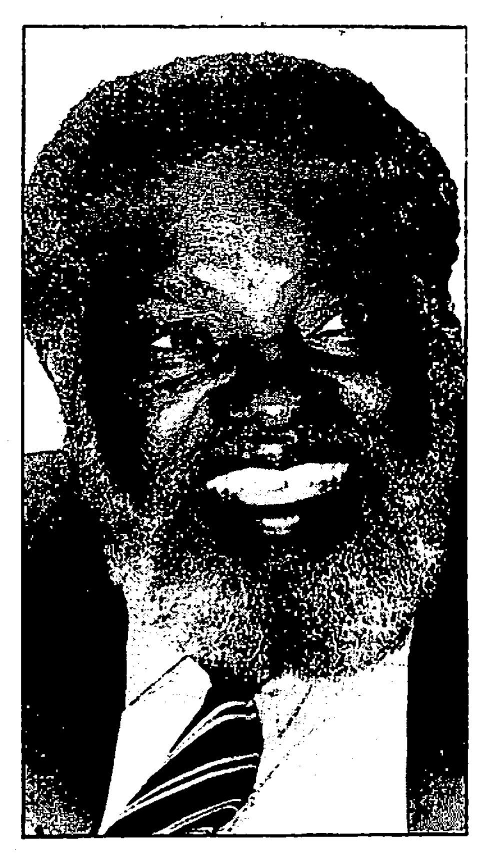
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Perspektiven einer Dekolonisierung Namibias

Namibia — immer wieder war es in den letzten Monaten in den Schlagzeilen zu finden: Es soll unabhängig werden. Derweil werden schon die Wähler registriert, laut Plan sollen am 1. Nov. 89 die ersten freien Wahlen in der ehemals deutschen Kolonie stattfinden. Südafrika ließ sich auf diesen Schritt aus einer Position der Schwäche ein, aber seinen Machtanspruch über Namibia gibt es noch nicht auf...

Die Liste der Behinderungen des Dekolonisierungsprozesses ist schon jetzt lang. Ein Ende des zähen Ringens des Landes um Unabhängigkeit ist nicht abzusehen.



SWAPO-Chef Sam Nujoma

Vor mehr als 20 Jahren wurde Südafrika das Mandat über die ehemals deutsche Kolonie Südwestafrika aberkannt. Sowohl die UNO wie auch der Internationale Gerichtshof erklärten die südafrikanische Präsenz im Lande für illegal und völkerrechtswidrig. Dennoch blieb Namibia, wie die kolonisierte Bevölkerungsmehrheit seit Anfang der 60er Jahre ihr Land nennt, weiterhin besetzt. Auch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die nationale Befreiungsbewegung SWAPO (South West African People's Organisation) im Jahre 1966 konnte daran nichts ändern. Erst zu Mitte der 70er Jahre wurde die Endphase der kolonialen Ära in der Region des Südlichen Afrika eingeläutet. Mit der zumindest formalen Unabhängigkeit der einstmals unter portugiesischer Kolonialherrschaft stehenden Gebiete - und insbesondere der Errichtung einer MPLA-Regierung in Angola - zeichnete sich auch die Notwendigkeit zur Modifizierung der südafrikanischen Fremdherrschaft in Namibia ab. Fortan bemühte sich Pretoria um die Rekrutierung einer kooperationswilligen Minderheit in der kolonisierten Bevölkerung, mit der zusammen eine neokoloniale Weichenstellung unter dem Vorzeichen einer Pseudo-Unabhängigkeit programmiert werden sollte (1).

Resolution 435 des Sicherheitsrates - Verwirklichung verschleppt

Angesichts der absehbaren Erfolglosigkeit solcher Manöver wurden 1977 die damaligen westlichen Mitgliedstaaten im UNO-Sicherheitsrat aktiv. Sie intervenierten mittels einer diplomatischen Großoffensive. Als Kompromiß zäher Verhandlungen mit dem südafrikanischen Besatzungsregime und der SWAPO entstanden die Grundrisse eines UNO-Lösungsplanes. Am 29. September 1978 wurde dieser als Resolution 435 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und Nichtteilnahme an der Abstimmung durch die VR China) gebilligt. Resolution 435 (1978) stellt seither das Grundsatzdokument zur Übergangsregelung für ein formal unabhängiges und selbstbestimmtes Namibia dar. Sie sieht in ihren wesentlichen Bestandteilen den Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia und die Stationierung der SWAPO-Guerilleros in festgelegten Lagern, die Errichtung einer UNO-Übergangsverwaltung (United Nations Transitional Assistance Group, UNTAG)sowie schließlich die Durchführung freier und allgemeiner Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung vor (2). Resolution 435 (1978) wurde damit formales Instrument zur Regelung eines Procedere im Dekolonisierungsprozeß der ehemals deutschen Kolonie - mehr aber auch nicht. Weder waren die Details der Ausführungsbestimmungen festgelegt, noch die Interpretationsmöglichkeiten wesentlicher Bestandteile des Verfahrens verbindlich definiert und gebilligt. Mehr noch: Um überhaupt die Kontrahenten zu einer formalen Einigung auf diesen UNO-Lösungsplan bewegen zu können, mußten wesentliche Themenkomplexe einer namibischen Unabhängigkeit gezielt ausgeklammert bleiben. Angesichts auch der vorher bereits geschaffenen einschlägigen UNO-Beschlußlage, war es insbesondere die SWAPO, der erhebliche Zugeständnisse abverlangt wurden.

Wer jedoch mit Verabschiedung von Resolution 435 den Hoffnungsschimmer am Horizont bereits für die Morgenröte der namibischen Unabhängigkeit hielt, der sah sich durch die diversen Hinhaltemanöver in den folgenden Jahren bitter enttäuscht (3). Auch zum zehnten Jahrestag der Resolution 435 (1978) stand deren Verwirklichung noch aus. Denn während es aufgrund der politischen Großwetterlage 1980 beinahe zu einer Regelung hinsichtlich Namibias gekommen wäre, läutete die Ära Rea-

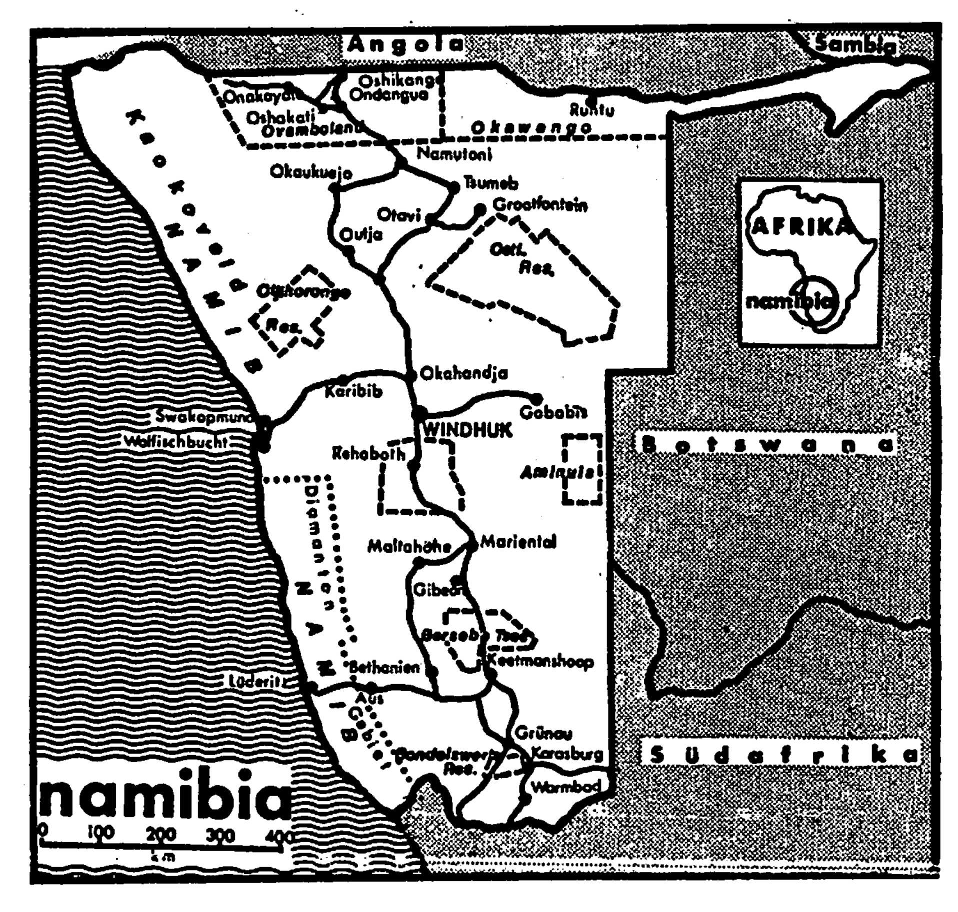
gan eine neue Phase der Terrainsicherung unter geostrategischer Prämissen ein. Festgeschrieben wurde diese am Status quo orientierte Politik in der Region durch den traumatischen Schock, den das Wahlergebnis 1980 in Zimbabwe darstellte, mit dem die ZANU (PF) die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich vereinigte und die Grundlage für eine demokratisch legitimierte Politik schuf. Fortan nistete sich in den Köpfen der Geostrategen und reaktionärer Rassisten nicht nur in Südafrika selbst die (nicht so abwegige) Horrorvision ein, daß es auch der nationalen Befreiungsbewegung SWAPO gelingen könnte, trotz aller Widrigkeiten unter auch nur halbwegs fairen Bedingungen einen überzeugenden Wahlsieg zu erringen. In der Tat sind sich die Prognosen eines Wahlausganges in Namibia unter internationaler Kontrolle nahezu unisono darin einig, daß die SWAPO als stärkste Kraft bestätigt wird. Im Gegensatz zur SWAPO, die im Vertrauen auf diese Einschätzung von Anfang an die Verwirklichung der Resolution 435 (1978) zum schnellstmöglichen Zeitpunkt anstrebte und im Zuge der darauffolgenden Verhandlungen über die Auslegung der einzelnen Passagen der Resolution zu weitgehenden Kompromissen bereit war, drängte es die Südafrikaner keinesfalls zur Eile. Sie spielten auf Zeit und konnten sich mit dem Ex-Schauspieler Reagan und der "iron lady" Thatcher auf zwei zuverlässsige Bündnispartner im westlichen Lager verlassen, die einer Verzögerungsstrategie die notwendige Rückendeckung boten und der Verhängung von Sanktionen durch den UNO-Sicherheitsrat ein ums andere Mal durch ihr Veto Einhalt geboten. Auch die Wende-Regierung in der Bundesrepublik schloß sich dieser Toleranz gegenüber dem Rassistenregime und seiner Kolonialverwaltung in Namibia - die seit Mitte 1985 als "Übergangsregierung" unter der Aufsicht eines südafrikanischen Generaladministrator firmiert - an (4). Als schließlich die Ausführungsbestimmungen der Resolution 435 (1978) in diplomatischer Filigranarbeit weitgehend geklärt schienen, begann die südafrikanische Regierung ab 1982, die Unabhängigkeit Namibias mit dem Abzug der Kubaner aus Angola als notwendiger Vorbedingung zu verknüpfen. Dieses Junktim, das in den außenpolitischen Etagen der US—Administration konzipiert worden war, diente seither zur Blockierung jeglicher weiterer Fortschritte auf dem Weg zur Entkolonialisierung Namibias.

Äußerer und innerer Druck auf das Rassistenregime

Nun scheint auch dieses Hindernis ausgeräumt. Im Zuge des Tauwetters in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen - wobei eine gewisse Parallelität des sowjetischen Rückzugs aus Afghanistan und des neugelagerten US-amerikanischen Engagements zur Konfliktminderung im Südlichen Afrika durch verstärkten Druck auf das Rassistenregime in Pretoria gewiß mehr als zufällig ist - hat es seit Mitte 1988 einige Bewegung hinsichtlich der Lage im südwestlichen Afrika gegeben (5). Nach dem vereinbarten Abzug der Südafrikaner aus Angola hat mittlerweile der etappenweise Transfer der kubanischen Truppen begonnen. Ab 1. April 1989 soll die UNTAG offiziell in Namibia die schrittweise Anwendung der in Resolution 435 (1978) festgelegten Maßnahmen beginnen, am 1. November 1989 sollen die Menschen Namibias zum ersten Mal in der Geschichte ihres Landes frei wählen dürfen.

Ironischerweise war es - entgegen den Zielen des Junktims - gerade die Intensivierung des kubanischen Engagements in Angola, das seit Anfang 1988 vor dem Hintergrund der konzertierten sowjetisch-amerikanischen Entspannungsinitiative Bewegung auch in die verhärteten Fronten im Südlichen Afrika geraten ließ. Denn mit der auch waffentechnischen Verstärkung der kubanischen Präsenz hat sich die einst so gerühmte Schlagkraft der südafrikanischen Armee erheblich relativiert. So wurde der Luftraum Angolas erstmals von den angolanisch-kubanischen Streitkräften kontrolliert, ließen sich Militäroperationen der Südafrikaner nicht mehr mit Erfolgsgarantie durchführen. Fehlschläge der letzten südafrikanischen Offensive in Südangola haben dazu geführt, daß Truppeneinheiten und Material in erheblicher Größenordnung von kubanisch-angolanischen Verbänden eingeschlossen wurden. Ein Waffenstillstand und Rückzug aus Angola, wie er Mitte August 1988 vereinbart wurde, kam so zuallererst diesen südafrikanischen Soldaten zugute, die ansonsten wohl kaum mit heiler Haut davongekommen wären (6).

In Südafrika selbst wächst schließlich die Kritik an der offensiven Kriegsführung im Ausland. Auch exponierte Anhänger der regierenden Nationalen Partei, z. B. Vertreter der burisch-calvinistischen Kirche, haben öffentlich darüber nachzudenken begonnen, ob die Verteidigung der Apartheid-Gesellschaft außerhalb der eigenen Landesgrenzen ethisch zu rechtfertigen sei. Nicht zuletzt aufgrund des militärischen Dauereinsatzes in fremdem Territorium befindet sich die Armee in einem desolaten Zustand: Fahnenflucht, Sabotage, Befehlsverweigerung, Alkoholismus und Konsum anderer Drogen, Disziplinlosigkeit und schwindende Moral sind an der Tagesordnung. Vieles erinnert an den Zustand der US-Truppen in der Endphase des Vietnam-Kriegs. Ein weiteres Indiz hierfür ist auch die trotz drastischer Strafen ständig steigende Zahl weißer Kriegdienstverweigerer, die längst zu einem eigenen innenpolitischen Faktor mit Gewicht geworden sind.



Gründe genug also, sollte vermutet werden, daß selbst aus Sicht der Falken ein Rückzug aus Angola in dieser Konstellation akzeptabel (wenn nicht gar notwendig) sein könnte. So dürfte mit einer solchen Entscheidung auch die Hoffnung verknüpft gewesen sein, drohende weitere Sanktionsmaßnahmen abzuwenden und die Lobby innerhalb der internationalen Szene bei der Stange zu halten. Und dies hat

Südafrika angesichts des derzeitigen ökonomischen Desasters dringend nötig, denn der Koloß am Kap ist ökonomisch angeschlagen. Der Verfall der südafrikanischen Währung hat chronische Züge angenommen, die Inflation galoppiert mit jährlich zweistelligen Raten. Für 1989 wird mit einem Kaufkraftverlust von 15 % gerechnet (7). Auch die bislang noch relativ bescheidenen Sanktionen zeigen bereits schmerzhafte Konsequenzen, so u. a. in einer deutlichen Verschlechterung der Leistungsbilanz. Verringerte Exporte und eine erhebliche Verteuerung der Importe lassen die notwendigen Deviseneinkünfte schwinden. Dabei ist Südafrika zur Bedienung der Auslandsschulden von rund 23 Mrd. US Dollar auf einen hohen Handelsüberschuß angewiesen. Zunehmende Zahlungsschwierigkeiten des südafrikanischen Staates zeichnen sich ab, zumal sich die Inlandsverschuldung gegenüber Anfang der 80er Jahre fast verdreifacht hat. Schließlich sind die Goldreserven auf knapp vier Mrd. Rand (etwa anderthalb Mrd. US Dollar) zusammengeschrumpft - ungefähr den Betrag, der für die jährlichen Kriegskosten in Angola aufgewendet werden mußte und fast der Hälfte des gesamten Militärbudgets eines Jahres entspricht.

Südafrikas Kalkül

Angesichts der beträchtlichen ökonomischen Krise gilt es für den Machtapparat, sich auf die wesentlichen Aspekte der Aufrechterhaltung des Minderheitsregimes im eigenen Land zu besinnen. Der Krieg in Angola wird unter dem Gesichtspunkt einer Kosten-Nutzen-Analyse dabei eher zu einem nicht mehr finanzierbaren Abenteuer. Ähnliches mag auch für die fortgesetzte, völkerrechtlich verurteilte Okkupation Namibias gelten. Denn auch aus dieser lassen sich nicht nur koloniale Extraprofite schlagen, zumal die Plünderung der namibischen Ressourcen nicht nur dem südafrikanischen, sondern vorallem dem internationalen Kapital zugute kommt. Als relativ kostspielig haben sich auch die Aufwendungen für die "Übergangsregierung" und insbesondere die Investitionen in die institutionalisierten Strukturen der "getrennten Entwicklung" im administrativen Bereich erwiesen. Diese Finanzierung von - insbesondere politischer - Infrastruktur ist möglicherweise unter der Prämisse unrentabel geworden, daß auch ein formal unabhängiger Staat Namibia die wirtschaftlichen Beziehungen zum südafrikanischen Nachbarn nicht abzubrechen in der Lage sein wird. Für Pretoria könnte sich so das lohnenswerte Kalkül ergeben, das veruntreute Pfand Namibia zu annehmbaren (sprich kalkulierbaren) Konditionen abzustoßen - insbesondere dann, wenn im Gegenzug hierfür die westlicen Verbündeten zu weiteren Konzessionen bereit sind, was das unmittelbare Überlebensinteresse des Rassistenregimes am Kap betrifft.



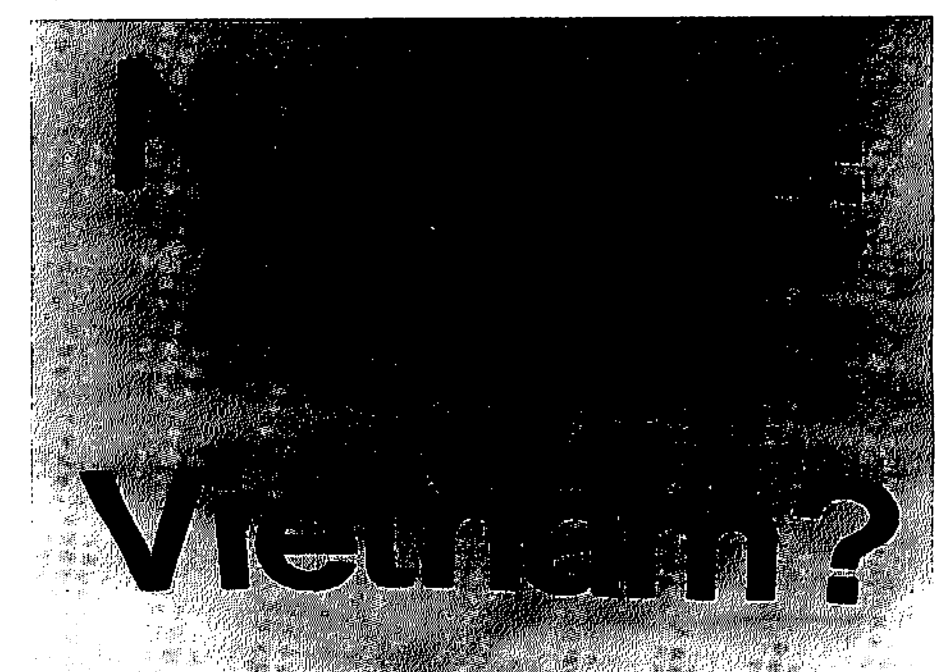
Graffiti an einer Brücke in Namibia

Angeblich haben sich die einflußreichen südafrikanischen Militärs innerhalb des weißen Machtapparates dennoch weitgehend der Entscheidung unfreiwillig beugen müssen, den Rückzug aus Angola an und in ernste Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias einzutreten. Denn der nüchternen Bilanzierung steht entgegen, daß das zutiefst verinnerlichte antikommunistische Feindbild und der topos Südwestafrika emotional enorm besetzt sind. Nicht nur für die Militärs, sondern wohl auch für die Mehrheit innerhalb der weißen Minderheit Südafrikas dürfte es nach wie vor undenkbar sein, daß in Windhoek eine SWAPO-Regierung (und damit der Terrorismus von Handlangern Moskaus) Einzug halten könne. Kein geringerer als der südafrikanische Verteidigungsminister General Magnus Malan erklärte noch im August 1988 in einer Parlamentsdebatte kategorisch, daß sich Pretoria mit einem SWAPO-Wahlsieg nicht abfinden würde (8). Zu diesem Zeitpunkt wurden bereits die Zeitpläne für einen Rückzug der Kubaner aus Angola und die Vorbereitung von freien und allgemeinen Wahlen unter Aufsicht der UNO gemäß Resolution 435 in Namibia diskutiert. Peter Manning, Öffentlichkeitsreferent der SWAPO-Vertretung in Großbritannien, stellte angesichts solcher Töne anläßlich einer Konferenz der European Campaign Against South African Aggression on Mozambique and Angola (ECA-SAAMA) am 10.Dezember 1988 in Bonn fest, daß zwar im Südlichen Afrika insofern eine neue politische Ära begonnen habe, als das Rassistenregime aus einer erheblich geschwächten Position heraus zu operieren gezwungen sei. Zugleich warnte er aber auch vor den Gefahren einer neuen, modifizierten Form eines Junktims, das sich an der fortgesetzten Instrumentalisierung der Unita orientierte: "...ein mögliches und wahrscheinliches Szenario ist die Eskalierung mittels einer sogenannten Unita-Gegenoffensive. Diese würde bedeuten, daß die kubanischen Truppen nicht abziehen und Südafrika deshalb eine Rechtfertigung dafür bekommt, daß die Anwendung von Resolution 435 nicht begonnen werde. Südafrika und seine Verbündeten werden erklären, daß Angola uneinsichtig sei, indem die Unita nicht an der Macht beteiligt würde" (9). Anzeichen für zumindest die Wahrung einer solchen Option sieht Manning u. a. in der massiven Konzentration südafrikanischen Militärs im nördlichen Namibia, der südafrikanischen Militärs im nördlichen Namibia, der südafrikanischen Weigerung zur Einrichtung von vier der insgesamt elf vereinbarten Kontrollposten im östlichen Grenzgebiet (dem militärstrategisch besonders bedeutsamen Caprivi-Streifen), wie dies im Genfer Waffenstillstandsabkommen festgelegt worden war, der verstärkten Lieferung von Waffen und Versorgungsgütern an die Unita in Zaire sowie in einschlägigen Verlautbarungen südafrikanischer Generäle. Diese hatten erklärt, daß sie sich nicht zurücklehnen und es zulassen könnten, daß ihre Freunde in der Unita überrannt würden, bloß weil sie über Frieden verhandelten.

Zeitbomben in die namibische Gesellschaft eingebaut

Trotzdem gibt sich die SWAPO-Führung in öffentlichen Statements zumeist "verhalten optimistisch" (10). Zur Euphorie gibt es indessen keinen Anlaß. Schließlich sind zehn Jahre dazu benutzt worden, im besetzten Namibia Strukturen zu schaffen, die einer Umsetzung der UNO-Resolution 435 gezielt entgegenstehen bzw. einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts hinderlich werden. Dazu gehört nicht zuletzt die systematische Rekrutierung einer schwarzen Klientel, die von den geschaffenen Strukturen einer "getrennten Entwicklung" materiell profitiert. Als politische Brückenköpfe und Erfüllungsgehilfen in den ethnisch-regionalen Verwaltungszentren der sogenannten Zweite-Ebene-Regierungen konnten sie sich mittels der Apartheid-Bürokratie durch Staatsgehälter und Korruption erheblich bereichern. Die Abschaffung der administrativen Apartheid-Strukturen wird sie z. T. zu frustrierten Gegnern des neuen, zentralisierten Staatsapparates machen, der sie ihrer Pfründe beraubt. Diese je nach Region unterschiedlich ausgeprägten ethnischen Cliquen, die aus ihrer "Stammeszugehörigkeit" Vorteile gezogen haben, werden sich in der Rolle "ehtnischer Traditionalisten" für Destabilisierungsmaßnahmen von außen instrumentalisieren lassen (11). Ähnliches könnte mit Teilen einer unter der kolonisierten Bevölkerung in den vergangenen Jahren entstandenen städtischen Mittelschicht passieren, deren Orientierung zumindest ambivalente Tendenzen zeigt. Schwarze Intellektuelle haben die Chance der allmählichen Liberalisierung der Rassentrennung genutzt und sich in Positionen des mittleren Managements etablieren können. Für ihre Dienste werden sie - besonders vom im Lande vertretenen internationalen Kapital - relativ großzügig honoriert. Gleiches gilt z.B. aber auch für die schwarze Lehrerschaft im Lande, der in den letzten Jahren atemberaubende Gehaltssteigerungen zuteil wurde. Über formale Bildungsqualifikation wurden so soziale Karrieren geschaffen, die unter einer SWAPO-Regierung z. T. gefährdet sein könnten. Und es wäre wohl nicht das erste Mal, daß ein drohender Status- und Einkommensverlust zu erbitterter Opposition gegen Regierungspolitik führen würde.

Die bundesdeutsche Entwicklungspolitik, die informell während der vergangenen Jahre bereits vergleichsweise massiv über Nichtregierungsorganisationen im Lande betrieben wurde, hat der Initiierung solcher Effekte "marktwirtschaftlichen Credos" im übrigen emsig Vorschub zu leisten versucht (12). Insofern mag es auch keinesfalls beruhigend zu wirken, daß die Parteien der Regierungskoalition im Februar 1989 einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag eingebracht haben, der in Punkt 5 die Bundesregierung dazu auffordert, in Namibia unmittelbar nach der Unabhängigkeit "einen Schwerpunkt deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu setzen und dieses Land zu einem besonderen Modellfall deutscher Entwicklungshilfe zu machen" (13). Als weitaus brennender, weil noch erheblich aktueller, muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings das Problem des seit 1980 aufgebauten polizeilich-militärischen Gewaltapparates gelten. Die Rekrutierung von schwarzen Namibiern in die erst während der 80er Jahre geschaffene "South West African Territorial Force" (SWATF) verfolgte zu offenkundig das längerfristige Ziel einer Namibianisierung des Konflikts durch die Verankerung einer militärischen Elite, die sich der kolonisierten Bevölkerungsmehrheit entfremdet hat und als Handlanger des Besatzungsregimes geächtet ist. Dazu gehören auch die Angehörigen der polizeilichen Sondereinheit Koevoet (wörtlich: Kuhfuß - eine Art von Brechstange), im Vergleich zu deren Methoden die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes geradezu ein harmloser Kegelverein ist. Die Reintegration einer Soldateska dieses Kalibers in die Strukturen einer unabhängigen namibischen Gesellschaft scheint kaum vorstellbar und liegt gewiß auch nicht in der Absicht des südafrikanischen Regimes, das wohl eher an der Bestückung des Landes mit diversen Zeitbomben bastelte. Wie sowohl mit der SWATF als auch Spezialkommandos wie Koevoet im Zuge der schrittweisen Wahlvorbereitungen verfahren wird, bleibt im übrigen abzuwarten. In Resolution 435 (1978) sind dafür nämlich keine Vorkehrungen getroffen worden. Befürchtungen, daß Südafrika nach wie vor mit gezinkten Karten spielen könnte, deutete unlängst der SWAPO-Sekretär für Rechtsangelegenheiten, Dr. Ernest Ngarikuuke Tjiriange, in einem Interview mit dem US-amerikanischen Cable News Network in Luanda an. Er wies darauf hin, daß das südafrikanische Militär die Truppenstärke in Namibia kontinuierlich erhöht habe und die Einberufung von Namibiern zum Militärdienst fortgesetzt würde. Gleichzeitig würden im ganzen Land Waffenverstecke angelegt. (14). Nach Meinung nicht nur Tjirianges sprechen solche Entwicklungen wohl eher für einen Ausbau der zur Überwachung der Übergangsphase vorgesehenen UNO-Truppen im Lande. Statt dessen wurde seit Jahresbeginn um eine Reduzierung der UNO-Verbände gefeilscht. Die ohnehin relativ bescheidene Zahl von 7500 Soldaten der UNO-Friedenstruppen ist aus Kostengründen auf ein Kontingent von 4650 reduziert worden. Die Blockfreien, die OAU und die SWAPO haben dagegen heftig - allerdings vergeblich - protestiert (15): Der Beschluß im UNO-Sicherheitsrat erfolgte Mitte Februar mit Zustimmung der Sowjetunion und der VR China. Das läßt die sich abzeichnenden neuen Konstellationen in der Arena internationaler Politik verblüffend deutlich zutage treten.



Aufdruck eines T-shirts - in Südafrika verboten

Bleibt abschließend noch ein letzter Joker zu erwähnen, den Südafrika mit der Walvis Bay in Händen hält. Als einziger Tiefseehafen ist diese von erheblicher ökonomischer aber auch militärstrategischer Bedeutung und derzeit bereits ein großangelegter Militärstützpunkt an der Atlantikküste. Südafrika beansprucht die Walfischbucht als Enklave und stützt sich dabei auf zweifelhafte kolonialgeschichtliche Gründe (die Walvis Bay wurde von den Engländern als Stützpunkt annektiert, bevor das Deutsche Kaiserreich 1884 die Kolonie "Deutsch-Südwestafrika" proklamierte). Im Zuge der Ausarbeitung von Resolution 435 wurde bewußt auf die Behandlung dieser Territorialansprüche verzichtet, um überhaupt einen Kompromiß zuwege bringen zu können. Die Frage der Walfischbucht bleibt so vorläufig ungeklärt, doch freiwillig wird Südafrika diese Trumpfkarte

gewiß nicht herausrücken. Sichert sie doch unter geostrategischen Aspekten den unmittelbaren militärischen Zugriff auf das gesamte Territorium. Noch kurz vor seinem Schlaganfall hielt Südafrikas Premierminister P.W. Botha in Walvis Bay demonstrativ eine Rede, in der er die Besitzansprüche seiner Regierung nachhaltig bekräftigte. Und er erklärte weiter: " Kein Land im Südlichen Afrika kann ohne die Republik Südafrika einen ordentlichen Fortschritt erzielen" (16). - Beruhigend klingt das nicht.

Zwei-Drittel-Mehrheit für die SWAPO

Wenn denn tatsächlich entsprechend des UNO-Terminplanes zum Stichtag 1. November 1989 in Namibia freie und allgemeine Wahlen stattfinden sollten, wird schließlich die Höhe des Wahlsiegs der SWAPO von erheblicher Bedeutung sein. Denn die auf Grundlage des Wahlergebnisses konstituierte Verfassungsgebende Versammlung bedarf zur Verabschiedung der Verfassung für ein unabhängiges Namibia einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Und die entscheidende Frage wird angesichts dieser Konstruktion sein, ob die SWAPO zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinen vermag. Im Interesse Südafrikas und dessen westlicher Verbündeter liegt es, daß das Wahlergebnis eine Verhinderungsminderheit von mehr als einem Drittel beschert. Der Manipulation sind bereits im Vorfeld des Wahlkampfes Tür und Tor geöffnet. So wird schon aus dem Land berichtet, daß die im Norden ansässigen Unita-Sympathisanten und Aktivisten aus Angola von den Behörden bereits als Wahlberechtigte registriert worden seien. Nicht zuletzt zum Zwecke der Verhinderung rüsten sich mittlerweile annähernd 30 verschiedene Parteien und Grüppchen zur Buhlerei um die Wählerstimmen. Die südafrikanische Verwaltung und deren einheimische Klientel in der "Übergangsregierung" jedenfalls schürt schon seit längerem heftig und gezielt ethnisch-tribale Ressentiments. Vieles aber wird auch davon abhängen, wie groß trotz internationaler Überwachung der Spielraum für Einschüchterungsversuche seitens der Südafrikaner sein kann. - Wenn denn tatsächlich gewählt werden sollte ...

Am Ende des für Namibia so bewegten Jahres 1988 stellte Gwen Lister in einem Leitartikel der von ihr gegründeten oppositionellen Windhoeker Wochenzeitung "The Namibian" denn auch fest: "Viele von uns, die noch immer bezüglich der Absichten Südafrikas in Namibia zynisch geblieben sind, wurden des unangemessenen Pessimismus bezichtigt. Es wird sogar behauptet, daß wir mit unseren 'negativen' Einstellungen den Unabhängigkeitsprozeß zu unterminieren versuchten. Im großen und ganzen aber ist so ein Zynismus durchaus zu entschuldigen - sowohl bisher wie auch künftig. Südafrika wollte nie Resolution 435, nie einen Waffenstillstand mit der SWAPO, niemals UNO-Truppen auf namibischen Boden. - Und es fällt uns schwer zu glauben, daß nun alles anders sei, und daß mit einem Mal die Perspektive einer SWAPO-Regierung für unsere Besatzer annehmbar sein soll." (17) - Aber sie fügte auch hinzu: "Wir Zyniker hoffen, daß wir uns täuschen".

Henning Melber

Anmerkung

(1) Über die gesellschaftlichen Strukturen und den Dekolonisierungskonflikt bis zum Jahre 1977 informiert umfassend Heinrich-Georg Hubrich/Henning Melber, Namibia - Geschichte und Gegenwart. Zur Frage der Dekolonisierung einer Siedlerkolonie. Bonn: Informationsstelle Südliches Afrika 1977.

(2) Vgl. zum Text von Resolution 435 (1978) sowie weiterer einschlägiger Vereinbarungen und den damit verbundenen, z. T. recht unterschiedlichen Auffassungen die ausführliche Dokumentation der Gruppe Namibia Peace Plan (NPP), einem innernamibischen Bündnis vor allem weißer (deutschstämmiger) Liberaler: Die Wahl! Namibia-Friedensplan 435 oder Gesellschaft im Belagerungszustand! In deutscher Fassung von den Grünen im Bundestag herausgegeben (Bonn[3] 1988) und dort erhältlich.

3) Über die diplomatische Winkelzüge informiert u. a. Helmut Bley, "Namibia, die Bundesrepublik und der Westen: 15 Jahre Krisenverschärfung". In: Hilfe + Handel = Frieden? Frankfurt/Main: Suhrkamp 1982. Vgl. auch die fortlaufende Berichterstattung durch den Verfasser in der Zeitschrift Vereinte Nationen, Hefte 30 (1982) 4, 32 (1984) 1, 33 (1985) 3, 33 (1985) 4 und 35 (1987) 2.

(4) Kritische Beiträge zur bundesdeutschen Namibia -Politik finden sich in: Informationsstelle Südliches Afrika (Hg.), Im Brennpunkt: Namibia und die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Informationsstelle Südliches Afrika 1987. Siehe außerdem Henning Melber, "Bonns Namibia-Politik". In: Vereinte Nationen, 35 (1987) 2.

(5) Vgl. zur Chronologie und den Verhandlungsergebnissen zusammmenfassend Hein Möllers, "Namibias Unabhängigkeit endlich in Sicht?" In: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8/1988.

(6) Ausführlich hierzu "Angola: What really happened?" In: Resister. Journal of the Committee on South African War Resistance (COSWAR), no. 58, October/ November 1988

(7) Frankfurter Rundschau vom 8.2.1989

(8) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.8.1988

(9) Zitiert nach dem Abdruck von Mannings Redebeitrag in The Namibian, Windhoek, vom 16.12.1988 (Übers. H. M.)

(10)Vgl. hierzu die Rede des stellvertretenden Sekretärs für politische Mobilisierung und Orientierung der SWAPO, Obed Emvula, anläßlich der Bonner Konferenz "Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola" im Dezember 1988, dokumentiert in: Dritte Welt, Nr. 1 - 2, 1989. Die weitgehende Skepsis hinsichtlich der Perspektiven einer namibischen Unabhängigkeit artikulierte sich zuvor bereits anläßlich eines Hearings der Grünen im Bundestag im September 1988. Vgl. hierzu den zusammenfassenden Bericht von Reinhart Kößler, "Chancen für die Unabhängigkeit Namibias?" In: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/1988.

(11)Hinsichtlich dieser relativ neuen Entwicklungen einer ethnisch-regional privilegierten ("Stammes"-)Elite sowie auch einer allmählich wachsenden städtischen Mittelschicht mit "modernisiertem", kleinbürgerlichem Bewußtsein, finden sich erstmals ansatzweise Ausführungen in einigen Beiträgen des readers: Namibia in Perspective. Hg. von Gerhard Tötemeyer, Vezera Kandetu und Wolfgang Werner. Windhoek: Council of Churches in Namibia 1987. Eine deutsche Fassung ist bei der Informationsstelle Südliches Afrika in Vorbereitung.

(12)Vgl. hierzu ausführlich Henning Melber, "Bundesdeutsche Entwicklungspolitik als Intervention: Hilfsmaßnahmen für ein neokoloniales Namibia". In: Peripherie, Nr. 25/26, April 1987 sowie ders., "Das BMZ und Namibia: 'Germans to the front'". In: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/1987.

(13)Zitiert nach dem vollständigen Abdruck des Antrages in Namibia Nachrichten, Windhoek, vom 3.2.1989.

(14)Meldung der SWAPO-Nachrichtenagentur "Namibia Press Agency" (NAMPA), Luanda, vom 16.1.1989.

(15)Vgl. hierzu SWAPO of Namibia, Nachrichten-Rundbrief, Bonn, Januar 1989, sowie Frankfurter Rundschau vom 25.1.1989.

(16)Zitiert nach The Namibian, Windhoek, vom 9.12.1988 (Übers. H.M.).

(17)The Namibian, Windhoek, vom 16.12.1988 (Übers. H. M.).



Namibia und die Deutschen

Deutsches Schutztruppen-Denkmal in Windhoek

Einen Flug Frankfurt - Windhoek muß man frühzeitig buchen. Namibia ist schließlich nicht irgendein Land. Von familiären Bindungen über wirtschaftliche Beziehungen bis hin zu "freundschaftlichen" Kontakten bundesdeutscher Politiker und Organisationen besteht 74 Jahre nach dem Ende der Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika ein weitgespanntes Netz zwischen den Deutschen und ihrer liebsten Kolonie. Diese engen Beziehungen müßten - so sollte man meinen - auch ein besonderes Interesse der hiesigen Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung am Befreiungskampf in Namibia wecken. Doch weit gefehlt: Selbst jetzt, da die Unabhängigkeit des Landes in greifbarer Nähe gerückt zu sein scheint, ist von einer Namibia-Konjunktur in den entsprechenden Kreisen nichts zu bemerken. "Südwest" ist im bundesdeutschen Bewußtsein äußerst lebendig, (die um ihre Unabhängigkeit ringende Nation) Namibia dagegen ein weißer Fleck auf der (politischen) Landkarte.

Wenn Geschichte wohl auch kaum korrigiert werden kann, so wäre doch ihre konstruktive Aufarbeitung eine Herausforderung an die gegenwärtige Politik. Die deutsche Kolonialherrschaft hat in Namibia nicht nur die eigenständigen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse des Landes im 19. Jahrhundert zerstört, sondern auch die Grundlagen der Apartheid geschaffen.

Deutsche Kolonialherrschaft

1884 wurde Namibia offiziell zum "Schutzgebiet" des Deutschen Reiches erklärt, nachdem bereits seit Mitte des Jahrhunderts Missionare der Rheinischen Missionsgesellschaft dort als Wegbereiter der Kolonialherrschaft "gewirkt" hatten. Zwischen 1887 und 1912 ließen sich insgesamt etwa 13.000 deutsche Siedler in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika nieder und verdrängten die einheimische Bevölkerung, die von der Viehzucht lebte, von ihren Weidegebieten. Der Widerstand der Afrikaner gegen diese Zerstörung ihrer Lebensgrundlage wurde erst mit dem genozidartigen Vorgehen der deutschen Kolonialtruppe in den Jahren 1904 - 7 gebrochen. Die "Befriedigung" des Landes, der 80 % der Herero und 50 % der Nama zum Opfer fielen, schuf die Grundlage für die kurze "Blütezeit" der Kolonie bis zum Ersten Weltkrieg, in der Verwaltung, Siedlerschaft und Militär mit deutscher Gründlichkeit ein Herrschaftssystem errichteten, das die afrikanische Bevölkerung zur billigen und rechtlosen Wanderarbeitern degradierte. Die Afrikaner wurden gezwungen, nach Stammeszugehörigkeit getrennt in festgelegten Gebieten zu leben, und waren mittels Paßgesetzen umfassender Kontrolle unterworfen. Ehen zwischen Afrikanern und Weißen waren ebenso verboten wie der Zugang "nicht-weißer" Kinder zu "weißen" Schulen.

Südwest-Nostalgie

Auch noch in jüngster Zeit sind in der BRD Publikationen erschienen, die die dreißigjährige deutsche Kolonialherrschaft in Namibia als zivilisatorische Großtat verklären. In einer 1983 publizierten Schrift mit wissenschaftlichem Anspruch kann man beispielsweise lesen: "100 Jahre sind vergangen seitdem an der Küste von Südwestafrika die Geburtsstunde des Deutschen Kolonialreiches schlug. In der Bucht von Angra Pequena war am 7. August 1884 die Flagge des Deutschen Reiches gehißt worden. ... Südwestafrika war deutsch geworden. Tausende von Deutschen strömten in der Folgezeit nach Südwest, machten sich daran, einem Land 'hart wie Kameldornholz' das zum Leben und Überleben Notwendige abzuringen. Deutsche Soldaten zogen unter der Sonne von Südwest für Kaiser und Vaterland in den Krieg. ... Deutsche Tüchtigkeit und deutscher Pioniergeist schufen das Fundament für einen modernen afrikanischen Staat." (Löwis of

Menar 1983: 116f). Solche Darstellungen weißer - und zumal deutscher - zivilisatorischer Mission finden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit dankbare Aufnahme. Diese Bereitschaft hat viele Gründe. Latenter Rassismus, wie er z. B. in der fremdenfeindlichen Asyl- und Ausländerpolitik zum Ausdruck kommt, hat sein Gegenstück in der "Solidarität der Weißen" und besonders dann, wenn sie deutsch sind. Die Namibia-Deutschen haben einen festen Platz im Herzen eines großen Teils der BRD-Bevölkerung. Mit einer - angesichts der doch recht geringen Zahl von rund 20.000 Namibia-Deutschen - erstaunlichen Häufigkeit trifft man auf Leute, die Verwandte in "Südwest" haben. Der Farmeronkel hat im Zweifelsfall Angst vor den SWAPO-"Terroristen" und gibt seine emotionalisierte Sichtweise weiter. Dem Wust an selektiven "Kenntnissen" deutscher Kolonialvergangenheit und des heutigen Namibia wird nur in Ausnahmefällen mit systematischer Aufarbeitung in Schulunterricht, Bildungseinrichtungen und Medien begegnet. Presseberichte über die Lage im Land oder die koloniale Vergangenheit zeichnen sich - sofern es sie überhaupt gibt - in der Regel durch mangelnde Kenntnis um die Zusammenhänge aus. Die unreflektierte Übernahme (sprachlicher und diskriminierender) Anachronismen nährt eher Vorurteile, als daß sie sie abbaut, wenn z. B. in einem Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" vom 12. Januar 1989 ("Vor 85 Jahren: Aufstand in Deutsch-Südwestafrika") von "Hottentotten-Stämmen" die Rede ist.

Südwest-Lobby

Der Brei aus Emotionen, Halb- und Unwahrheiten, Deutschtümelei und Nachwirkungen faschistischer Kolonialpropaganda ist ein fruchtbarer Nährboden für die gutorganisierte Südwestlobby in der BRD, die vom "rechten Rand" des politischen Spektrums bis in alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der Grünen hineinreicht. Am weitesten rechts stehen Gruppierungen wie das "Hilfskomitee Südliches Afrika" in Coburg, 1976 vom NPD-Mann und Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift "Nation Europa" Peter Dehoust gegründet. Das Komitee verschickt z. B. Aufkleber mit der Aufschrift "Solidarität mit Weiß-Südafrika" (womit die angeblich bedrängten Weißen in der gesamten Region gemeint sind). Die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) ist eine Gründung früherer russischer Gestapo-Kollaborateure, die sich für rechte Regime und sogenannte "Freiheitskämpfer" wie die angolanische UNITA in aller Welt engagiert. Die IGFM startete 1985 eine großangelegte Namibiakampagne. Sie wirft der SWAPO vor, daß sie in den Flüchtlingscamps in Angola und Sambia Menschen mißhandle, foltere, ermorde und vergewaltige. Apartheid dagegen ist in der Sichtweise der IGFM keine Menschenrechtsverletzung. Im Gefolge der südafrikanischen "Reform"politik und der Bestrebungen, eine "interne" südafrikafreundliche Lösung in Namibia durchzusetzen, haben Gruppierungen der Südwestlobby, die eng mit der Südafrikalobby verflochten sind, seit dem Ende der 70er Jahre ihre Strategie geändert. Anachronistische Kolonialromantik spielt bei der Deutschen "SWA/Namibia-Vereinigung", einer Tochterorganisation der "Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft" (DSAG) oder der auf Initiative christdemokratischer Politiker 1978 gegründeten "Deutschen Afrika-Stiftung" in Bonn keine Rolle mehr. Diese Organisationen haben in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit dem aus Windhoek finanzierten "Namibia Information Office" in Bonn vor allem Druck für die Anerkennung der sogenannten "Interimsregierung" in Windhoek ausgeübt. Zwar hat die Bundesregierung Pretorias Marionetten nie offiziell anerkannt, auf der Ebene faktischer Politik hat es diese Anerkennung dennoch gegeben. Bereits an den Feierlichkeiten zur Einsetzung der "Interimsregierung" am 17. Juni 1985 nahm eine Delegation deutscher Politiker teil, die vom damaligen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und heutigen Entwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) angeführt wurde.

Die Motive der Südwestlobby in der BRD werden nicht nur aus deutscher "Solidarität" gespeist. Der koloniale Mythos fügt sich nahtlos in den militanten Antikommunismus ein, wenn etwa der bereits zitierte Politologe einer an der UNO orientierten Namibia-Politik vorwirft, "daß gewisse Kreise des Westens objektiv als Agenten der sowjetischen Expansionspolitik in Afrika fungieren. Durch ihr Eintreten für militante marxistische Bewegungen ebnen sie der UDSSR nicht nur den Weg von Luanda über Windhoek nach Kapstadt, sondern langfristig auch an den Rhein und die europäische Atlantikküste." (Löwis of Menar 1983: 10). Die SWAPO scheint für CDU- und CSU-Politiker ein Alptraum zu sein. Erst kürzlich sorgte sich der Abteilungsleiter im Bonner Innenministerium Wighard Härdtl, was wohl mit den 4,2 Millionen Mark geschehen würde, die die Stiftung "Regenbogen" beantragt hat: "Am Ende kriegt das ganze Geld die SWAPO" (Der Spiegel; 30.1.89)



Zeitgenössische Darstellung: Kampf gegen die Hereros

Südwesthilfe aus Bayern

Die CSU hat unter ihrem im vergangenen Jahr verstorbenen großen Vorsitzenden seit dessen erster Namibiareise 1966 enge Beziehungen mit "Südwest" gepflegt. Strauß beteuerte auch im vergangenen Jahr in Windhoek: "Ich bin ein Südwester!" und Südwest ist ein Teil unseres Erbes, unseres Gefühls". (taz, 30.1.1988) Die CSU beließ es aber nicht bei warmen Beteuerungen. In den 70er Jahren förderte sie vor allem die "Demokratische Turnhallen-Allianz" (DTA). Auch die "Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester" (IG) erhielt finanzielle Unterstützung aus München. Die CSU und die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre Unterstützung südafrikafreundlicher Kräfte in Namibia seit Beginn der 80er Jahre vermehrt als "Entwicklungshilfe" deklariert. Im Institut für Management Training in Windhoek werden in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer in Namibia schwarze Kleinunternehmer in "profitträchtiger Unternehmensführung" ausgebildet. Dies geschieht mit Unterstützung des Bonner Entwicklungshilfeministerium. Indem die Hanns-Seidel-Stiftung den "gemäßigten Schwarzen" unter die Arme greift, will sie der "Bedrohung des Kommunismus in Namibia" begegnen; das heißt: neokoloniale Interessen sichern.

Die Bundesregierung und die Namibia-Deutschen

Wenn Vertreter der derzeitigen Bonner Regierungsparteien sich auf eine spezielle deutsche Verpflichtung gegenüber Namibia berufen, so verstehen sie darunter in erster Linie eine "Verantwortung" gegenüber den im Lande lebenden Deutschen und Deutschstämmigen. Ein Beispiel für diese Politik ist die dem Auswärtigen Amt unterstellte Deutsche Höhere Privatschule (DHPS) in Windhoek, die mit jährlich rund 5 Millionen DM zu 90 % aus Bundesmitteln finanziert wird. Obwohl die Schule nach Maßgabe des AA seit 1978 keine exklusive "Sprachgruppenschule" für die deutschsprachigen Südwester mehr sein soll, wird die Aufnahme von Kindern nichtdeutscher Muttersprache, also schwarzer Schülerinnen und Schüler, durch administrative Maßnahmen eng reglementiert. Zudem gelten an der Schule die Unterrichts- und Prüfungskataloge der südafrikanischen Kapprovinz. Die Schülerinnen werden der christlich-nationalen südafrikanischen Erziehung mit all deren Begleiterscheinungen wie strikt autoritärem Paukunterricht unterworfen. Die Bundesregierung als Finanzier der Schule hat bislang keine energischen Schritte unternommen, gegen den Widerstand des reaktionären "Schulvereins", der Träger der DHPS ist, demokratische Lehrinhalte und -methoden sowie eine wirkliche nicht-rassistische Öffnung der Schule durchzusetzen. Zwar ist seit der "Wende" in Bonn die Unterstützung der deutschsprachigen weißen Minderheit in Namibia auch auf verbaler Ebene hoffähig geworden, gegeben hat es sie aber schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition. Die folgende Äußerung des damaligen Vertreters der SWAPO für Nord- und Westeuropa Timothy H. Hishongwah stammt aus dem Jahr 1980: " 'Speziell'(e Verantwortung für Namibia, H.B.) heißt für die Bundesregierung zuerst einmal Betreuung derjenigen, die deutscher Abstammung sind. ...Insgesamt muß die zitierte Verantwortung der Bundesregierung gegenüber den Namibia-Deutschen als Vorwand gesehen werden, um die afrikanische Mehrheit des Landes in ihren Rechten zu behindern." (Round-Table-Gespräch 1982: 236). Die aus der gemeinsamen deutsch-namibischen Geschichte herrührende spezifische deutsche Verantwortung wirklich anzunehmen, würde hingegen bedeuten, die um ihre Unabhängigkeit und eigenständige Entwicklung kämpfende Nation Namibia zu unterstützen, die - daran lassen selbst südafrikanische Untersuchungen keinen Zweifel - von der nationalen Befreiungsbewegung repräsentiert wird. Keine Bundesregierung der letzten 15 Jahre hat sich jedoch der Resolution 3111 der Vereinten Nationen angeschlossen, die im Dezember 1973 die SWAPO als "alleinige und authentische Vertreterin des namibischen Volkes" anerkannt haben.



Von deutschen Truppen während der Kolonialzeit gefangengenommene Namibier

Stiefkind der Solidarität

Hat die.Bonner Regierungspolitik zu keiner Zeit die Herausforderung der deutsch-namibischen Geschichte in konstruktiver Weise angenommen, so hat dies die Linke in der BRD gleichfalls nicht getan. Im Mittelpunkt der - ohnehin schwachen - Solidaritätsbewegung mit dem südlichen Afrika stand bis Mitte der 70er Jahre der Befreiungskampf in den damaligen portugiesischen Kolonien, sodann die Unabhängigkeitsbewegung in Zimbabwe und heute der Widerstand in Südafrika. Die ehemalige deutsche Kolonie war und ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein peripheres Thema, das nur von wenigen engagierten Experten aufgegriffen wird. Spezifische Namibia-Solidaritätsgruppen gibt es ebensowenig wie einschlägige Periodika, ganz im Gegensatz etwa zu Großbritannien. Versuche, eine überregionale Koordination von Namibia-Solidarität aufzubauen, verliefen mangels Interesse im Sande. Das Desinteresse an der Dekolonisierungsproblematik Namibias steht in auffälligem Kontrast zu den rührigen Aktivitäten der Südwestfreunde in der BRD, obwohl die vielfältigen und traditionell engen Beziehungen doch genügend Anknüpfungspunkte für Solidaritätsarbeit bieten würden. Die - wenngleich verzerrte - Präsenz der ehemaligen deutschen Kolonie im Bewußtsein der BRD-Bevölkerung böte darüber hinaus Gelegenheit, unsere Verantwortung für die scheinbar so fernen Probleme eines Dritte-Welt-Landes aufzuzeigen. Sollte gerade diese Nähe der Grund sein, daß sich die Linken in der BRD mit der Namibia-Solidarität so schwer tun? Die Projektion von "Revolutionsträumen" auf ein fernes Land funktioniert in der Tat um so weniger, je mehr wir selbst damit zu tun haben. Auch die Südafrika-Solidarität leidet darunter, daß sie für viele anscheinend weitaus weniger "spannend" ist als der Kampf gegen den "Hauptfeind" US-Imperialismus in Lateinamerika. Im Mittelpunkt einer Namibia-Solidarität - wenn es sie denn gäbe - müßten aber noch sehr viel stärker als im Fall Südafrika deutsche "Connections" stehen, nicht nur aktuelle wirtschaftliche und politische Beziehungen, sondern auch die koloniale Vergangenheit. Die Linken - inklusive der Anti-Apartheid-AktivistInnen - scheinen aber mehrheitlich die Konfrontation mit der eigenen deutschen Geschichte zu scheuen. Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte, nicht nur als historisches "fait accompli", sondern vor allem als Aufgabe in Gegenwart und Zukunft begriffen ist in der Tat schmerzlich. Sie ist schmerzhaft, weil sie an der scheinbar ahistorischen glatten Gegenwart unseres bundesdeutschen Alltags "kratzt". Unter der "aufgeklärten" Oberfläche einer Gesellschaft, in der es zumindest die brutalsten Auswüchse des deutschen Wesens, an dem die Welt genesen sollte, scheinbar nicht mehr gibt, kommen dabei Brüche zum Vorschein. Diese Brüche rücken unsere sehr konkrete Betroffenheit ins Bewußtsein, was den offenen Rassismus der Apartheid und den verborgeneren in der BRD angeht. Auseinandersetzungen mit der deutsch-namibischen Geschichte bedeutet Konfrontation mit deutscher Herrenmenschenmentalität, preußischem Hurra-Patriotismus und brutaler Kriegsführung. Vom genozidartigen Vorgehen der deutschen Kolonialtruppe in Namibia zu Beginn des Jahrhunderts führt eine Linie über den mit deutscher Gründlichkeit organisierten Mord an sechs Millionen jüdischer EuropäerInnen bis hin zur unmenschlichen Behandlung von als Asylanten stigmatisierten Flüchtlingen in der BRD. Den real oder vermeintlich Fremden - wenn er uns "feindlich" gesinnt ist zumal - nicht als Menschen anzuerkennen und zu behandeln, diese tödliche Form der Ausgrenzung scheinbar wenig zu tun haben ... Um Mißverständnissen vorzubeugen: Erstens: Ich will keineswegs in Abrede stellen, daß es eine Anzahl weiterer Gründe für das Desinteresse der Dritte-Welt-Bewegung an Namibia gibt, angefangen mit den verwirrenden zahllosen Resolutionen der Vereinten Nationen bis hin zu dem wenig identifikationsfördernden, weil unmartialischen Auftreten der SWAPO, die den bewaffneten Kampf zwar seit 1966 führt, aber nicht ständig von der bevorstehenden Endoffensive redet. Zweitens: Es ist m. E. notwendiger als je zuvor, daß endlich eine effektive Namibia-Solidaritätsarbeit in der BRD stattfindet, wenn das Land im nächsten Jahr tatsächlich unabhängig wird. Mit Sicherheit wird gerade die Bundesregierung auf das unabhängige Namibia Druck be-



SWAPO Anhänger in Windhoek

hat in Deutschland Tradition. Ob diese unselige Tradition im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung wirklich überwunden ist, wie "unsere" Politiker gern behaupten, ist wohl nicht erst seit den jüngsten Wahlen in Berlin zu bezweifeln. Mag man die Skins, die "Asylanten"wohnheime überfallen, noch als "Ausfransungen" der Gesellschaft abtun, dürfte dies mit bayerischen Politikersprüchen über "durchmischt und durchrasst" kaum noch gelingen. Namibia-Solidarität in der BRD, wenn sie über gelegentlich Spendenaktionen zugunsten der SWAPO hinaus die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart der ehemaligen deutschen Kolonie führen will, bedeutet die Auseinandersetzung mit dem, was vor der eigenen Haustür passiert, vor der die AktivistInnen ja auch in anderer Hinsicht höchst selten einmal kehren. Eine Verbindungslinie von Antiapartheidaktivitäten zu den Mißständen in der bundesdeutschen Asyl- und Ausländerpolitik wird kaum je gezogen. Sie könnten ja zerplatzen, die schönsten Träume von der Revolution im fernen Land, mit dem "wir" züglich Sonderrechten der im Lande verbleibenden deutschsprachigen Minderheit ausüben. Zu befürchten steht auch, daß "Bonn" eine Form wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit dem unabhängigen Namibia suchen wird, die die weitere Sicherung neokolonialer Interessen zum Ziel hat.

Heike Becker

Zitierte Literatur:
von Löwis of Menar, Henning, 1883. Namibia im Ost-West-Konflikt. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
Round-Table-Gespräch. 1982. "Wann und wo immer Deutsche und Namibier leben, sie sind durch ihre gemeinsame Geschichte aneinander gebunden." Round-Table-Gespräch zur Aktion Lüderitzstraße am 18. Dezember 1980. In: Namibia. Die Aktualität des kolonialen Verhältnisses. Beiträge aus dem Projekt 'Politische Landeskunde Namibias'. S. 228 - 242. Bremen. (diskurs. Bremer Beiträge zu Wissenschaft und Gesellschaft 6).

In Mosambik herrscht immer noch Krieg. (Wir berichteten im April 1988, blätter 148). Gegen die sozialistische Regierung in Maputo kämpft die antikommunistische, von Südafrika unterstützte RENAMO. RENAMO steht für „Resistencia Nacional Mocambiquana", auf deutsch: Nationaler Widerstand Mosambiks und bezeichnet eine in losen Gruppen marodierende Guerilla-Armee. Ihre 12.000 Kämpfer haben sich den Beinamen „die Schlächter Afrikas" erworben und das Land durch Sabotage und Terror gegen die Zivilbevölkerung an den Rand des Abgrunds gebracht. Von den 12 Millionen Mosambikanern wurden über 100.000 getötet.

Der folgende Text ist einem Rundfunkmanuskript von Bernd Girrbach entnommen. Die Sendung wurde am 7.12.1988 von der Redaktion „Thema heute" im WDR ausgestrahlt. Ihr liegen umfangreiche Recherchen und Interviews zugrunde. Der Auszug ist von uns leicht überarbeitet.

Alles ist erlaubt, was kaputt macht...

Nach groben Schätzungen besteht die RENAMO aus 10 bis 12.000 Mann, ausgerüstet mit leichten Infanteriewaffen verschiedener Herkunft, teils erbeutet, meist jedoch über Südafrika angeliefert. Militärisch operiert sie in undisziplinierten losen Gruppierungen von 20 bis 600 Mann Stärke, die untereinander wenig kommunizieren und schlecht versorgt und ernährt sind. Die militärische Lage in Mosambik hat sich gegenüber 1986, als die Rebellen Maputos Vororte überfielen, etwas entspannt. Die RENAMO hat ihre Basen in Malawi verloren, und der Nachschub aus Südafrika hat abgenommen. Die Regierung versucht, die Kornkammern des Landes zu schützen, kommt aber in den wichtigen Provinzen Sofala und Sambesia nicht voran. Zwar sind die Rebellen viel zu schwach, um die großen Städte zu nehmen, doch im Busch ist die reguläre mosambikanische Armee, 20.000 Mann stark und wohl eine der desolatesten Armeen der Welt, machtlos. Anders als alle anderen Rebellenbewegungen Afrikas versucht die RENAMO nicht, in sog. „befreiten Gebieten" ein politisches Konzept durchzusetzen und die Landbevölkerung für sich zu gewinnen.

Militant antikommunistisch ist das politische Profil der RENAMO, darüberhinaus hat sie keine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeption entwickelt. Lediglich auf Gemeinplätze wie Frieden, Freiheit, Demokratie verweist sie in ihren Kriegs-Kommuniqués, die von den Auslandsbüros der RENAMO in Lissabon und Washington herausgegeben werden. Daneben unterhält sie Kontaktleute in Südafrika, Kenia, Kanada und der Bundesrepublik. Ultrarechte Kreise in Südafrika, Portugal, Brasilien und in den USA finanzieren die RENAMO.

Gegründet wurde die RENAMO 1975 vom rhodesischen Geheimdienst. Denn Mosambik hatte gleich nach der Unabhängigkeit den Befreiungskämpfern des benachbarten heutigen Zimbabwe Unterschlupf gewährt. Um sie zu stören, rekrutierten die Rhodesier ehemalige schwarze Angehörige der portugiesischen Geheimpolizei, Deserteure der mosambikanischen Armee, Kleinkriminelle und politische Dissidenten. Anfangs blieb die RENAMO bedeutungslos. Das änderte sich 1979, als Südafrika die RENAMO unter seine Fittische nahm und den damals noch kleinen Haufen Banditen im östlichen Transvaal rekrutierte, finanzierte, bewaffnete und trainierte.

Südafrika hatte damals für das südliche Afrika die Doktrin der „Totalen Nationalen Strategie" entwickelt – als Reaktion auf die politischen Umwälzungen in der Region im Schicksalsjahr 1975.

Vor 1975 war der Apartheidsstaat durch einen Gürtel weißer Pufferstaaten vor Schwarzafrika geschützt: durch das besetzte Namibia, das befreundete Apartheidsland Rhodesien sowie Portugiesisch-Angola und Mosambik. Nach 1975 waren Portugals Kolonien schwarz regiert und sozialistisch, und als 1980 auch noch Rhodesien/Zimbabwe unter dem angeblich marxistischen Robert Mugabe unabhängig wurde, sahen die Südafrikaner rot. Schwarzafrika stand vor der Tür, und sie mit dem Rücken zum Wasser. „Total onslaught", totale Bedrohung, hieß das Stichwort, und „Totale Nationale Strategie" die Antwort.

Für die Strategie, bei der alles erlaubt sein sollte, was die Frontstaaten kaputtmacht, gab es zur Schwächung der ganzen Region ein Schlüsselland: Mosambik. Der außenpolitische Sekretär im Zentralkomitee der FRELIMO, Luis Cabasso, ist zwar Konfliktpartei, aber seine Einschätzung wird von der Mehrheit der internationalen Politiker und Beobachter geteilt:

„In dieser Region hat Südafrika eine traditionelle Vormachtstellung, und um diese aufrechtzuerhalten, muß es seine Nachbarländer kontrollieren. Dies geschieht über die Transportwege. Der wunde Punkt der Anrainerstaaten ist, daß sie Binnenländer sind. Zugang zum Meer hat nur Angola mit einem Hafen, und Mosambik mit drei Häfen. Wir sind das Schlüsselland. Gelingt es Südafrika, Mosambik zu destabilisieren, hängt die ganze Region auf Gedeih und Verderb von Südafrika und seinen Häfen ab. Eines ist wichtig zu wissen: Dieser Krieg ist kein politischer Krieg. Hier kämpft nicht A gegen B, nicht Sozialismus gegen Kapitalismus. Dies ist ein Krieg, um ein Land und ein Volks zu zerschmettern. Der Krieg, den Südafrika gegen unser Land führt, zielt nicht darauf, die Regierung auszuwechseln. Das ist ja auch der Grund, warum die Banditen nie zu einer politischen Bewegung wurden. Südafrika will das gar nicht. Die Banditen sollen zerstören, aber nicht zu einer alternativen Kraft werden. Und warum? Als politische Alternative, die den Krieg gewinnt und eine neue Regierung bildet, müßte sie, um wirtschaftlich leben zu können, die Häfen öffnen. Und das ist gar nicht im Sinne der Südafrikaner. Für sie ist nicht wichtig, ob die Häfen von Kommunisten, Sozialisten oder Faschisten betrieben werden. Der Punkt ist, daß sie überhaupt nicht betrieben werden und jedermann von Südafrika abhängig ist. Das ist der Schlüssel."

Der Schlüssel für Südafrikas Störpolitik hieß „Operation Mila". Dieses Codewort stand für eine Geheimoperation des südafrikanischen Sicherheitsapparates, den die Südafrikanerin Patricia Hanekom und ihr Freund Roland Hunter aus moralischen Erwägungen verraten haben. Hierzu Patricia Hanekom, die jüngst aus einem südafrikanischen Gefängnis entlassen wurde:

Jeden Montag gab es Nachschubflüge mit gecharterten Privatmaschinen, die den RENAMO-Lagern innerhalb Mosambiks sowohl humanitäre Güter wie Saatgut und Medizin, wie auch militärische hardware brachten. Waffen und Munition waren brandneue Ostblock-Erzeugnisse, deren Seriennummern man sorgfältig entfernte. Sie wurden in einem Lagerhaus in Fort rica Huchta geladen und an wechselnden Stellen in Mosambik mit dem Fallschirm abgeworfen. Mein Freund Roland Hunter mußte für die RENAMO Konferenzen organisieren, den Führern der Bewegungen Gehälter bezahlen, ebenso den Auslandsvertretungen der RENAMO. Die RENAMO-Camps standen unter dem Kommando

Die RENAMO

der südafrikanischen Streitkräfte. Der Aufmarsch der frisch ausgebildeten Kämpfer geschah von Südafrika aus. All dies wurde gesteuert vom militärischen Geheimdienst Südafrikas.

Patricia Hanekoms Schilderungen beziehen sich auf das Jahr 1983. Wenig später, im September 1984, schlossen Südafrika und Mosambik das Friedensabkommen von Nkomati.

Dieser Stillhaltevertrag sollte dem südlichen Afrika endlich Frieden bringen. Mosambik sollte den ANC, Südafrika die RENAMO fortan nicht mehr unterstützen. Seither behauptet Südafrika kategorisch, mit den „Schlächtern Afrikas" nichts mehr zu tun zu haben. Doch die weißen Herren Südafrikas sagen nicht die Wahrheit.

Funkspruch vom 16.6.1984 an Kommandant Charles von seiner Exzellenz dem Präsident der RENAMO: Wir möchten unsere Freunde daran erinnern, daß sie versprochen haben, uns auch weiterhin mit Geheim-Aktionen zu unterstützen.

Dieses Zita t stammt aus den Aufzeichnungen von Joaquim Vaz, dem Adjutanten des RENAMO-Chefs Afonso Dhlakama. Es wurde gefunden, als im August 1985 eine zimbabwesch-mosambikanische Eliteeinheit das Hauptquartier der RENAMO in den Gorongosa-Bergen vorübergehend einnahm.

Habe Mitteilung vom 16.6. erhalten. Das politische Klima hier ist für eine weitere Versorgung der RENAMOimmer noch schlecht...

... antwortete Tage später Oberst van Niekerk, der für die RENAMO zuständige Mann des militärischen Geheimdienstes von Südafrika, und empfiehlt:

Benutzt so wenig Kriegsmaterial wie möglich! Vermeidet Gefechte mit der Armee. Konzentriert euch auf Zerstörung von Wirtschaft und Infrastruktur sowie die Kontrolle der Bevölkerung!

Zwei Monate später zitiert das Tagebuch Brigadegeneral van Tonder, der im militärischen Geheimdienst Südafrikas für Geheimoperationen verantwortlich ist.

Soweit Kriegsmaterial, AK 47-Munition, betroffen ist, haben wir das für euch und werden es schicken, doch wir können die C 130-Maschinen nicht mehr einsetzen, da sie der Airforce unterstehen. Ebensowenig können wir die Kriegsmarine benutzen oder viele Leute involvieren, da es eine undichte Stelle geben könnte.

Wenig später heißt es:

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, werden wir zivile Flugzeuge benutzen. Colonel van Niekerk wird am 22.8.1984 nach Gorongosa kommen, um den Präsident der RENAMO zu treffen, um Landepisten zu organisieren.

Wenig später war das Nachschubproblem gelöst, das Tagebuch verzeichnet eine Lieferung von 26 Tonnen Material. Nicht einmal Pretoria bestreitet die Authentizität der Gorongosa-Dokumente; die zeigen, daß Südafrika entgegen eigener Behauptung und unter Verletzung des Nkomati-Vertrags nach wie vor mit den „Schlächtern Afrikas" unter einer Decke steckt — und zwar bis heute: Das zeigen dem WDR zugänglich gemachte, bislang unveröffentliche Aufzeichnungen einer privaten Organisation, die in Südafrika seit 20 Jahren landesweit Schwarze in Not berät. (Sie ist der „Thema heute"-Redaktion bekannt, ihre Glaubwürdigkeit ist weltweit unbestritten). Die Interviewpartnerin möchte anonym bleiben, eine Namensnennung könnte die Arbeit ihrer Organisation gefährden. Die Dokumente zeigen, daß südafrikanische Polizei-, Grenz- und Militärbehörden bis heute schwarze Südafrikaner für die RENAMO zwangsrekrutieren:

„Am 14. April 1987 wurden vier Männer beim Passieren der Grenze in Nkomatiport verhaftet. Männer der SADF, der südafrikanischen Armee nahmen sie hinter die Armeefahrzeuge und mißhandelten sie von vier Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends. Sie wurden keinem Richter vorgeführt. Man brachte sie auf die Polizeistation von Nkomatiport und sperrte sie in eine Zelle. Vier Tage lang wurden sie dreimal am Tag zusammengeschlagen. Man sagte ihnen, diese Mißhandlungen würden aufhören, wenn sie bereit wären, einen bezahlten Job bei der RENAMO anzunehmen. Sie müssen wissen, daß man 1984, während der Unterzeichung des Nkomati-Abkommens, die Leute hordenweise an der Grenze verhaftete, auf Polizeistationen zusammenschlug und sie zwang zu gestehen, daß sie eigentlich Mosambikaner seien. Als sie halb bewußtlos waren, haben die Behörden ihre Fingerabdrücke auf die Geständnisse gedrückt. Und später kamen eine Menge Leute zu uns und berichteten, daß man sie in eine alte Scheune gebracht hat oder auf jemandens Farm, wobei auch der Commissioner, der lokale Regierungsvertreter beteiligt war. Er brachte die RENAMO-Leute mit. Er sagte, hört mal her: Wir sind bereit, euch laufen zu lassen, wenn ihr bereit seid, für die RENAMO zu kämpfen."

Am 12. September 1988 gab es ein sensationelles Gipfeltreffen zwischen den Staatspräsidenten von Südafrika und Mosambik, Pieter Botha und Joaquim Chissano. Am Staudamm von Cabora Bassa ratifizierten sie einen Vertrag, den Portugal, Südafrika und Mosambik schon im Juni beschlossen hatten und nach dem das stilliegende Wasserkraftwerk Cabora Bassa wieder in Betrieb gehen soll. Dazu soll die von der RENAMO sabotierte Überlandleitung nach Südafrika instandgesetzt und militärisch geschützt werden; wofür Südafrika der FRELIMO-Armee Militärhilfe leisten will — was nun gar nicht ins Bild von „Destabilisierung" paßt. Ebensowenig wie die südafrikanischen Experten, die den Hafen von Maputo managen. Oder südafrikanischen Handelsketten, die, um ihre Güter nach Mosambik zu transportieren, die Militäreskorten der Überlandkonvois finanzieren. — In Südafrika machen mehrere Akteure Außenpolitik, und sie haben verschiedene Interessen. Das liberale englischsprachige Wirtschaftskapital will nach Mosambik exportieren und hat kein Interesse an einer Destabilisierung. Im südafrikanischen Außenministerium will man international als vertragstreu dastehen und über eine Vertragspolitik dem isolierten Südafrika in der Region wieder Handlungsspielraum schaffen. Ganz anders der burisch geprägte Sicherheitsapparat Südafrikas: Dort fühlt man sich noch immer bedroht von Kommunismus und schwarzer Flut, schert sich nicht um internationale Verträge und will den Pufferstaat Mosambik in Chaos und Armut sehen. Chaos also in Südafrikas Außenpolitik — entscheidend ist, wer sich durchsetzt. Bisher waren und sind das stets die Falken des afrikaans geprägten Sicherheitsapparates.

Die RENAMO in der Bundesrepublik

In der europäischen Öffentlichkeit findet der Völkermord in Mosambik wenig Aufmerksamkeit. Vielleicht läßt im Falle Mosambiks aber die kaum unbekannte Tatsache aufhorchen, daß die Bundesrepublik für die Schlächter Afrikas ein wichtiges Land ist.

Weniger bekannt dürfte sein, daß die RENAMO einen Außenposten in der BRD unterhält: In Eppelheim bei Heidelberg wohnt in einem unauffälligen Neubauviertel ein knapp 40jähriger Schwarzafrikaner aus Mosambik: Arturo Jareira da Fonseca. Daß er nach dem RENAMO Chef Alfonso Dulakama — der in den Gorongosa-Bergen der mosambikanischen Provinz Sofala residiert — deren zweiter Mann ist, weiß hier niemand: Die Nachbarn halten ihn für einen Gastdozenten der Universität Heidelberg. Der freundliche Afrikaner, der stets im Anzug und mit Sonnenbrille auftritt, hat für den WDR jetzt erstmals Auskunft gegeben. Er betreibt von seiner bescheidenen Zweizimmerwohnung aus ein blutiges Geschäft:

F.: Ich heiße Arturo da Fonseca, ich bin Jurist und Mitglied des Nationalrats der RENAMO und Sekretär für externe relations unserer Organisation.

Frage: Kann man sagen, daß Sie quasi der Außenminister der Renamo sind?

F.: Ja, im Ausland bin ich der Verantwortliche für die Politik der RENAMO und nicht andere. Ich bin der Chef dieser Abteilung im Ausland. Ich habe ständig Kontakt mit dem Präsident, das heißt mit dem Präsidialamt in Gorongosa.

Frage: Wofür kämpfen Sie?

F.: Unser Ziel ist vollkommen klar: Demokratie. Wir verschleiern überhaupt nichts, wir sagen, wir sind eine antikommunistische Organisation.

Frage: Sie überfallen LKW-Konvois, Sie sprengen Brücken, Sie sprengen Eisenbahnlinien, Sie sprengen Strommasten.

F.: Eisenbahnen und Brücken, ja, wir sprengen das, ja, wir sprengen.

Frage: Sie überfallen Konvois, LKW-Konvois, wo Busse mit Zivilisten drinsitzen, die dabei zu Tode kommen. Das stimmt doch?

F.: In Mosambik gibt es nichts Privates, alles Militär.

Frage: Da sitzen aber auch Zivilisten drin, die von einer Stadt in die andere fahren.

F.: Heutzutage man fährt mit dem Zug, nicht mit dem Bus.

Frage: Gut, aber Sie überfallen auch Züge. Falls sie überhaupt noch fahren.

F.: Die Züge, wir wollen genau die Wirtschaft der FRELIMO lahm legen, kaputt, ja.

Frage: Sie nehmen aber den Tod von Zivilisten dann schon in Kauf?

F.: Passen Sie auf, wir haben einen Krieg in Mosambik. Die Bevölkerung muß das verstehen. Wir haben an die Bevölkerung appelliert. Aufpassen! Aufpassen, wir werden keine Rücksicht machen.

Die Bundesregierung bekundet keinerlei Sympathie für Fonsecas Guerilla-Gruppe, die sie als terroristisch einstuft und wie folgt qualifiziert:

> Nach den Erkenntnissen der Bundesregierung richten sich die Aktivitäten der RENAMO in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung, gegen die sie in besonders brutaler Weise vorgeht. Es gibt überzeugende Hinweise dafür, daß die RENAMO durch ihre Politik der verbrannten Erde für die gegenwärtig schwere Versorgungskrise in weiten Teilen des Landes maßgeblich Verantwortung trägt.

Trotz dieser offiziellen Position ist es der Führung der RENAMO seit nunmehr acht Jahren möglich, auf bundesdeutschem Boden ihren Terror zu planen sowie Geld, internationale Kontakte und nach vorliegenden Hinweisen auch Waffen zu organisieren. Seit 1981 hält die RENAMO ihre Gipfeltreffen und Konferenzen ganz überwiegend in der Bundesrepublik ab. Erstmals traf man sich im Juli 1981 in Köln, zuletzt am 27. August 1988 im Rega-Hotel in Heidelberg; stets unbehelligt von deutschen Behörden. Dabei ist bekannt, wann und wo die Führer der RENAMO ihren Terror planten. Im Oktober 1982 und März 83 tagte in Köln der Nationalrat der RENAMO, das höchste politische Gremium der grausamen Rebellen. Im Februar 84 traf man sich im Tagungshaus St. Julian des Missionsordens der Eucheristiner in Düren. Kurz zuvor, im November 83 war die RENAMO-Spitze zu Gast in der Bildungsstätte der „Studien- und Fördergesellschaft der Schleswigholsteinischen Wirtschaft e.V.". Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Tummelplatz der RENAMO. Die Fäden zieht Prof. Dr. Werner Kaltefleiter, ein ultrarechter Politikwissenschafter der Univertät Kiel. Kaltefleiter hat 1983 eine Deutschland-Reise für den RENAMO-Chef Alfonso Dhlakama organisiert und ihn mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CSU-eigenen Hanns-Seidel-Stiftung zusammengebracht. Daß die CSU und ihr verstorbener Vorsitzender Franz-Josef Strauß die RENAMO zumindest in den Anfangsjahren unterstützten, ist bekannt. Ab 84/85 wurde man in München vorsichtiger und anläßlich der Strauß'schen Mosambik-Reise Anfang des Jahres erklärte der Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CSU, Dieter A. Schmidt, wörtlich: „Wir haben keine Kontakte mit dieser Organisation"

Die „Thema heute"-Redaktion verfügt jedoch über die Kopie eines Briefes der CSU-Zentrale vom 26. Juni 1987, gerichtet an den RENAMO-Vertreter in Nairobi, der mit Strauß Kontakt aufnehmen wollte. In diesem Brief erklärt der selbe Dieter A. Schmidt im Auftrag von Franz-Josef Strauß, Zitat:

> „...: daß wir bereits in direktem Kontakt mit dem Präsident und dem Oberkommandierenden Ihrer Organisation in der „Casa Banana" stehen."

„Casa Banana" bezeichnet das Hauptquartier der RENAMO in den Gorongosa-Bergen Mosambiks.

Doch zurück nach Kiel. wo der prominente CDU-Professor Kaltefleiter die Kontakte knüpft. Zu seinen Aktivitäten zählt sein jährliches sogenanntes „Sommerseminar zur Nationalen Sicherheit", eine internationale, hochkarätig besetzte Veranstaltung, die für die RENAMO offensteht. So hatte RENAMO-„Außenminister" Fonseca, eingeladen mit Briefkopf der Universität Kiel, Gelegenheit zum Plausch mit wichtigen Leuten. Mit dem ehemaligen NATO-Generalsekretär Bernard W. Rogers zum Beispiel oder den damaligen Staatssekretären im Bundesverteidigungsministerium Peter Kurt Würzbach und Lothar Rühl. Kaltefleiters Seminare mit RENAMO-Beteiligung werden mit öffentlichen Mitteln gefördert; 1985 z.B. mit 15.000 Mark von der NATO und 90.000 Mark von der Kieler Landesregierung. Skrupel hat der südafrikafreundliche Professor nicht — dafür gute Beziehungen. So referierte 1986 zum Thema „Geheimdienste" Eberhard Blum, damals Chef des Bundesnachrichtendienstes, BND. Gerüchte über Verbindungen zwischen BND und RENAMO halten sich zumindest im südlichen Afrika hartnäckig und erhielten erst jüngst neue Nahrung. Paolo Oliveira war einst RENAMO-Vertreter in Portugal. Als er im Frühjahr zur mosambikanischen Regierung überlief, gab er in Maputo Erstaunliches zu Protokoll:

> „Bei einer Sache, von der ich weiß, war etwa eine Million Dollar im Spiel, die vom BND bereitgestellt worden waren, um Luftschutzeinrichtungen zu kaufen. Es handelte sich um Raketen des Typs SAM-7, die auf dem Schwarzmarkt gekauft und aus Polen kommen sollten. Diese Raketen kamen letztlich nie bei der RENAMO an. Aber Arturo Jareira da Fonseca erzählte mir am 18.8.87 in Lissabon — er war schon ziemlich betrunken — daß er deshalb in die Schweiz gefahren sei, um 90.000 Dollar von einem Nummernkonto abzuheben, das der Bewegung gehörte.

Oliveiras Aussage ist für uns nicht nachprüfbar. Doch im Licht seiner Aussage erhält ein zurückliegender, kleiner Vorfall in Bonn Gewicht. 1983 nämlich erschien bei Kanzleramtschef Waldemar Schreckenberger der Unterstaatssekretär Wiesner von der Afrika-Abteilung des US-Außenministeriums und beklagte sich heftig, daß der BND verstrickt sei in Aktivitäten des südafrikanischen Geheimdienstes zur Unterstützung der RENAMO. Darauf angesprochen, streitet Forseca dies ab:

F.: Das ist ein Schwindel. Ich habe keine Verbindung hier mit dem deutschen Nachrichten dienst, überhaupt nicht. Sagen Sie mir, wie kann Paulo Oliveira wissen das? Ich müßte das wissen, weil dies ist meine Arbeit, Lieferung von Waffen und so weiter, das ist meine Arbeit.

Frage: Die Tatsache, daß Sie hier in Deutschland sind, läßt vermuten, daß auch die Bundesrepublik ein wichtiger Auslandsort ist für die RENAMO?

F.: Ja, wir sind hier, wir leben in diesem Land. Wir arbeiten. Ich habe keine ganze bestimmte Aufgabe in Deutschland. Ich lebe hier in Deutschland. Deutschland ist ein demokratischer Staat, jeder ist frei. Solange er nicht gegen das Gesetz verstößt, kann mit ihm nichts passieren.

Stimmt. Doch die Vorbereitung von Gewaltakten auf deutschem Boden verstößt gegen deutsches Recht und auch gegen Völkerrecht. Arturo Jareira da Fonseca gibt zu, daß Waffenbeschaffung sowie Finanzierung und Planung des Guerillakampfes zu seinen Aufgaben zählt. Die Frage muß erlaubt sein, wie lange wohl ein hochrangiger Vertreter der IRA, der ETA oder einer vergleichbaren Gruppe aus Libyen unbehelligt bliebe. Fonseca und andere RENAMO-Agenten in der Bundesrepublik jedenfalls bleiben unbehelligt. In Bonn ist von den Umtrieben der RENAMO in der Bundesrepublik „nichts bekannt."

Bernd Girrbach

Kommunalwahlen in Azania

Bestätigung der Apartheidstrukturen blieb aus

Am 26. Oktober fanden in Azania (Südafrika) Kommunalwahlen statt. Obwohl seitdem einige Monate vergangen sind, besteht Anlaß, noch einmal einen Blick auf den Zusammenhang zu werfen, in welchem dieses Einzelergebenis steht.

Die Wahlen wurden von der südafrikanischen Regierung als "historisch" und als Bestandteil der Reformstrategie gefeiert, weil zum ersten Mal alle Bevölkerungsgruppen (AfrikanerInnen, sogenannte Farbige, sogenannte InderInnen und sogenannte Weiße) am gleichen Tag wählen durften. Dabei handelte es sich nicht um gleichberechtigte Wahlen zu identischen Gremien: Das Wahlrecht der Schwarzen bezog sich auf die Verwaltungen der schwarzen Townships, die Primary Local Authorities (PLAs). Etwa 25 Mio. Schwarze werden im Rahmen dieses Systems von 3454 Vertretern (councillors) repräsentiert, während ca. 6 Mio. Weiße 3651 Repräsentanten wählen durften. Außerdem war das Wahlrecht der Schwarzen gestaffelt: Alle legalen EinwohnerInnen eines Wahlgebiets erhielten je eine Stimme, ebenso diejenigen, die sich für die Dreikammerwahlen 1984 registriert und damit ihre Kooperationsbereitschaft unter Beweis gestellt hatten. Darüber hinaus waren Hausbesitzer und Eigentümer von im Wahlkreis angesiedelten Unternehmen wahlberechtigt. Hausbesitzern standen zwei Stimmen zur Verfügung, Unternehmer hatten sogar drei Stimmen und eine weitere Stimme für jedes weitere Unternehmen. Ziel war ganz offensichtlich, der schwarzen Mittelschicht Gehör zu verschaffen. Die Bevölkerung der sogenannten Homelands war ebenso von den Wahlen ausgeschlossen wie die Millionen von Wanderarbeitern, Hausangestellten - die ja in weißen Gebieten leben müssen - und Illegalen.

Die Rechnung des Regimes ging nicht auf

Das Hauptanliegen der weißen Regierung war, die Apartheidstrukturen von Teilen der schwarzen Bevölkerung absegnen zu lassen. Eine solche Bestätigung blieb aus: In vielen Townships stellten sich nicht genügend KandidatInnen zur Wahl. Die genaue Anzahl der von Schwarzen abgegebenen Stimmen wurde bisher nicht bekannt gegeben. Offizielle Angaben für einige Ausgewählte Gebiete lagen bei etwa 10 %, was sich allerdings auf die Anzahl der registrierten WählerInnen bezog, die nur einen Teil der Bevölkerung im jeweiligen Gebiet darstellten. Die tatsächliche Wahlbeteiligung der Schwarzen wird auf zwei bis drei Prozent geschätzt. Dieses Ergebnis ist ein riesiger Erfolg, wenn bedacht wird, welches Ausmaß die Repression gegenüber der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in den letzten Jahren erreicht hat. Im Vorfeld der Wahlen waren alle Aufrufe zum Wahlboykott strikt untersagt, über 20 Oppositionsgruppen sind im Rahmen des Ausnahmezustands allein im Jahr 1988 verboten worden. In den letzten drei Jahren sind etwa 20.000 Menschen inhaftiert und etwa 3000 Menschen ermordet worden. Anschläge auf Büros von oppositionellen Gruppen fanden regelmäßig statt: auf das Khotso House in Johannesburg, auf das Gebäude des Gewerkschaftsverbandes COSATU (Congress of South African Trade Unions), auf das Büro der Catholic Bishops Conference, um nur einige zu nennen. Insbesondere in den afrikanischen Townships hat die Repression seit 1985 ein bis dahin unbekanntes Niveau erreicht. Zusätzlich zur weißen South African Police (SAP) und der schwarzen, von den Townships verwalteten Municipal Police wurden in den letzten Jahren sogenannte "Kitskonstables" eingesetzt. "Kits" bedeutet "schnell, sofort" und bezieht sich auf die Ausbildungsdauer dieser Einheiten: drei bis sechs Wochen. Diese paramilitärischen Einheiten werden häufig aus schon existierenden kriminellen Banden rekrutiert und unterstehen der SAP. Kitskonstables dienen der allgemeinen Einschüchterung und sind bekannt für systematische Brutalität und Folter gegenüber AktivistInnen und solchen, die dafür gehalten werden. Fotos von weißen SAP-Einheiten, die Überfälle in den Townships verüben, sind aufgrund dieser Strategie weitgehend aus der Presse verschwunden. Polizeieinsätze in den Townships können jetzt nach außen als "Gewalt unter Schwarzen" verkauft werden.



Aufruf zur Wahlbeteiligung. New Brighton, außerhalb von Port Elizabeth

Parallel zur direkten Repression wurden im Vorfeld der Wahlen verschiedene Propagandaformen und Anreize eingesetzt, um Schwarze an die Wahlurnen zu locken. In den schwarzen Wohngebieten hingen überdimensionale Plakate, die nicht zur Wahl eines bestimmten Kandidaten, sondern einzig und allein zur Wahlbeteiligung aufforderten. Viele Wählerinnen erhielten Geld und Lebensmittel als "Entschädi-

gung". Im Kapstadtvorort Old Crossroads wurde als Gegenleistung für die versprochene Wahlbeteiligung schon vor einiger Zeit mit einem sogenannten Upgrading, einem staatlichen Bauprogramm zur Verbesserung der Wohnbedingungen begonnen. Trotz dieser doppelten Strategie blieb der Wahlerfolg im Sinne der Regierung aus. Die Graffiti in den Townships waren eindeutig und sie wurden eindeutig befolgt "Don't vote!«

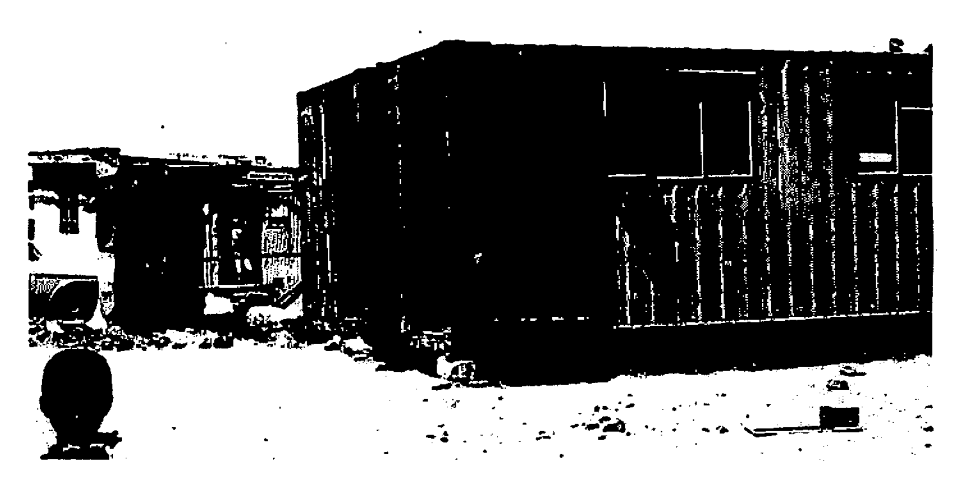
Die vielfältigen Aktivitäten des Widerstands

Dieses Ergebnis ist Ausdruck eines hohen Politisierungsgrades und eines vielfältigen Widerstandes, der von einer breiten Bewegung getragen wird. Dieser tägliche Widerstand äußert sich u. a. in einer großen Zahl von Projekten, organisiert von Gruppen aus dem UDF-Spektrum (United Democratic Front), aus der Black Consciousness Bewegung (Schwarzes Bewußtsein - Bewegung), von Gewerkschaften und von Unanbhängigen. Eines der bekannteren Projekte ist die Anti-Apartheid-Kinderzeitschrift Molo Songololo ("Hallo Tausendfüßer"), die in Kapstadt von einer UDF-nahen Gruppe herausgegeben und an Schulen - auch an staatlichen - verkauft wird. In verschiedenen Townships und illegalen Wohngebieten arbeiten Kindergarten-, Schul- und Ausbildungsprojekte, um den Auswirkungen der Apartheidbildungspolitik etwas entgegenzusetzen. Ein Beispiel ist die Grundschule im Squattercamp KTC außerhalb von Kapstadt, die vom parteipolitisch ungebundenen SACHED (South African Council for Higher Education) organisiert und von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (Berlin) unterstützt wird. Diese Schule bietet 200 SchülerInnen eine elementare Schulbildung in einem Gebiet, in dem der Staat jegliche Bildungs- und sonstige Infrastrukturmaßnahmen vollkommen vernachlässigt.

Sprachprojekte werden organisiert, damit die sprachlichen Barrieren zwischen TownshipbewohnerInnen längerfristig abgebaut werden, so z. B. vom Language Programme der Health and Wellfare Society of South Africa (HEWSSA) in Kapstadt. In den Zentren der Großstädte wird Rechtsberatung und -hilfe angeboten, auf die in erster Linie Schwarze zurückgreifen müssen. Diese Büros werden von sehr unterschiedlichen Gruppen getragen, leisten aber weitgehend ähnliche Arbeit: Ein in East London angesiedeltes Zentrum für Bildung und Rechtsberatung wird von einer UDF-Gruppe organisiert und von Oxfam (Großbritannien) unterstützt. Rechtsberatung und sonstige Unterstützung speziell für Frauen bietet die Gruppe POWA (People Opposing Womens Abuse) in Johannesburg. Schwarze und weiße Feministinnen arbeiten zusammen in diesem Notruf für mißhandelte und vergewaltigte Frauen, zu dem auch ein "shelter", ein Frauenhaus für Frauen und Kinder gehört. Finanzielle Mittel für Projekte sind in Südafrika sehr begrenzt und so sind viele auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen: von Kirchen, Gewerkschaften und Soligruppen. Darüberhinaus sind auch Organisationen, die in anderen afrikanischen Staaten im "Entwicklungsbereich" tätig sind, in Südafrika vertreten. So existieren beispielsweise Nothilfeprogramme in Townships, Squattercamps und "Homelands", um die Lebensmittelversorgeung im reichsten Land Afrikas zu garantieren. Die Deutsche Welthungerhilfe unterstützt als wichtigster einzelner Geldgeber die südafrikanische Organisation "Operation Hunger", die mit über 200 Einzelprojekten in den „Homelands", den sogenannten selbstverwalteten Gebieten (Gazankulu, Qua Qua, Kangwane, Lebowa und Kwadebele) und in vielen Townships in diesem Bereich tätig ist. Im Gegensatz zu den Projekten des südafrikanischen Widerstandes arbeitet "Operation Hunger" explizit unpolitisch. Die Auswirkungen dieses Projekts, die kurzfristige Verbesserung der Ernährungslage für Teile der Bevölkerung, kann im südafrikanischen Kontext bestenfalls als Ansatz zur Symptombekämpfung verstanden werden. Die finanzielle Unterstützung der Projekte richtet sich nach den Arbeitsbereichen und nach der politischen Ausrichtung der OrganisarInnen. Für Gruppen, die der UDF nahestehen oder angehören ist es in der Regel weitaus einfacher, Mittel zu mobilisieren (u. a. über den South African Council of Churches) als für Gruppen, die zur Black Consciousness Bewegung gehören und/oder sozialistisch sind. Die Reaktionen des südafrikanischen Staates hängen von Inhalt und geographischem Projektgebiet ab. Dabei haben Projekte, die in illegalen Townships (Squattercamps) arbeiten, den schwierigsten Stand und werden der härtesten Repression ausgesetzt: wenn sie erfolgreich sind und zur Organisierung in den Camps beitragen, werden sie entweder vom Staat zerstört oder in staatliche Strukturen eingebunden. Aber auch die meisten anderen Organisationen und Gruppen bekommen regelmäßig "Besuch" von der Sicherheitspolizei. Viele AktivistInnen wurden inhaftiert oder auf der Straße umgebracht.

Widersprüche im Apartheitssystem

Der schwarze "Wahlsieg" im Oktober 1988 gab wenig Anlaß zum Feiern. In der gleichen Wahl eroberte die Conservative Party (CP) über 100 Stadtparlamente. Die Partei gab unmittelbar nach diesem Ergebnis bekannt, daß die "petty apartheid", die Segregation von Stränden, Parkbänken, Bibliotheken etc. im öffentlich verwalteten Bereich wieder eingeführt werden soll. Erst in den letzten Jahren war ein Teil dieser Einschränkungen abgeschafft worden, weil in ihnen Apartheid ihren krassesten Ausdruck fand. Sie sollte wenigstens von der sichtbaren Oberfläche verschwinden. Der Erklärung der CP folgte ein Aufschrei der weißen liberalen Öffentlichkeit, aber auch der National Party, damals noch unter Präsident Botha. Das einzige von P.W. Botha angeführte Argument bezog sich auf die Gefahr, daß die Durchsetzung des CP-Beschlusses zu einer Verschärfung der internationalen Sanktionen führen könnte. Es gab offensichtlich keine innenpolitischen Bedenken, sondern nur das indirekte Eingeständnis, daß Sanktionen der Wirtschaft und dem Regime einen nicht unbedeutenden Schaden zufügen. Die Politik der regierenden National Party wird sich auch unter de Clerke im Spannungsfeld zwischen schwarzem Widerstand und rechter bzw. offen faschistischer Opposition bewegen. Die Polarisierung und die Widersprüche des Apartheidsystems äußern sich im Wahlergebnis vom Oktober 1988, sie bleiben aber nicht auf die politische Ebene beschränkt. Auf der einen Seite existiert die glatte Fassade der weißen Pseudonormalität, die jedes Jahr riesige Besucherscharen anzieht, nicht zuletzt aus der BRD, wo der Südafrikatourismus in den letzten Jahren zugenommen hat. Eine Fassade, die nicht von Militär und Polizei im weißen Straßenbild geprägt wird, eine Oberfläche, an der auch nach 2 1/2 Jahren Ausnahmezustand und Pressezensur immer noch eine relative



Ein Squattercamp außerhalb von Kapstadt

Pressevielfalt gegeben und die Veröffentlichung kritischer Artikel möglich ist. Eine "Wirklichkeit", in der viele Weiße weder mitkriegen wollen noch mitkriegen, daß in "ihrem " Land über haupt ein Konflikt existiert.

Der wirtschaftliche Niedergang

Auf der anderen Seite steht eine Wirtschaftskrise (vom Handelsblatt als "Siechtum" bezeichnet, 6.2.1989), deren Ausmaß ständig zunimmt. Dabei stellen die außenwirtschaftlichen Beziehungen den akutesten Schwachpunkt dar: In diesem Jahr sind Rückzahlungen von ausländischen Krediten in Höhe von 2,5 Mrd. US $ fällig - Grund zu erneuten Annäherungsversuchen an Schweizer und andere westeuropäische Banken, um Umschuldungsverhandlungen abzuschließen. Die problematische Situation der südafrikanischen Wirtschaft hat in den letzten Monaten eine Reihe von kurzsichtigen und widersprüchlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen herbeigeführt. Im Oktober 1988 wurden die Steuern auf Importgüter drastisch erhöht, um die Handelsbilanz zu sanieren. Dieser Schritt dürfte die ohnehin schon hohe Inflation weiter anheizen. Im November 1988 wurde der Leitzinssatz, die Prime Overdraft Rate, um ganze zwei Prozent auf 18% angehoben, mit der Zielsetzung, die Kreditnachfrage und den Konsum einzuschränken. Selbst wenn dieses Ziel erreicht und darüber hinaus der Kapitalabfluß aus Südafrika vorübergehend gebremst werden sollte, dürfte diese Zinserhöhung zu sinkenden Investitionen und mittel- bis langfristig zu einer noch höheren Arbeitslosigkeit führen.

Auch die verstärkte Zulassung mozambiquanischer Wanderarbeiter in den Minen und in der Landwirtschaft erhöht die Arbeitslosigkeit unter südafrikanischen ArbeiterInnen. Die Entscheidung wurde im Oktober 1988 mit der Begründung "geringere Lohnkosten" bekanntgegeben. Bei kurzfristig verbesserten Verwertungsbedingungen in diesen Bereichen ist der politische Preis, z. B. die Reaktion der Gewerkschaften, noch nicht absehbar. Die Summe dieser relativ kleinen Schritte ergibt das Bild einer maroden, sich immer tiefer in ihre eigenen Widersprüche verstrickenden südafrikanischen Wirtschaft. Dies ist ein Hintergrund, vor dem die Forderungen nach Boykott und Disinvestment stehen.

Selektive oder umfassende Sanktionen ?

Vom überwiegenden Teil des organisierten Widerstands werden vollständige Sanktionen (comprehensive sanctions) gefordert: von den im Dachverband UDF zusammengeschlossenen Gruppen, vom ANC, vom größten Gewerkschaftsverband COSATU, von NACTU (National Council of Trade Unions, der Dachverband der Black Consciousness Gewerkschaften), von AZAPO (Azanian Peoples Organisation) und anderen. Die in COSATU organisierten Gewerkschaften fordern, daß der Rückzug ausländischer Konzerne mit den Gewerkschaften der betroffenen ArbeiterInnen ausgehandelt wird, um die negativen Folgen, in erster Linie Arbeitslosigkeit, zu minimieren. Dieser Position steht die Forderung nach einem selektiven Wirtschaftsboykott gegenüber, die von einem Teil der Opposition getragen wird. Sie ist absolut nicht identisch mit der totalen Ablehnung von Sanktionen, wie sie bspw. vom Inkathachef Buthelezi vertreten wird. Grundlage der selektiven Boykottforderung ist die Einschätzung, daß Sanktionen negative Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der schwarzen ArbeiterInnen haben können und daß - selbst wenn sie als Teil des Kampfes akzeptiert werden - versucht werden muß, diese Folgen zu reduzieren. Als Beispiel für einen effektiven selektiven Boykott wird die Abschaffung direkter Flufverbindungen zwischen der RSA und dem Ausland genannt. Der notwendige Umweg über die Frontstaaten (Zimbabwe, Botswana u.a.) würde sehr wenige Arbeitsplätze in Südafrika vernichten und gleichzeitig die Abhängigkeit dieser Staaten von Südafrika in eine gegenseitige Abhängigkeit verwandeln. Dieses Prinzip könnte auch auf andere Bereiche, wie z. B. Seetransporte und Telekommunikation ausgedehnt werden. Auch wenn keine hunderprozentige Einigkeit über den Umfang der zu fordernden Boykottmaßnahmen besteht, herrscht innerhalb des südafrikanischen Widerstands Einigkeit darüber, daß Sanktionen gegen den südafrikanischen Staat - im politischen und nicht zuletzt im diplomatischen Bereich - eine wichtige Unterstützung aus dem Ausland sind, als Teil einer breit angelegten Strategie gegen das südafrikanische System. Wie bekannt wurden diese Forderungen bisher nur vereinzelt befolgt.

Kulturboykott auf Kosten progressiver Künstler ?

Neudefinitionen früherer Positionen haben in Azania in Bezug auf einen kulturellen bzw. akademischen Boykott stattgefunden. Seit 1987 wird von UDF, ANC und anderen Organisationen ein selektiver Kulturboykott gefordert, ein Boykott der offiziellen, kommerziellen Kultur bei gleichzeitiger Unterstützung der progressiven Kultur, der Kultur des Widerstandes. Diese Unterstützung soll in beide Richtungen gehen: Auftrittsmöglichkeiten im Ausland für progressive südafrikanische KünstlerInnen und die Bereitstellung von Material (Bücher, Filme etc.) für Veranstaltungen in Südafrika. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit ausländischen Gruppen und Einzelnen sind für oppositionelle südafrikanische KünstlerInnen und VeranstalterInnen wegen der Zensur und der allgemein harten Arbeitsbedingungen in ihrem Land besonders wichtig. Dazu kommt die Einschätzung, daß es im Moment keine Möglichkeit gibt, regimetreue Künstler oder Wissenschaftler von der Einreise nach Südafrika und der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen abzuhalten und daß gerade dieser Boykott eigentlich nur die Opposition selbst trifft. Beispielsweise ist die Weigerung vieler ausländischer (englischsprachiger) Autorinnen und Verlegerinnen, ihre Werke in Südafrika zu vertreiben, eine harte Einschränkung für die wenigen linken Buchläden, die trotz der Repression existieren. Im umfangreichen Sanktionsforderungskatalog der COSATU wird die Teilnahme ausländischer SportlerInnen an Wettkämpfen in Südafrika sowie die Einreise ausländischer Geschäftsleute und Touristen eindeutig abgelehnt, während es eine entsprechende Forderung für den kulturellen oder wissenschaftlichen Bereich nicht gibt. Diese neue Position hat innerhalb der westeuropäischen Solidaritätsbewegung bisher wenig Gehör gefunden. Opfer dieser starren Kulturboykottversion war u. a. das von der bekanntesten oppositionellen Zeitung, der Weekly Mail, organisierte Filmfestival "Cinema under Siege". An der Vorbereitung dieses Festivals, das 1988 stattfand, hatten sich auch COSATU, die Anti-Censorship Action Group und das Progressive Arts Project beteiligt. Für das Festival sollte eine Reihe von Filmen aus Westeuropa importiert werden, was daran scheiterte, daß hier die Einstellung zum Kulturboykott erst in einem längeren Prozeß geklärt werden mußte. Viele Filme wurden zu spät geliefert, um den aufwendigen südafrikanischen Zensurprozeß noch rechtzeitig zu überstehen. Der in Südafrika als Künstler des Widerstands bekannte Johnny Clegg durfte beim Nelson Mandela - Geburtstagskonzert im Juli 1988 in London nicht auftreten. Obwohl eine Empfehlung der UDF vorlag, hätte sein Auftritt gegen die Boykottposition der britischen Anti-Apartheid-Movement verstoßen. Aufgrund dieser und anderer Ereignisse wurde in Südafrika der Vorwurf erhoben, die europäische Solidaritätsbewegung verhänge eine Zensur, die noch über die des südafrikanischen Staates hinausgeht. (Die Widersprüchlichkeiten des Kulturboykotts und der Konflikt zwischen südafrikanischer Opposition und westeuropäischer - in erster Linie britischer - Solidaritätsbewegung wurden in der Weekly Mail vom 2.9.88 ausführlich dargestellt.) Die mangelnde westeuropäische Akzeptanz neuer Stellungnahmen stößt in Azania auf zunehmendes Unverständnis. Die entscheidende Forderung in diesem Zusammenhang ist, daß die Solidaritätsbewegung in Westeuropa sich mit den Diskussionen, die in den letzten Jahren im südafrikanischen Widerstand stattgefunden haben, auseinandersetzen und die Ergebnisse dieser Diskussionsprozesse unterstützen soll. Dabei sollten die existierenden Kontakte zwischen Gruppen in Azania und Solidaritätsgruppen hier genutzt werden, um einen Austausch aktueller Positionen zu ermöglichen und die Diskussion gemeinsam weiterzuführen. Nur diese gemeinsame Diskussion kann die Grundlage für eine konstruktive Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit hier sein.

Katrin

Apartheid: Ärzte und Bomben

Rede des südafrikanischen Arztes Vijay Ramlakan

In der südafrikanischen NAMDA (National medical und dental association) arbeiten viele Ärztinnen und Ärzte, die ihre eigentliche Aufgabe darin sehen, das System der Apartheid als Hauptursache aller Krankheiten auf politischem Wege zu beseitigen. Die Wege und Methoden sind unterschiedlich, einige von ihnen schließen sich dem verbotenen ANC an.

Im April 1987 wurden der Arzt und frühere Sekretär des Studentensekretariats Spongiseni Dhlomo, der Sekretär der Studentenvereinigung MSRC Dudu Buthelezi, der Medizinstudent im dritten Jahr Phumzon Xiweni und sein Kommilitone Lulamile Xate, sowie Vijay Ramlakan, Arzt und Präsident der Studentenorganisation von 1979 bis 1980, vom obersten Gericht in Pietermaritzburg wegen sogenanntem Terrorismus und Hochverrat verurteilt.

Ramlakan befindet sich heute wie viele andere in der Haftanstalt Robben Island bei Kapstadt. In seiner abschließenden Rede vor dem obersten Gericht beschrieb er seinen Weg aus den Slums von Cator Manor, seine ersten politischen Erfahrungen und schließlich seine Entscheidung, dem afrikanischen Nationalkongreß beizutreten und in dessen militärischem Flügel Umkhonto We Zizwe mitzuwirken. Diese Rede beschreibt in komprimierter Form die gesamte Situation der Apartheid und ihre Beziehung zur Gesundheit.

Ich heiße Vijay Ramlakan. Ich bin 29 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter, die mit mir zusammen verhaftet wurde. Ich bin Arzt, die Gesetze dieses Landes klassifizieren mich als Inder, obwohl meine Vorfahren in Südafrika geboren wurden. Außerdem bin ich laut Gesetz Terrorist. Es ist hier nun meine Aufgabe, meinen Landsleuten zu erklären, warum ich mich heute in dieser Situation befinde.

Lange vor diesem Prozeß machten Zeitungen, Radio und Fernsehen einen großen Wirbel um die Tatsache, daß zwei von uns Angeklagten Ärzte sind. Auch heute spricht man von dem „Ärzte-und-Bomben-Prozeß". Die Medien gehen davon aus, daß Ärzte isoliert von der Gesellschaft leben. Deshalb halte ich es für nötig darzulegen, warum jeder Gesundheitsarbeiter, jeder Arzt, die moralische Pflicht hat, sich vollständig dem Kampf gegen Apartheid zu widmen. Kein Gesundheitsarbeiter kann die verheerenden Auswirkungen der Apartheid ignorieren. Kein Gesundheitsarbeiter kann übersehen, wie Apartheid Krankheiten verursacht, kann die einfache Tatsache leugnen, daß Apartheid für die häufigsten Krankheiten unseres Landes verantwortlich ist. Ich bin kein weltfremder Idealist oder „zorniger junger Mann". Meine Motivation resultiert auf wissenschaftlichen Studien unserer Gesellschaft, sie basiert auf nackten Fakten. Ich möchte zeigen, warum meine Erfahrungen, meine Tätigkeit als Arzt, mich nicht ruhen lassen werden, bis das Todesurteil über das System der Apartheid unterzeichnet ist. (...)

Kindheit und Medizinstudent unter der Apartheid

Ich wurde in Durban/Cator Manor geboren. Ich lebte mit meinen Eltern und Geschwistern in einem einzigen Raum, einer Garage. Als Kind konnte ich nicht begreifen, warum wir so arm waren, warum wir nicht genug zum Essen hatten, warum wir so oft von einer Bretterbude in die andere wechselten. Soweit ich es beurteilen konnte, waren Vater und Mutter angesehene Mitglieder der Gemeinschaft, und haben außerordentlich schwer gearbeitet. (...) Unsere Situation war das Ergebnis folgender Umstände:

Mein Vater war Opfer der Ausbeutung, der alle farbigen und schwarzen Arbeiter dieses Landes ausgesetzt sind. Er bekam von seinen Chefs gerade so viel Geld, daß es ausreichte, in ihm eine billige Arbeitskraft am Leben zu halten. In seinem erlernten Beruf hatte er keine Chance aufzusteigen, ganz einfach weil die „Jobreservation"-Gesetze der Apartheid allein den Weißen die besseren Jobs zugestehen.

Unsere häufigen Wohnungswechsel waren das Ergebnis der „group areas act". Diese Apartheid-Regelung verweist Inder in viel zu kleine, nur von ihnen zu bewohnende Gebiete. Die Nachfrage nach Wohnungen übertrifft dort bei weitem das Angebot, so daß die Hausbesitzer die Mieten erhöhen können, wann immer es ihnen beliebt. Wegen der ständig steigenden Mieten waren wir häufig gezwungen, die Wohnung zu verlassen.

Mein Onkel nahm mich zu sich, als er meine guten schulischen Leistungen bemerkte. Trotz der weiten Entfernung von meiner Familie, die nach wie vor in erniedrigenden Umständen lebte, versuchte ich, sie so oft wie möglich zu besuchen. Ich mußte mit ansehen, wie meine Geschwister ihre Ausbildung mangels Geld abbrechen mußten.

Meine High School beherbergte 800 Schüler. Wir waren in Notunterkünften untergebracht und mußten häufig im Freien unterrichtet werden, gleichgültig ob es regnete oder nicht. Es mangelte an Büchern und anderen Lehrmitteln. An Sportgeräten stand uns ein absolutes Minimum zur Verfügung, das aus Elternspenden finanziert werden mußte. Als Sportplatz gab es nur einen steinigen Acker. Die „weiße" Schule in Durban dagegen hatte eine Sportanlage so groß wie 16 Fußballfelder, bedeckt mit englischem Rasen.

Nach dem Abitur bewarb ich mich an der Universität von Durban-West Ville um einen Studienplatz für Medizin. Diese Universität hatte einen liberaleren Ruf. Zunächst aber konkurrierten 700 Studenten um 15 Plätze dieser einzigen medizinischen Hochschule, die bereit war, auch andere als weiße Menschen auszubilden. Als ich mich 1976 an der medizinischen Hochschule Natal einschrieb, stellte ich fest, daß die Weißen fünf medizinische Fakultäten hatten und wir Schwarze nur eine. Weiße Fakultäten waren zudem wesentlich besser ausgestattet als schwarze. Meine schon als Kind erfahrene Diskriminierung sollte sich

also bis ins Erwachsenenalter hinein fortsetzen.

Die für mich entscheidende Erkenntnis war dann die Widerspiegelung der selbst erfahrenen sozioökonomischen Realität im Krankheitsspektrum unserer Gesellschaft. Die Menschen gehen üblicherweise davon aus, daß Krankheiten durch Erreger verursacht werden. Dies trifft auch in Randbereichen zu, und es ist genau die Vorstellung, die unser Lehrer immer und immer wieder unterstrichen. Die medizinische Lehre bewegte sich an unserer Universität auf kurativem Gebiet. Das bedeutet, daß wir darin unterrichtet wurden, Krankheiten zu erkennen, zu beschreiben, und dann die richtige Kombination von Medikamenten bzw. die richtige Therapie zu verabreichen. Die Ursachen der Erkrankungen wurden nur am Rande erwähnt. Unsere Professoren waren überwiegend „Weiße", ausgebildet an westlichen oder „weißen" Universitäten in Südafrika.

Wir hingegen konnten uns mit unseren Patienten identifizieren. Wir wußten, daß die in den Vorlesungen beschriebenen Krankheiten in unsren Townships allgegenwärtig waren. Man erklärte uns, daß sie Ergebnis falscher Ernährungsgewohnheiten und mangelhafter Hygiene seien. Wie aber soll man einer Mutter mit einem an Kwashiokor (= Unterernährung durch Eiweißmangel, d. Red.) erkrankten Kind klarmachen, daß es Eiweiß braucht, wenn sie selbst nicht weiß, wo sie die nächste Mahlzeit überhaupt herbekommen soll?

Wir lauschten unseren Lehrern, wenn sie Schwangere ermahnten, weil diese nicht an den Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen hatten und deshalb mit Problemen bei der Entbindung zu rechnen war. Kann man aber erwarten, daß eine Hochschwangere 150 km aus einer ländlichen Gegend bis zur nächsten Klinik reist? Wer paßt solange auf die übrigen Kinder auf? Kann sie die Busfahrt bezahlen? Sollten wir eine Frau in Empfängnisverhütung unterrichten, wenn sie bereits zwei ihrer vier Kinder verloren hat?

Uns wurde beigebracht, daß alle Patienten sich guter Gesundheit erfreuen könnten, würden sie nur sorgsam genug ihre Hygiene und ihre Nahrungszubereitung verbessern und regelmäßig den Arzt aufsuchen. Dem Patienten wurde die Schuld an seiner Krankheit zugeschoben und über alles weitere schwiegen unsere Professoren.

Deshalb begannen wir Studenten, uns umzusehen. Wir bildeten Arbeitsgruppen, diskutierten, forschten, kamen auch mit Gesundheitsarbeitern aus anderen Ländern in Kontakt. Über die WHO erfuhren wir, daß die gesundheitlichen Probleme, die wir in Südafrika vorfanden, denen des 17., 18. und frühen 19. Jahrhunderts in Europa entsprachen. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Infektionskrankheiten immer seltener in der europäischen Bevölkerung. Warum? Es gab keine modernen, hochwirksamen Antibiotika, die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft war noch vorwiegend magischer Natur. Nein, der einzige Grund war der wachsende Wohlstand, die Verbesserung der Lebenssituation breiter Kreise der europäischen Bevölkerung. Damit verbunden war die Versorgung mit sauberem Wasser und ausreichende Ernährung.

Die Krankheit Apartheid

Um das verheerende Ausmaß der durch Apartheid verursachten Krankheiten deutlich zu machen, muß ich die Situation im Gesundheitswesen beschreiben.

Weiße leiden vor allem unter sogenannten Wohlstandskrankheiten. Sie sterben in der Regel in hohem Alter an den Nebenwirkungen einer Lebensweise, die durch Überernährung und Inaktivität gekennzeichnet ist. Ihnen steht eine vorbeugende Medizin zur Verfügung, sie können mit hoch entwickelten medizinischen Behandlungsmethoden rechnen, die sie in komfortablen Krankenhäusern in Anspruch nehmen können. Den Unterdrückten bietet sich ein völlig anderes Bild. Ihre Krankheiten sind Ausfluß von Armut. Weiße verdienen etwa fünfmal soviel wie schwarze Stadtbewohner. Für die ländliche Bevölkerung liegen keine Zahlen vor, aber dort ist der Unterschied noch krasser. 85 Prozent



Foto: medico international

der Bevölkerung in den Bantustans (sogenannte Homelands) haben überhaupt kein nennenswertes Einkommen. 30 bis 50 Prozent der Inder in den Townships leben unterhalb der Armutsgrenze. Für die Farbigen ist die Situation ähnlich.

Südafrika ist das reichste Land des afrikanischen Kontinents. 40 Prozent des Haushaltes gibt die südafrikanische Regierung für die Verteidigung aus, nur 3,2 Prozent für Gesundheit. Der überwiegende Anteil davon wiederum wird in weiße Krankenhäuser gesteckt. Die kleinste Scheibe vom Kuchen erhalten die Bantustans. Während auf einen weißen Arzt 400 Weiße kommen, ist das Verhältnis bei den Schwarzen 1:90.000. Der Pflegesatz im weißen allgemeinen Krankenhaus von Johannesburg (Johannesburg General Hospital) beträgt 185 Rand, im King Eduard Hospital für Schwarze in Durban 68 Rand. Den schwarzen Hospitälern fehlt es an allem, an Betten, Ärzten, Pflegepersonal, technischen Einrichtungen, Ausstattung.

Unsere Kinder sind Opfer der Apartheid von Geburt an, bis zu 282 von 1.000 sterben, noch bevor sie das erste Lebensjahr erreicht haben. Nur etwa sechs weiße Kinder teilen dieses Schicksal, und keines von ihnen wegen Mangelernährung. Zahlreiche Studien, von der Apartheid-Regierung selbst in Auftrag gegeben, zeigen, daß eines von drei schwarzen, indischen oder farbigen Kindern an Fehlernährung leidet. 3 Millionen Vorschulkinder — 20 Prozent indische, farbige und 30 Prozent schwarze leiden an Untergewicht. Bei Schulkindern verdoppeln sich die Zahlen: 40 Prozent bzw. 60 Prozent sind wachstumsgestört. Natürlich sind sie anfälliger gegenüber Infektionskrankheiten wie Bronchopneumonie, Tuberkulose, Poliomyelitis, Diphterie, Typhus und vielen anderen Krankheiten. Die Kinder, die diese tödlich Bedrohung überleben, leiden häufig an den Spätfolgen von Kwashiokor und Mangelernährung, an Hirnleistungsschwäche. Ihr genetisches Potential ist beschädigt und sie können niemals so aktive und schöpferische Mitglieder der Gemeinschaft sein, wie es möglich und nötig wäre.

Erwachsene sind gezwungen, ihre Arbeitskraft unter unmenschlichen Bedingungen anzubieten. Arbeitsmedizinische Einrichtungen sind völlig unterentwickelt. Unfallverhütungsmaßnahmen fehlen oder finden in den Minen, Fabriken und Farmen unseres Landes nur auf unterstem Niveau statt. Was stören die Arbeitgeber schon die 3.000 tödlichen Arbeitsunfälle pro Jahr, die 40.000 lebenslang Behinderten? Es gibt ja genug Nachschub in den Bantustans.

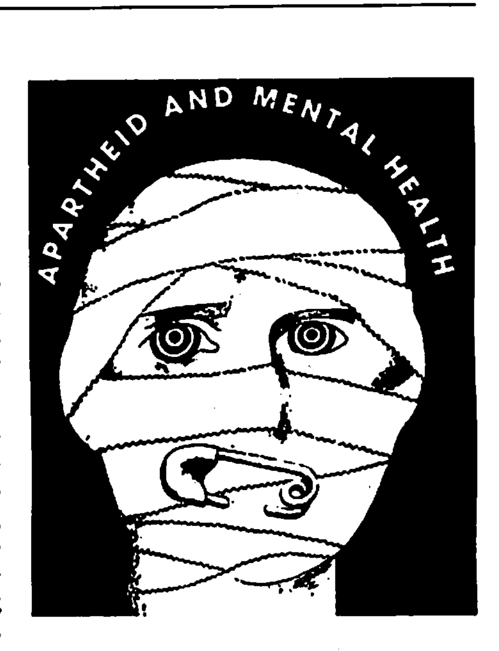
Den größten Teil meines beruflichen Lebens verbrachte ich im King Eduard Hospital in Durban. Einige Zeit arbeitete ich in verschiedenen peripheren Krankenhäusern Durbans und in zwei ländlichen Hospitälern. Die Wirklichkeit dort war weitaus schlimmer, als ich sie mir vorstellen konnte. Das King Eduard Hospital ist das zweitgrößte Krankenhaus der südlichen Hemisphäre, es ist ein Alptraum für die Patienten und das Personal. Mehr als eine halbe Million Menschen werden jährlich durchgeschleust. Die Patienten stehen bis zu 14 Stunden Schlange, bis sie endlich von einem Arzt angesehen werden. Dieses Krankenhaus hat seine volle Kapazität erst allmählich erreicht, da es mitten in einem weißen Wohngebiet liegt. 25 Jahre lang arbeitete es nur auf provisorischer Basis.

Immer wieder wurden wir vom Chef angewiesen, nur die absolut notwendigen Medikamente zu verschreiben. Ich selbst wurde einmal gegen meinen Willen versetzt, weil ich mich weigerte, wirksame Analgetika nur bei Patienten mit extremen Schmerzen zu verordnen. Betten sind regelmäßig zu mehr als 150 Prozent überbelegt. Schwerkranke Patienten liegen auf den Fluren, unter und zwischen den Betten.

Gerade 10 Kilometer weiter liegt das Adington Hospital für Weiße. Dieses Krankenhaus hatte ich nur als Student kennengelernt — allerdings ohne Erlaubnis, Patienten zu sehen oder gar zu untersuchen. Lediglich die Krankengeschichten durften wir erörtern. Im Addington Krankenhaus wurden damals mehrere Stationen geschlossen, weil es nicht genug weiße Patienten für die vorhandenen Betten gab.

Was mein Leben unumkehrbar veränderte, war die totale Frustration, Trauer und Hilflosigkeit, die ich angesichts der Kompromisse empfand, die wir Ärzte als Teil des Apartheid-Gesundheitswesens unter dem Mangel an allem außer an Patienten eingehen müssen. Ich erlebte so viele inhumane und erniedrigende Situationen. Ich hatte Babys zu betreuen, die in meinen Händen starben, weil die notwendige Therapie einfach nicht verfügbar war. Dabei hatte ich das nötige Wissen, genügend Erfahrung, ihnen zu helfen; ich scheiterte am Mangel an Ausrüstung, Personal, Assistenz, Wiederbelebungsgeräten, fehlendem Platz in einer Intensivstation. Diejenigen, denen ich dennoch helfen konnte, mußte ich in dieselbe Umgebung entlassen, die verantwortlich für ihre Erkrankung war. Auch Erwachsene konnte ich nicht vor dem Tode bewahren, nur weil das Hospital unzureichend ausgestattet war.

Ich habe beobachtet, wie ausländische Studenten an unseren Patienten herumexperimentierten, um sie dann doch sterben zu lassen. Ich war Teil einer Medizin, die nur für die allerschwersten Fälle in der Lage ist, Maßnahmen zu ergreifen, weil für mehr einfach die Zeit fehlt. Ich mußte ernsthaft verletzte Patienten stundenlang unbeaufsichtigt lassen, ganz einfach, weil andere noch schlechter dran waren. Ich beobachtete, wie junge Ärzte Fehler mit tödlichem Ausgang machten, weil es nicht genügend erfahrene Kollegen gab, die ihnen hätten zur Seite stehen können.



Hippokratischer Eid und Gewalt

Als Gesundheitsarbeiter sind wir Wissenschaftler, und wir sind wissenschaftlich in der Analyse von Ursachen. Die Analyse des Gesundheitszustands unserer Gesellschaft führt zu dem Ergebnis, daß Apartheid die Ursache ihrer Krankheit ist. Mir wird vorgeworden, meine Handlungen stünden im Widerspruch zum Hippokratischen Eid. Der Geist des Eides ist folgender: Als Arzt muß ich mich der Gesundheit meiner Patienten mit höchster Verantwortung und Pflicht widmen. Ich werde nicht zulassen, daß sich irgendeine andere Erwägung, sei sie religiöser, nationaler, rassischer, parteipolitischer oder sozialer Natur, zwischen meinen Auftrag und meine Patienten stellt. Also habe ich mich auch verpflichtet, der Apartheid niemals Einfluß auf meine Beziehung zu den Patienten zu gewähren. Dies heißt auch, daß ich nicht länger zulassen kann, daß Apartheid fortgesetzte Krankheit und Tod hervorbringt. Ich habe die moralische Pflicht, Apartheid zu beseitigen, und falls ich diesen Versuch unterlassen sollte, wäre ich ein Arzt, der nicht wahrhaftig seinen Auftrag und seine Praxis ausübte. Der Hippokratische Eid verlangt von mir den vollständigen Einsatz im Kampf gemeinsam mit den Unterdrückten dieses Landes.

Seit einigen Jahren bin ich Mitglied der NAMDA. Die Mitgliedschaft in der MASA habe ich abgelehnt. MASA, die offizielle Organisation der Apartheid-Ärzte, vertritt lediglich die ökonomischen Interessen der sowieso schon wohlhabenden Ärzte. Auf der internationalen WHO-Konferenz Apartheid und Gesundheit 1981 wurde angesichts der offensichtlichen und massiven Effekte der Apartheid auf den psychischen und physischen Gesundheitszustand der Bevölkerung die Deklaration von Brazzaville beschlossen, aus der ich auszugsweise zitieren möchte:

„Apartheid und Gesundheit sind unvereinbar, sich gegenseitig ausschließend. Bei allen Krankheiten gibt es eine deutliche soziale und rassische Charakterisierung, die alle anderen bekannten epidemiologischen Phänomene übertrifft. Diese Schichtung ist direkt und eindeutig das Produkt der Apartheidspolitik, ja sogar deren Absicht und Wollen. Apartheid ist ein Angriff auf die gesamte Persönlichkeit, die Familie, die Gemeinschaft. Das vom Apartheids-Regime gestaltete und zur Verfügung gestellte Gesundheitswesen hat nur einen einzigen Zweck: Die Erhaltung des Status quo... Die einzige wirkliche Voraussetzung für die Schaffung eines Gesundheitssystems in Südafrika, das allen Bevölkerungsteilen gerecht würde, ist die radikale und totale Beseitigung der Apartheid." Und weiter: „Jede direkte oder indirekte Kollaboration mit dem Apartheid-Regime ist notwendigerweise ein Bruch mit den Prinzipien medizinischer Ethik wie sie durch Hippokrates eingeführt wurde."

Jetzt möchte ich meine Mitgliedschaft im NIC (National Indian Congress) und ANC (African National Congress) erläutern:

Der NIC wurde 1897 von Mahatma Gandhi als erstem Präsidenten gegründet. Dies war das Resultat des Kampfes der indischen Bevölkerung gegen das Unrecht. Zweck dieser Organisation war der Protest gegen die Lebensumstände, die Bekämpfung der Gesetze jener Tage. Die Repressionen gegen die Inder damals sind wohlbekannt. Als 1910 die Union von Südafrika gegründet wurde, wurde ihnen das Recht auf Staatsbürgerschaft gemeinsam mit den Afrikanern und sogenannten Farbigen abgesprochen. Das Ziel des Kampfes der Inder war nicht, irgend jemand zu bedrohen, zu dominieren, sondern als gleichberechtigte Menschen behandelt zu werden. Ihre Methoden waren gewaltfrei und Bündnisse anstrebend. Trotz der kolonialen Brutalität blieben sie gewaltfrei. Die Maßnahmen der Regierung gegen sie riefen weltweite Sympathie hervor. Schon zu Beginn war der NIC bereit, mit allen Südafrikanern zusammenzuarbeiten. Er erkannte die Notwendigkeit der Vereinigung als Voraussetzung für die Beseitigung der Unterdrückung. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts organisierten die Inder gewaltige Widerstandskampagnen gegen die Gesetze der unionistischen Regierung. Viele verschwanden in Gefängnissen, aber das schreckte die Massen nicht.

1947 war das Gründungsjahr des Ärztepaktes. Dr. Dadoo von der TIC, Dr. Naicher von NIC und Dr. Xuma vom ANC setzten in die Tat um, was die Basis ihrer Organisationen forderte: Die Vereinigung der Unterdrückten auf ihrer Suche nach Freiheit. 1952 schloß sich der SAIC (South Africa Indien Congreß) einer Verweigerungskampagne des ANC an. Der wachsende Rassismus der weißen Regierung erforderte eine Überprüfung der Formen des bisherigen passiven Widerstandes. Die verabschiedeten Gesetze betrafen die Inder genauso wie die Afrikaner. Zusammen mit allen anderen nicht als weiß eingestuften Menschen trotzten sie offen den schändlichen Gesetzen. Ganz gegen die Vorstellungen der NP-Regierung hatten sich die Unterdrückten vereinigt. (...)

Als der ANC 1960 gebannt wurde, entschieden sich alle unterdrückten Menschen Südafrikas, nicht nur die Führer des ANC, Unkhonto We Sizwe (militanter Flügel des ANC, d. Red) ins Leben zu rufen. Die indische Bevölkerung erklärte: „Es kommt in der Geschichte jeder Nation der Zeitpunkt, wo das Volks vor der Wahl steht: Untergang oder Kampf." Die indische Bevölkerung hat darüber hinaus erklärt, daß sie nicht bereit ist, sich zu unterwerfen, sondern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, für die Würde, ihr Menschenrecht zu kämpfen. Einige ihrer Führer wurden verhaftet, alle verbrachten ihre Zeit in Robben Island. (...)

Der ANC ist seit jeher eine Organisation mit Massenbasis gewesen. Auch heute wird der ANC von der Mehrheit des südafrikanischen Volkes unterstützt. Daß die Apartheid 1960 per Gesetz diese demokratische Organisation gebannt hat, heißt keineswegs, daß sie ihre Authentizität, ihre Massenbasis verloren hat.

Die Frage, ob Menschen zur Gewalt greifen sollen, um ihre Menschenrechte zu verteidigen, ist eine akademische und für die Unterdrückten in Südafrika ohne Relevanz. Die Weißen eroberten dieses Land dank ihrer überlegenen Form der Gewaltanwendung. Sie haben so lange weiter auf Gewalt gesetzt wie sie meinten, ihre Interessen seien bedroht. Der angloburische Krieg war ein Krieg, in dem keine der beiden Seiten zögerte, Gewalt zur Lösung ihrer Konflikte einzusetzen. Die Alliierten wandten Gewalt zur Selbstverteidigung gegen die Nazis bzw. die deutsche Apartheid an. Pretoria billigt offen Gewaltanwendungen gegen das Volk von Mosambik, indem es die Renamo unterstützt. Keavoet terrorisiert offen die Urbevölkerung Namibias. Kurz, Apartheid hat nicht die geringsten Hemmungen, Gewalt gegen jeden, der sie angeblich bedroht einzusetzen.

Aber die gefährlichste Form der Gewaltanwendungen in unserem Lande ist nicht diese offene, leicht identifizierbare Form. Die grausamere Form ist die Gewalt, die durch Apartheid legalisiert wurde, die Gewalt wie sie enthalten ist in Apartheids-Gesetzen, in der Verwaltung. Diese Form der Gewalt hat systematisch Millionen und aber Millionen Südafrikaner ausgelöscht. Es ist die Gewalt in der Group areas act (Wohngebietsverordnung), in der gewaltsamen Umsiedlung, der Einwanderungskontrolle und den Paßgesetzen, in der erzwungenen Landarbeit, der Wanderarbeit, der Gewalt, die Familien trennt und sie zerstört.

Wir, die unterdrückte Mehrheit Südafrikas, Afrikaner, Inder und Farbige, haben keine Probleme mit der Anerkennung der führenden Rolle des ANC: Unsere Bevölkerung hat sich zum bewaffneten Kampf entschlossen, nachdem sie alle Formen des gewaltfreien Widerstandes wieder und wieder versucht hatte. Und da wir uns seitens des Staats einer hemmungslosen Gewaltanwendung gegenüber sehen, könnte man gut verstehen, wenn der ANC, ohne mit der Wimper zu zucken, ebenfalls zur Gewalt griffe. Aber die Unterdrückten achten menschliches Leben viel zu sehr. Wir, der ANC, haben nicht die Wild-West-Mentalität unserer Gegner, wir gebrauchen Gewalt nur als allerletztes Mittel, dann, wenn uns überhaupt keine andere Möglichkeit mehr bleibt.

Auch dieses Gerichtsverfahren basiert auf Gewalt. Ich werde nun wohl verurteilt werden. Man sagte mir, das Ziel der Verurteilung sei: 1. Vergeltung zu üben, 2. Rehabilitation bzw. ein Umdenken des Verbrechers zu versuchen, 3. die Gesellschaft vor jenen, die sie bedrohen, zu beschützen. Mich wird keine Strafe rehabilitieren. Gleichgültig, welche neuartigen, noch besser getarnten Formen der Repression, des Völkermordes vom Apartheid-Regime ausgedacht werden, unser Volk wird niemals auf seinem Weg in die Freiheit aufgehalten werden. Auch Apartheid kann nicht reformiert oder rehabilitiert werden. Ich bin in tiefster Seele überzeugt, daß ich meiner Überzeugung und meiner Gemeinschaft gegenüber unaufrichtig wäre, wenn ich meine Auffassungen widerriefe. Es wäre unmoralisch und unzulässig gegenüber meinem Volk, und ich werde auch dieses Gericht hier nicht im unklaren lassen. Keine wie auch immer geartete Strafe könnte als Abschreckung für unsere Bevölkerung wirken. Welcher Art die Verurteilungen auch sein werden, sie müssen immer noch viel mehr Patrioten zu verurteilen haben, bis endgültig der Sieg errungen sein wird, bis das Volk regieren wird. Ich sage dies in Erinnerung an die 60er Jahre, als Mandela und andere zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren. Vor kurzem erging es Maklangu und anderen so, vergangenes Jahr traf es Andrea Zando und dieses Jahr Robert McBride. Statistisch gesehen wächst die Zahl der politischen Strafprozesse rapide. Ich nehme an, daß dies nicht der Fall wäre, wenn die Menschen eingeschüchtert wären, wenn die zu erwartende Strafe abschrecken würde."

Lulamile Xate weigerte sich, Kronzeuge zu spielen und verbüßt deshalb eine fünfjährige Strafe in Robben Island. Vijay wurde zu 12 Jahren verurteilt, Sbongiseni zu 10 Jahren, Dudoo und Phumezo wurden frei gesprochen, nachdem sie mehr als ein Jahr hinter Gittern verbracht hatten.

Übersetzung: Winfried Beck, Frankfurt.

W. Beck (VDÄÄ) brachte diese Rede von einer Reise nach Südafrika mit, die er Anfang des Jahres 88 auf Einladung der NAMDA gemacht hatte.

Nachdruck aus: Dr. med. Mabuse Nr. 55

Grenada nach der Invasion

Grenada seit der US-Invasion

Am 13. März 1989 jährte sich zum zehnten Mal der Tag, an dem M. Bishop und das 'New Jewel Movement' (NJM) den Premier und Diktator von Grenada, Sir Eric Gairy, zum Teufel jagten und damit die erste Revolution in der Geschichte der englischsprachigen Karibik in Gang setzten. Doch an eine unbeschwerte Feier dachte an diesem Tag wohl niemand. Viel zu viel ist seit 1979 geschehen. Es gibt wohl kaum ein Land, das in so kurzer Zeit eine politisch derart wechselvolle Geschichte zu verkraften hatte. Seit der formalen politischen Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1974 ging es wie im Zeitraffer Schlag auf Schlag: Caudillismus bis hin zur Diktatur unter Gairy; Revolution, Spaltung der Partei und ihr Scheitern; Invasion, Übergangsregierung, Wahlen und seitdem eine neokoloniale Ausrichtung des Landes auf die Interessen der USA.

Aktion 'Urgent Fury'

Die Exekutionen M. Bishops, mehrerer Minister und Gewerkschaftsführer und die Erschießungen vieler anderer GrenadinerInnen am 19. Oktober 1983 bildeten den blutigen und für viele Menschen traumatisch-schockierenden Höhepunkt einer parteiinternen Auseinandersetzung über das Wohin und Wie der Revolution. Dabei hatten sich einige der sogenannten Revolutionäre - und damit ist die 'Hardliner' - Fraktion um B. Coard gemeint - so weit von "ihrer Basis" entfernt[1], daß sie in ihrer Realitätsferne nicht einmal mehr davor zurückschreckten, Waffen gegen das eigene Volk zu richten. Selbst im Gefängnis hält Coard an seiner Auffassung fest: "Wir haben das Richtige getan, die Revolution ist in einem anderen Stadium"[2]."The Peaceful Revolution"[3], die so friedfertig begonnene Revolution, endete in Schrecken[4]. Die kurze Existenz des dann wenige Tage mit drakonischen Maßnahmen (viertägige Ausgangssperre mit 'shoot-on-sight'-Befehl) herrschenden 'Revolutionären Militärrates' wurde durch die US-amerikanische Invasion am 25.10.83 beendet. Die Menschen auf Grenada hießen die 'Marines' willkommen - sie hätten jeden willkommen geheißen, der sie von diesem mörderischen Militärrat befreit hätte. Für die US-Administration war die Gelegenheit, sich den kleinen Stachel aus dem großen Zeh zu ziehen, wohl einmalig: die grenadinische Revolution war gespalten und gescheitert, so daß kaum Widerstand zu erwarten war; innenpolitisch war man - die Wahlen im eigenen Land (1984) vor Augen - unter Erfolgsdruck. Außenpolitisch auf die Pauke zu hauen, um von innenpolitischen Problemen abzulenken, ist ja ein altbekanntes Rezept. Und zudem riefen, welch 'glücklicher' Umstand, einige karibische 'Judasse' auch schon um Hilfe. Endlich konnte dieser von "Krebs befallene" (so der damalige Außenminister Shultz) Teil der Karibik ohne größere Verluste an Soldaten und Ansehen herausgeschnitten werden. Das 'People's Revolutionary Government' (PRG) M. Bishops war der US-Regierung seit der Revolution vom 13.3.79 ein Dorn im Auge gewesen, bewies sie doch - zumindest für einige Jahre-, daß es auch einem Kleinstaat im Schatten der USA möglich war, trotz aller Destabilisierungsversuche eine weitgehend eigenständige Politik zu betreiben. M. Bishops «We are in nobody's backyard" ließ nicht nur in der Karibik aufhorchen. Das 'Modell Grenada' begann bei seinen karibischen Nachbarn auf immer größeres Interesse zu stoßen.[5] Zur Rechtfertigung der Invasion brachten die USA anfangs vor, daß ein OECS[6] - Ersuchen vorgelegen hätte - desweiteren den Schutz von US-BürgerInnen und die Verhinderung von 'Chaos'. Doch diese Rechtfertigungen erwiesen sich bei näherer Betrachtung als genausowenig stichhaltig wie die später nachgeschobenen Hilfsersuchen Generalgouverneurs Scoons; angeblicher Ausbau Grenadas zum cubanisch-sowjetischen Stützpunkt. Allein schon durch das sukzessive Nachschieben von 'Gründen' verloren die ersten Rechtfertigungen an Glaubwürdigkeit. Es waren simple Vorwände, die nur davon ablenken sollten, daß Invasionen ja durchaus zum außenpolitischen Instrumentarium der USA zählen.

Interimsregierung

Wes 'Geistes Kind der im Dezember eingesetzte 'Interims-Council' unter dem Vorsitz N. Braithwaites war, läßt sich am besten in einem Bericht einer achtköpfigen Delegation des britischen 'Labour Movements' nachlesen, die in eben jeden Dezember Grenada besuchte: "Hinter der Fassade einer 'neutralen' Übergangsregierung und eines 'unpolitischen' Generalgouverneurs arbeiten die US-Spezialisten und ihre Verbündeten in der grenadinischen Geschäftselite an der Rückkehr Grenadas zu neokolonialer Abhängigkeit".[7] Der 'neutrale' Interims-Council entließ zunächst einmal allein im öffentlichen Dienst 3500 politisch unliebsame Angestellte. Bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 9500 in diesem Sektor[8] läßt sich dies wohl nur als 'Säuberung' bezeichnen. Im Ausbildungs- und Erziehungsbereich wurden alle Programme der PRG gestoppt. Nahezu alle ausländischen Ärzte und Zahnärzte wurden ausgewiesen. Die 'National Cooperative Development Agency' (NACDA), der Dachver-

band der Kooperativen, wurde aufgelöst; den Kooperativen wurde die Unterstützung entzogen und viele mußten bald aufgeben.[9] Das 'Marketing und National Importing Board' (MNIB) wurde völlig umgekrempelt. Von den ursprünglichen Aufgaben - u.a. Abnahmegarantie für Bauern zu festen Preisen und Vermarktung der Produkte; Importe von Grundnahrungsmitteln und Weitervertrieb zu subventionierten Preisen - blieb nicht mehr viel übrig, so daß das MNIB heute eine rein privatwirtschaftlich organisierte Verkaufsstelle ist.[10]

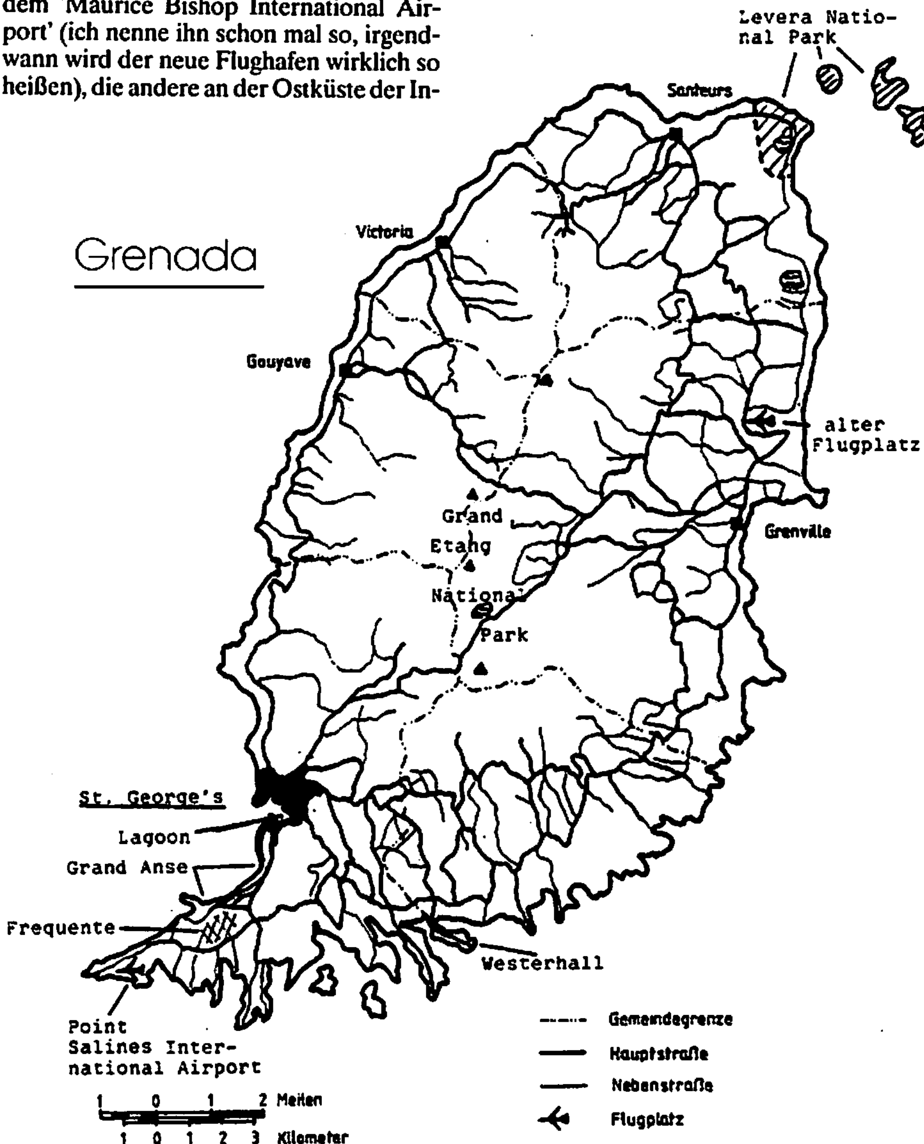
Wahlen 1984

Nach einem Jahr Interimsregierung fanden am 3.12.84 Wahlen statt. In diesen 'freien', 'gleichen' und 'geheimen' Wahlen errang die 'New National Party' (NNP) mit ihrem Vorsitzenden H. Blaize 24.000 Stimmen, das sind hochgerechnet auf die Wahlberechtigten ganze 34,4 %[11]. Nur dank des britischen Mehrheitswahlrechts, bei dem ein Bezirk dem Kandidaten ganz zugeschrieben wird, der die meisten Stimmen bekommt, konnte die NNP 14 oder 15 Parlamentssitze erringen. Doch zu den Wahlen gibt es noch mehr zu sagen:

- Die Formierung der NNP kam nur unter massivem Druck der USA zustande, durch den Zusammenschluß dreier schon existierender Parteien. Doch was zu schnell geschmiedet wird, bricht leicht, wie sich bald zeigen sollte.
- Die WählerInnen mußten sich erstmals registrieren lassen und erhielten eine 'identy card'. Ihre Daten wanderten in von den USA installierte Computer in Jamaica und Barbados. Das hatte zur Folge, daß sich von den ca. 70.000 Wahlberechtigten nur 48.000 registrieren ließen. Dazu trug auch bei, daß viele Wahlberechtigte daran gehindert wurden, sich als WählerInnen eintragen zu lassen. Als sich der Landeswahlleiter dagegen wehrte, wurden er und 25 seiner Mitarbeiter entlassen.[12]
- Der NNP wurde im Wahlkampf nicht nur propagandistisch unter die Arme gegriffen: US-Regierungsbeamte erklärten, das vorgesehene Hilfsprogramm in Höhe von 57,2 Mill. US-$ werde im Falle eines Sieges einer anderen Partei gestrichen werden. Darüberhinaus wurde der Wahlkampf der NNP mit 3 Mill. $ aus den USA finanziert.[13]
- Um die GrenadinerInnen zum Wahlgang zu 'motivieren' haben verschiedene Gruppen in den USA mehrere zehntausend Dollars aufgebracht. Zum Beispiel erhielten Taxifahrer für den Tag 130 $, um die Wählerinnen zu den Urnen zu fahren.[14]
- Die Wahlscheine wurden eine Woche vor den Wahlen durch neue ersetzt, die in Atlanta (USA) gedruckt worden waren; deshalb glaubten viele, daß sie chemisch präpariert waren.[15] Sofort nach den Wahlen wurden die Wahlzettel außer Landes gebracht [16], so daß eine Überprüfung nicht möglich war.

Vor der 'New National Party' zum 'New National Problem' (NNP)

Die so aus den Wahlen hervorgegangene Siegerin NNP knüpfte nahtlos dort an, wo der Interims-Council aufgehört hatte. Um ausländisches Kapital zu Investitionen in Grenada anzuregen, wurden massive Erleichterungen geschaffen: 10 - 15 Jahre Steuerfreiheit, Gewährung freien Gewinntransfers, Bereitstellung von Gelände und Infrastruktur usw. Die einzige Auflage: man möge doch bitte auch Einheimische beschäftigen. Dabei konnte man gleich das niedrige Lohnniveau anpreisen. Zwei Flächen wurden ausgewiesen für freie Produktionszonen, vielleicht die künftigen Renner in der Karibik[17] eine davon in Frequente zwischen der Hauptstadt St. George's und dem 'Maurice Bishop International Airport' (ich nenne ihn schon mal so, irgendwann wird der neue Flughafen wirklich so heißen), die andere an der Ostküste der Insel bei Grenville. Es versteht sich: steuerfrei, zollfrei, "erschlossen"! So nennt man es, wenn alle infrastrukturellen Erfordernisse wie Strom, Wasser, Straßen bereitgestellt werden. Zudem gewerkschaftsfrei! Und obwohl seit der Invasion die rechten US-Dachgewerkschaften von AIFLD auf Grenada nach Herzenslust schalten und walten können, hat die grenadinische Regierung mit dieser Versprechung - der Gewerkschaftsfreiheit - den Mund vielleicht zu voll genommen. Denn die Gewerkschaften sind nicht zu unterschätzen. Ende 1986 beispielsweise, als die Brauerei alle ihre 102 Beschäftigten entließ, mußte nach wochenlangem Streik die gesamte Belegschaft wieder eingestellt werden. Das inländische Kapital hoffte man durch die Streichung der Einkommenssteuer zu Investitionen anregen zu können. Waren die Steuern also bisher an das Einkommen gekoppelt - hohes Einkommen, hohe Steuerbelastung und umgekehrt (unter der PRG waren die einkommensschwächsten Schichten steuerfrei) - wurde nun das Steuersystem 'demokratisiert': eine 20%ige Mehrwertsteuer auf alle Güter und Dienstleistungen wurde eingeführt (VAT - "Value Added Tax«).



Reiche wie Arme bezahlen nun dasselbe. Und daß da mancher Händler gleich ein wenig mehr draufpackte, braucht angesichts der Tatsache, daß Händler höhere Lizenzgebühren bezahlen müssen, nicht zu verwundern. Jedenfalls war die Einführung der VAT die mit Abstand unpopulärste der unpopulären Maßnahmen der NNP. Doch trotz aller Anstrengungen blieb die Reso-

nanz auf die hingebungsvolle Öffnung gegenüber dem in- wie ausländischen Privatkapital bisher gering. Das wenige, das investiert wurde, ging nahezu ausschließlich in den Tourismussektor oder in von ihm abhängige Dienstleistungsbetriebe. Was nicht niet- und nagelfest war, wurde und wird von der Blaize-Regierung mit der wilden Entschlossenheit desjenigen verkauft, der alle Erinnerungen an die Revolutionszeit tilgen will. So wurde das staatseigene 'Grenada Beach Hotel' ebenso verkauft wie das einzige Grenada gehörende und LIAT[18] geliehene Passagierflugzeug oder das Gelände, auf dem die Ruine eines früheren Hotels steht, das dann M. Bishop als Office diente, bevor es von den USA ausgebombt wurde. Besieht man sich die Handelsbilanz, stößt man auf eine bedrohliche Entwicklung: das Ausfuhrvolumen steigt nur langsam, die Importe dafür umso schneller. Betrug das Handelsdefizit 1983 noch 102 Mill. EC$ (E EC$ = 0,75 DM), stieg es in den vier Jahren bis 1987 auf 158 Mill., also um über 50%.[19] Dabei fällt besonders die Einfuhr von immer mehr Nahrungsmitteln und verarbeiteter Güter ins Gewicht[20]. Grenada hat noch nie so viele Nahrungsmittel importiert wie zur Zeit. Es ist heute schwieriger, einen frischen Saft aus lokalen Früchten zu kaufen als Dosensaft aus Florida[21]. Ohne die jährlichen Zahlungen des großen Bruders aus dem Norden wäre die Regierung schon längst bankrott. Die Defizite in den Haushaltsplänen werden immer größer. Fällige Schuldenrückzahlungen müssen storniert, neue Schulden mit hohen Zinsen aufgenommen werden. Ende 1987 war man bei einer Verschuldung von 230 Millionen EC$ angekommen, d. h. daß für das Jahr 1988 laufende Ausgaben in Höhe von 38 Millionen für den Schuldendienst verwendet werden müssen. Zum Vergleich: Für das Außenministerium sind 11 Millionen, für das Ministerium für Agrarwirtschaft und Tourismus ganze 7,4 Mill. EC$ vorgesehen. Verschärfte Abhängigkeit, Ausverkauf und Verschuldung scheint die Devise der Blaize-Regierung zu sein. Dabei geht die Politik der bedingungslosen Unterwerfung unter die Erfordernisse der 'freien' Marktwirtschaft mit erheblichen Kürzungen in anderen Sektoren einher. Das kennen wir ja auch aus eigener Anschauung: Im sozialen Bereich wird gekürzt, wo es nur geht - und auch, wo es eigentlich nicht mehr geht. Die meisten Krankenstationen auf dem Land wurden geschlossen, Medikamente kosten wieder viel Geld, das Ärztesystem ist privatisiert. Im Krankenhaus von St. George's herrschen so üble Zustände , daß die Leute erzählen, man würde dorthin nur gehen, um zu sterben.[22] Die neuesten Maßnahmen, im Haushaltsplan für 1988 festgehalten und eigentlich schon für 1987 eingeplant gewesen, sind Erhöhungen und Einführungen verschiedener Gebühren, u.a. für die Behandlung durch den Arzt, für Labortests, Blutuntersuchungen, Röntgenaufnahmen. In den Schulen wurde die Milchverteilung ebenso eingestellt wie die kostenlose Abgabe eines Mittagessens - Programms, die die PRG einführte (für viele Kinder war dies die einzige warme Mahlzeit am Tag). Dafür kosten jetzt Schulbücher und -kleidung wieder teures Geld. Der nächste Schritt zur Rückkehr zum alten kolonialen Klassensystem war die Wiedereinführung des Verbotes für Mädchen, die 'Grenada Boys Secondary School' (sie hieß ja auch noch so) zu besuchen[23]. Eine weitere Maßnahme wird wohl die Wiedereinführung des allgemeinen Schulgeldes werden. Die Quittung für die miserablen Bedingungen im Ausbildungssektor liefern die SchülerInnen am Ende ihrer Schullaufbahn der Regierung dann auf ihre Weise: Letztes Jahr bestanden ganze 12 % den Hauptschulabschluß!

Anfang 1987 gaben die 'Grenada Foundation' und das linksliberale 'Council on Hemispheric Affairs' in Washington gemeinsam einen Bericht zur 'Lage der Nation' heraus, in dem zusammenfassend festgestellt wird, daß die Politik seit der Invasion enttäuschende wirtschaftliche Resultate gebracht und sich die Lebenssituation der meisten Menschen auf Grenada wesentlich verschlechtert hat. Angesichts der beschriebenen (und der vielen nicht erwähnten) Maßnahmen kaum verwunderlich. Ebenso wenig überraschend ist die hohe Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenzahlen liegen zwar offiziell bei 30 %. Der wirklichen Situation wird man allerdings eher gerecht, wenn man sich an die Zahlen hält, die die Opposition angibt: 40 - 50 %.

Der Agrarsektor ist ausgerichtet auf die drei Exportfrüchte Kakao, Bananen und Muskatnuß. Dieses 'Triumvirat' ist seit Mitte der 50er Jahre zwischen 70 und 95 % an den Gesamtexporten beteiligt. Die Bananenproduktion stagniert, die von Kakao fällt bedenklich, weil viele Bäume zu alt sind und durch junge ersetzt werden müssen (dazu kam noch ein Preisverfall von Kakao auf dem Weltmarkt,[24]. Demgegenüber konnten durch Verhandlungen mit Indonesien[25] höhere Fixpreise für Muskat durchgesetzt werden, so daß die Erlöse im Jahr 1986 trotz gleichbleibender Produktion etwa drei Mal so hoch waren wie 1983[26]. Aus den staatlichen landwirtschaftlichen Besitzungen, den Staatsfarmen, will sich die Regierung ganz zurückziehen. Einige Ländereien wurden den früheren Großgrundbesitzern zurückgegeben. Für die restlichen Staatsfarmen ist ein Plan entwickelt worden ('Model Farms'), nach dem die Ländereien in viele kleine Parzellen aufgeteilt und interessierten Bauern verkauft oder verpachtet werden. Bisher wurden aber erst drei der Staatsfarmen aufgeteilt, so daß eine Einschätzung noch nicht möglich ist.

Parteienlandschaften der nächsten Wahlen

Die Karibik wählt dieses Jahr. Nach den Wahlen in Jamaika und Aruba sind noch Wahlen in Antigua und Barbuda, St. Kitts-Nevis, St. Vincent, Belize und auch in Grenada. Hier gibt es vier Parteien, die sich zur Wahl stellen, und zwar - von rechts nach links: die „Grenada United Labour Party" (GULP), die „New National Party" (NNP), der „National Democratic Congress" (NDC) und das „Maurice Bishop Patriotic Movement" (MBPM).

Die **GULP** ist die altbekannte Partei des Ex-Diktators Sir Eric Gairy, der bei den letzten Wahlen zwar nur einen Sitz, aber immerhin knapp 33% der Stimmen errang. Mit ihm muß immer gerechnet werden, auch, weil er schon längst „underground" auf dem Land, seiner Basis, unermüdlich wühlt. Es gibt zwar Stimmen, die meinen, Sir Eric würde nur noch im Schaukelstuhl in abgedunkelten Räumen sitzen, aber das könnte genausogut ein von ihm selbst in Umlauf gebrachtes Gerücht sein.

Die **NNP** hat eingesehen, daß sie mit ihrem bisherigen Vorsitzenden und Premier Blaize keinen Blumentopf mehr gewinnen kann. Auf ihrem letzten Parteitag im Januar hat sie deshalb den bisherigen Minister für Arbeit, Kommunikation, öffentliche Angelegenheiten, kommunale Entwicklung, Frauenfragen, Flugverkehr und Kooperativen, Dr. Mitchell, zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Mr. Mitchell ist kein unbeschriebenes Blatt: Er war in mehrere Fälle von Korruption verwickelt.

Die bisher einzige Opposition im Parlament, der **NDC**, ist erst 1986 entstanden durch den Austritt von fünf Parlamentariern aus den Reihen der NNP: Große Meinungsverschiedenheiten bestanden von Anfang an, das Durchpeitschen eines „Power Emergency Act" (einer Notstandsgesetzgebung), für den es keinerlei Anlaß gab, bedeutete dann den endgültigen Bruch. Auf seinem letzten Kongreß im Januar hat der NDCN. Brathwaite zu seinem Vorsitzenden gewählt, was wohl aus wahltaktischen Überlegungen heraus geschah.

Auch das **MBPM**, die Nachfolgeorganisation der Bishop-Fraktion des NJM, hat einen neuen Vorsitzenden. Nachdem K. Radix zurücktrat wurde Dr. T. Marryshow gewählt. Marryshow ist Arzt, in Cuba ausgebildet und aus eindeutig politischen Gründen mit Berufsverbot bedacht.

Der zweite Vorsitzende der Partei, E. Louison, ist Gefangener seines Landes: Er kann nicht ausreisen, weil vor vier Jahren sein Paß konfisziert wurde mit der Begründung, er stelle ein Gefahr für die nationale Sicherheit dar. Das MBPM, als einzig linke Partei, ist zwar nicht verboten, ihre Mitglieder haben jedoch stets mit Repressionen und Schikanen der Staatsgewalt zu rechnen.

Hoffnungsträger Tourismus

Mangels aussichtsreicher industrieller Projekte und der Stagnation im Agrarsektor setzt die Regierung alle Hoffnung auf die Tourismusindustrie. Neue Hotels entstehen, ältere werden renoviert, die Straßen zu den Touristenattraktionen verbessert. Entlang der Strecke von St. George's zum neuen Flughafen entstanden und entstehen eine Vielzahl neuer Bungalows und Appartmenthäuser. Es bestehen Pläne, die gesamte 'Lagoon', den Yachthafen von St. George's, in ein Mini-Disneyland zu verwandeln und dabei gleich die alten Anlagen des 'Grenada Yacht Services' gründlich auszubauen. Direkt hinter 'Grand Anse', dem, so meinen manche, schönsten Strand in der Karibik, wird ein Erholungs- und Freizeitpark, der 'Camerhogne-Park', mit Hotel, Einkaufszentrum, Schwimmbad und Tennisplätzen entstehen. Beide Projekte werden durch die US-amerkanische 'Tennessee Valley Authority' vorbereitet. In dieses Konzept eingegliedert ist auch die Ausweisung eines Nationalparksystems mit dem Herzstück 'Grand Etang National Park' (einem großen zusammenhängenden Gebiet im Landesinneren mit tropischen Regenwald und zwei Wasserfällen als Touristenattraktion und den Ablegern 'Levera National Park' (mit drei kleinen Inseln und einem Teich) im Nordosten und dem 'Carriacou National Park', einem Nationalpark auf der nördlichen Schwesterinsel von Grenada. Die Ausweisung eines derartigen Nationalparksystems aus ökologischen Gründen wäre natürlich zu begrüßen; leider ordnet man aber auch auf Grenada die ökologischen Erwägungen den ökonomischen unter. Wie unkritisch dabei versucht wird, Tourismus als Heilsbringer zu verkaufen, wurde mir bei der Teilnahme an einem Tourismus-Workshop für LehrerInnen schmerzlich bewußt. Professionelle Managementspezialisteninnen aus Barbados versuchten, die reine Lehre des Tourismus als Devisenmultiplikator an die MultiplikatorInnen zu bringen. Gemäß der Fachfrau geht der 'multiplier-effect' so: man nehme einen Touristendollar, multipliziere ihn mit 50 cent - worauf man zwei Dollar erhält, die im Land bleiben! So einfach ist das. Aber eine Erklärung blieb sie schuldig.

Insgesamt betrieb die Blaize-Regierung bisher nach innen eine **sozial** (einseitige Förderung von unten nach oben), **sektoral** (einseitige Förderung des Tourismussektors) und **regional** (fast ausschließliche Konzentration auf die südöstliche Ecke der Insel zwischen Hauptstadt, neuem Flughafen und der reichen Oberschicht-'Wohnhalbinsel' Westerhall Point) ungleichgewichtige Politik und nach außen eine Anlehnung an die USA, die auch schon als "vorauseilender Gehorsam"[27] bezeichnet wurde.

Im Jahre 5 nach der "Rettung"

Der 25. Oktober ist zum nationalen Feiertag auf Grenada erklärt worden - zum Gedenken der 'Befreiung' durch den großen Bruder. In Queens Park fand im Oktober 1988 - 5 Jahre nach der Invasion - eine Militärparade statt wie in jedem Jahr der neuen Zeitrechnung. Die „USS Simpson", eine US-amerikanische Kriegsfregatte kleinerer Bauart, lag seit zwei Tagen im Hafen und brachte eine Militärkapelle, eine Grußbotschaft von Präsident Reagan und einen gewissen Konteradmiral Metcalff, den leitenden Angestellten der Aktion 'Urgent Fury'. Die Premierministerin von Dominica, Eugenia Charles, war maßgeblich beteiligt an der Invasion und durfte deshalb eine Rede halten: Sie tat dies mit einer Bravour, daß ich mich fragte, ob es denn tatsächlich mehrere (historische) Realitäten gibt. Sie erzählte die wunderbare Mär der Errettung des gefangenen unschuldigen Mädchens aus den Klauen King Kongs durch den heldenhaften Einsatz der Vereinigten Krieger



Maurice Bischop mit abgeschlagener Nase

aus dem großen und dem kleinen Reich. Das Publikum war begeistert. Daß danach noch Herbert Blaize sprach, der politisch inzwischen ausgezählte und auch gesundheitlich arg angeschlagene Premier, war ein dramaturgischer Faux-Pas. Vielleicht aber auch eine realsatirische Meisterleistung. Seine Reden zu derlei Anlässen sind berühmt-berüchtigt: Er liebt es, lange Passagen aus der Bibel zu rezitieren, hier und da ein inbrünstiges Gebet einzuflechten und abschließend jedesmal "Blind us togehter, Lord" zu singen. Zu meiner großen Freude tat er es auch diesmal. Eine knappe Woche vorher, am 19. Oktober, fand zum ersten Mal (!) eine offizielle 20-minütige Feier (genannt: "National Day of Prayer") zum Gedenken der beim Putsch 1983 ermordeten Menschen statt. Die Resonanz auf diese plötzliche Rückbesinnung der Regierung auf die eigene Geschichte und die eigenen Toten (die man aber auch diesmal nicht beim Namen nannte, Märtyrer wollte man nicht schaffen) war 'überwältigend': Mindestens 10 nicht-geladene Gäste waren erschienen. Die GrenadinerInnen wußten wohl, was sie dort erwarten würde: falsche Worte von falschen Männern am falschen Ort zur falschen Zeit. Hier versammelten sich all diejenigen, die Maurice Bishop zu Lebzeiten ins Grab gewünscht hatten. Wenn ich's gewußt hätte, wäre ich an diesem Tag wohl eher zum Friedhof gepilgert. Dort stellte das MBPM in memoriam eine Büste M. Bishops auf. Aber Grenada ist noch weit davon entfernt, einen seiner fähigsten Söhne angemessen zu würdigen: Jemand hatte ihm schon die Nase abgeschlagen.

Hagen Späth

Anmerkungen

1)Was übrigens auch die Sprache verrät: da ist plötzlich nicht mehr die Rede von Menschen, Bauern und Arbeiter, sondern nur noch von "der Masse", "der Avantgarde" usw. Vgl. die ZK-Protokolle in: Grenada Dokuments. An Overview and Selection. Washington 1984
2)taz v. 24.4.84
3)EPICA: The Peaceful Revolution. Washington 1982
4)Ich empfehle dazu ganz besonders Claudia von Braunmühl: Von den Problemen einer Befreiungsbewegung an der Macht. Am Beispiel Grenadas. In: Lateinamerika. Analysen und Berichte 8. Hamburg 1984, S. 142 - 153.
5)Ein Indiz dafür war z. B. der Beschluß der CARICOM-Staaten von 1983, künftig das Prinzip der 'ideologischen Pluralität' anzuerkennen - dafür hatte die PRG lange gekämpft.
6)OECS = 'Organisation of Eastern Caribbean States' wurde 1981 alsgegenseitiger Sicherheitspakt gegründet.
7)Vgl. Report of a British Labour-Movement Delegation, December 1983, S. 6
8)Vgl. PRG (Hg.): Report on the National Economy for 1982 and the Budget-Plan for 1983 and beyond. St. George's 1983
9)Inzwischen haben sich die wenigen übriggebliebenen Kooperativen zu einem neuen Dachverband zusammengeschlossen, vgl. ila-Info 120, 11/1988
10)Alle Angaben vgl. Report of a British ...
11)Vgl. Faz v. 7.12.84
12)Vgl. taz v. 1.12.84 und Hamburger Rundschau v. 21.3.85
13)Vgl. taz v. 5.12.84
14)Vgl. New York Times v. 3.12.84
15)Vgl. Hamburger Rundschau v. 21.3.85. Insbesondere diejenigen, die die MBPM wählen wollten, befürchteten deshalb, identifiziert zu werden.
16)Vgl. Lateinamerika-Nachrichten Juli 85
17)Die Dominikanische Republik hat neun - sechs sind in Bau, weitere 14 geplant. Auf Jamaika gibt es zwei und 6 weitere sollen bis 1990 fertig sein (vgl. Financial Times von 6.4.88) - wobei sich hier nach den Wahlen durchaus etwas ändern könnte. Derlei ausländische Unternehmen haben in der ganzen Karibik die bemerkenswerte Neigung bankrott zu gehen, kurz davor die ersten Steuern fällig werden... Vgl. Caribbean Contact 12/88: "Exploitation by Export Processing Zones«
18)LIAT = Leeward Islands Air Transportations, die regionale Fluglinie
19)Angaben, auch die folgenden, nach offiziellen Zahlen des Department of Statistics, St. George's und nach den Haushaltsplänen für die Jahre 1987 und 1988
20)Wer durch die Supermärkte und Straßen geht, dem wird kaum entgehen, daß dies v.a. Importe des 'gehobenen Bedarfs', wie es so schön heißt, sind. Im Klartext: Luxusartikel. Tomatenmark aus Italien, Liebfrauenmilch aus dem Rheinischen und Toyotas und Mitsubishis für die angehenden Kleinunternehmer. Dazu jede Menge Nestles und Libbys.
21)Die agroindustrielle Fabrik, die lokale Früchte zu Säften, Marmeladen u.a. verarbeitete, wurde während der Invasion zerstört, manche sagen mutwillig. Die Blaize-Regierung denkt bisher nicht daran, etwas ähnliches wieder aufzubauen.
22)Aus einem Brief, den ich gerade bekam: "It is not a good place to go if you are sick".
23)Vgl. Indies Times v. 1.3.86
24)Vgl. Indies Times v. 5.10.85
25)Indonesien (75 %) und Grenada (25 %) teilen sich den Weltmarkt für Muskat
26)Angaben nach Department of Statistics, St. George's, 17.5.88
27)So L. Laher, ila-Info 120, 11/88

Vernichtungskrieg mit anderen Mitteln

Die türkische Flüchtlingspolitik

Kennern der Situation war der eigentliche Verlierer des Golfkrieges schon seit einigen Jahren bekannt. Es gehörte nicht allzuviel Hellsehergabe dazu, abzusehen, daß Saddam Hussein nach einem Waffenstillstand mit dem Iran mit allen Kräften gegen die Kurden im Nordirak vorgehen würde. Diese hatten in den acht Jahren Golfkrieg Saddam gezwungen, an zwei Fronten zu kämpfen. Dabei hatten die Kurden die von ihnen kontrollierten Gebiete erheblich erweitern können.

Kenner der Situation sind nun nicht nur ausländische Beobachter, Diplomaten und Journalisten, sondern vor allem die Regierungen der umliegenden Staaten. Besonders der türkischen Regierung dürften Vernichtungspläne gegen die autonomen Kurdengebiete in Irak bekannt gewesen sein, da ihre eigenen Streitkräfte in diesem Zusammenhang keine unwichtige Rolle spielten. Ein 1984 abgeschlossenes Abkommen über die heiße Verfolgung gestattet den Streitkräften beider Staaten, die türkisch-irakische Grenze „ zur Verfolgung terroristischer Gewalttäter“ ohne Vorankündigung bis zu 30 km zu überschreiten. Dreimal hatte die türkische Armee seit 1984 von diesen Abkommen Gebrauch gemacht, dreimal hatten die militärischen Aktionen gegen angebliche PKK-Unterschlüpfe Dörfer in den von der „Demokratischen Partei Kurdistan - Irak“ (KDP-I) kontrollierten Gebieten zum Ziel gehabt. Während die Türken selber den Sinn dieser Manöver mehr oder weniger zu verschleiern suchten, hielt der amerikanische Ex-Außenminister Haig bei einem offiziellen Besuch in Ankara im Mai 1988 eine solche Diskretion für unangebracht: In einem Interview mit der türkischen Tageszeitung CUMHURIYET erklärte er ganz offen, daß „eine Veränderung der Grenzen im Nordirak mit allen Mitteln verhindert werden müsse und der Türkei dabei eine nicht unwichtige Rolle zufalle. Amerika weiß“ schloß er das Interview, "daß es keinen Grund hat, an der Verläßlichkeit des türkischen Partners zu zweifeln.“

Als dann jedoch mit dem offiziellen Abschluß des Waffenstillstandes Saddam Hussein seine Armee im Norden des Landes zusammenzog und zum Großangriff gegen die kurdischen Gebiete ansetzte, zeigte sich eben diese türkische Regierung höchst überrascht, ebenso, als 100.000 kurdische Flüchtlinge sich vor den C-Waffen-Angriffen Saddams in die Türkei retteten. Doch "der menschliche Aspekt überwog und deshalb haben wir uns entschlossen diese Menschen aufzunehmen“ hieß es in der offiziellen Version türkischer Zuständiger.

„Die Türkei tut alles, was in ihren Kräften“ steht, um mit dem Flüchtlingsproblem fertig zu werden“ erklärt dann auch der Notstandsgouverneur, der höchste Bevollmächtigte für die kurdischen Provinzen in der Türkei, den ausländischen Beobachtern. „Wir fühlen uns allerdings, das muß ich ehrlich sagen, von den europäischen Nationen alleingelassen. Alle die, die uns so oft auf die Demokratie in unserem eigenen Land angesprochen haben, sind jetzt wo Taten verlangt werden, ganz still geworden.“ Was er verschweigt, ist allerdings die Tatsache, daß sich die türkische Regierung beharrlich weigert, die noch in der Türkei befindlichen 35.000 Menschen als politische Flüchtlinge anzuerkennen. Damit sind sowohl der UNO, als auch den internationalen Hilfsorganisationen die Hände gebunden. Wer sich dennoch für die Situation der Flüchtlinge interessiert, wird erst nach mehrmaliger Sicherheitsüberprüfung und komplizierten Genehmigungsverfahren in die Lager gelassen. Die von den europäischen Staaten erwartete Hilfe, erfahre ich später in Ankara, sollte sich nach türkischen Vorstellung in einem Devisenzuschuß in Höhe von mehreren hunderttausend Dollar zum regulären türkischen Haushalt ausdrücken. In seine „Werke der Barmherzigkeit“ möchte sich die türkische Regierung auch weiterhin nicht gerne hineinreden lassen.

Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge

Durch den Zustand der drei Lager in Muş, Diyarbakir und Nardin wurde die offizielle Version des Flüchtlingsproblems auch allzu deutlich Lügen gestraft. Alle drei Lager sind mit dickem Stacheldraht und einer engen Kette schwerbewaffneter Wachsoldaten umgeben. Alle drei haben nur je einen Eingang, wo jeder Ankommende durchsucht wird und seine Papiere abgeben muß. Ohne Genehmigung des Notstandgouverneurs ist der Zugang zu den Lagern unmöglich, sowohl für die Presse, als auch für Ärzte und die örtliche Bevölkerung. Anlieger, die versuchen, sich durch das Gitter mit den Lagerinsassen zu unterhalten, werden im besten Fall von den Wachsoldaten weggejagt, im schlechtesten vorübergehend festgenommen. Die Flüchtlinge selber dürfen die Lager natürlich auch nicht verlassen. In Sonderfällen dürfen sie in Begleitung der Zivilpolizei zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen. Auch die Presse darf nur zwei Stunden am Tag, und dann auch nur unter Aufsicht die Lager betreten. Ein „Dolmetscher“ ist auch dann zugegen, wenn das aufgrund der guten Englischkenntnisse mancher Flüchtlinge überhaupt nicht notwendig wäre. Statt seiner eigentlichen Funktion nachzukommen, kann es dann sein, daß dieses Hilfspersonal eingehend damit beschäftigt ist, alles gesagte, sowie die Namen der Personen, die mit den Reportern sprechen, zu notieren. Aus dem mittlerweile aufgelösten Lager in Yüksekova berichtet ein Angestellter der Lagerkantine, daß englischsprechende Flüchtlinge vor Besuchen der internationalen Presse eingesperrt wurden, um die Recherchen der Journalisten von dem offiziellen Dolmetscher abhängig zu machen. Da kann es dann vorkommen, daß die Äußerung eines Flüchtlings "mein Kind wurde durch den Angriff mit chemischen Bomben verwundet“ mit "es hat geknallt, dann war mein Kind verwundet, ich weiß nicht genau, was es war“ übersetzt wurde. In manchen Situa-

tionen sind den Verantwortlichen selbst die Besuche zuviel. Dann wird kurzerhand ein "Presseverbot" verhängt. Der Sicherheitsbeauftragte des Lagers ist dazu bevollmächtigt und hat niemandem gegenüber Rechenschaft abzulegen.

Gründe für dieses starke "Bedürfnis nach Diskretion" sind mehr als genug vorhanden: In den Lagern sind bislang schätzungsweise 500 Kinder und alte Leute - vor allem aufgrund der Kälte und mangelhafter Versorgung - gestorben. In Mardin, wo die Temperatur nachts bis -5 Grad fallen, werden 15.000 Menschen den Winter in Zelten verbringen. In Diyarbakir und Muş sind die Flüchtlinge mittlerweile in feste Häuser umgesiedelt. Eine Entwicklung mit der sich die zuständigen Funktionäre nicht wenig brüsten. Türkisches und internationales Fernsehen wurde bestellt, um den Umzug - von außen - zu filmen; in die Häuser wurden die Pressevertreter allerdings nicht gelassen, da die "Zufluchtsuchenden" - Flüchtlinge sind es ja im offiziellen Sprachgebrauch nicht - nicht gestört werden dürften. Die Realität hinter den mit soviel Stolz vorgezeigten Mauern sieht dann allerdings auch etwas anders aus: In Diyarbakir werden 40-45 Personen auf 60 qm zusammengepfercht, Wasser gibt es nicht, das müssen die Frauen von einer mehrere km(!) entfernten Wasserstelle unter dem "Schutz" bewaffneter Soldaten heranschleppen. Die Siedlung in Mųs, in der ungefähr 9000 Menschen untergebracht wurden, stand schon seit 10 Jahren leer. Expertenkommissionen von zwei Universitäten hatten ihr das Prädikat "unbewohnbar" ausgestellt. Die Wände sind feucht und der Putz rieselt schon beim Anfassen herunter. Um sich aufzuwärmen, hatten die meisten Familien vor den Häusern Feuer angezündet. Die Essensversorgung wird von Tag zu Tag dürftiger, mittlerweile muß eine fünfköpfige Familie in Mus mit einem Kilo Reis und einem Kilo dicke Bohnen in der Woche auskommen. In Diyarbakir wird den Lagerinsassen großzügigerweise erlaubt, selber - unter Aufsicht - einkaufen zu gehen. Ihr irakisches Geld müssen sie allerdings zu einem Kurs von 1 Dinar = 100-200 TL (Türkische Lira) bei der Lagerleitung umtauschen - der offizielle Bankkurs steht in diesen Tagen bei ca. 2000 TL pro Dinar.

Jede Hilfe aus der Bevölkerung ist streng verboten. Viele der Flüchtlinge hatten Angehörige auf dieser Seite der Grenze. Denen wurde jedoch nicht gestattet, ihre Verwandten bei sich aufzunehmen. Sie dürfen sich noch nicht einmal besuchen. A.S. aus Muş durfte seinen eigenen Bruder nicht sehen, der vor Jahren in den Irak gegangen war und sich nun unter den Flüchtlingen befand.



Flüchtlinge in Diyarbakir: Bis zu 40 Personen auf 60 qm, keine Öfen, kein fließendes Wasser

Die Angst vor der Solidarität der Kurden

Die Tatsache, daß es in Diyarbakir und schließlich auch in Muş gelang, Hilfskomitees zu gründen, ist ein Erfolg, den die Bevölkerung im türkischen Teil Kurdistans für sich verbuchen kann. Überhaupt hatten diese die Flüchtlinge von Anfang an als Teil ihres eigenen Volkes betrachtet. Man war daher bereit gewesen, die Unterbringung und Integration selbst zu organisieren, um ihre Landsleute nicht der Willkür der türkischen Regierung zu überlassen. "Wir wollen gar nichts von der Regierung, wir fordern auch nichts" sagt der Angehörige einer der größten Sippen der türkisch-irakischen Grenzregion, "sie soll uns nur freie Hand lassen." Doch dazu ist die Regierung in keinster Weise bereit. Ihr ist nur daran gelegen, die Kurden aus Irak so schnell wie möglich wieder loszuwerden bzw. den Kontakt mit den Kurden der Türkei zu verhindern. Dies wird besonders klar, wenn man sich den gesamten Verlauf des Flüchtlingsdramas und die damit verbundenen türkischen Befürchtungen und Erwartungen noch einmal vor Augen führt. Eine gezielte Fehlinformation, die in diesem Zusammenhang widerlegt werden muß, ist jene, die besagt, die Türkei habe sich aus eigenem Ermessen entschlossen, "den armen Menschen die Tür zu öffnen." Zwei kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament, die aus der Grenzregion stammen, haben viel Mühe darauf verwendet, die Situation in den ersten Tagen der Flüchtlingswelle genau zu rekonstruieren. Ihre eigenen Beobachtungen - ergänzt durch zahlreiche Augenzeugenberichte - ergaben folgendes Bild: Eine erste, nur 57 Personen starke Gruppe von Flüchtlingen war schon in den ersten Augusttagen über die türkische Grenze gekommen, aber von den Grenzsoldaten umgehend wieder in den Irak zurückgeschickt worden. Eine zweite Gruppe von ungefähr 1000 Personen konnte zwar einige Tage später die Grenze überschreiten, wurde aber dann von Angehörigen des türkischen Heeres verfolgt und sogar aus den Häusern einiger Familien geholt, die die Flüchtenden versteckt hatten. Auch von ihnen wurde der größte Teil in den Irak zurückgeschickt. Erst als sich mehrere 10000 Flüchtlinge mit einer großen Anzahl bewaffneter Peschmerge an ihrer Seite den Grenzübergang mehr oder weniger erzwangen, begann die türkische Regierung, die "menschliche Seite der Angelegenheit" zu betrachten. Wie "menschlich" kurdische Flüchtlinge ansonsten in der Provinz Hakkari behandelt wurden, davon geben eine Reihe Augenzeugenberichte ein deutliches Bild ab. Während schon in den ersten Jahren des Golfkrieges in der Provinzstadt Hakkari ein "Flüchtlingswohnheim" für türkischstämmige Kriegsflüchtlinge aus der Gegend um Kirkuk eingerichtet wurde,

übergab man kurdische Flüchtlinge mit schöner Regelmäßigkeit den irakischen Soldaten. Mehr als 10000 Menschen konnten aber nun nicht so ohne weiteres übergeben werden, zumal sich die Flüchtenden in einer Situation befanden, in der sie auch in einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den türkischen Soldaten nichts zu verlieren gehabt hätten. Also mußte die Türkei versuchen, das Beste aus den ungebetenen Gästen zu machen. Daß die Anwesenheit von ca.100000 Kurden, die auch von der Tagespresse offen als solche bezeichnet wurden und ganz offensichtlich kurdisch redeten, der offiziellen türkische Politik, die ja die Existenz der Kurden schlechthin ableugnet, zuwiderlief, muß nicht extra erklärt werden. Die Situation heute, 4 Monate nach Eintreffen der Flüchtlinge zeigt darüberhinaus noch, daß die türkische Regierung mit ihren Befürchtungen ganz richtig gelegen hatte: Allein das Vorhandensein der Flüchtlingslager, so isoliert sie auch sein mögen, hat zu einer Mobilisierung der Bevölkerung in den kurdischen Provinzen der Türkei geführt. Der Unmut darüber, daß jegliche Hilfsleistung verhindert wird, ist groß. Überhaupt war die Ankunft der Flüchtlinge für viele der Tropfen, der das Faß der jahrelangen Unterdrückung zum Überlaufen brachte. So zeigten sich große Teile der Bevölkerung bei der Gründung von Hilfskomitees entschlossener, als sie das die letzten Jahre bei anderen politischen Fragen gewesen waren. Einen anderen Prozess, den das "Flüchtlingsproblem" in Bewegung gesetzt hat, beschreibt ein Händler aus Diyarbakir folgendermaßen: "Durch die gleichgeschaltete Presse und die starke Repression, wußten wir in den letzten Jahren nicht sehr viel von den Entwicklungen in den befreiten Gebieten in irakisch-Kurdistan. Das war weit weg für uns. Jetzt sind diese Leute hier und wir wurden daran erinnert, daß es dort einen heißen Krieg gibt, daß es unsere Leute sind, die dort ihre Gebiete verteidigt haben und das immer noch tun. Das hat viele von uns wachgerüttelt."

Das alles hatte die türkische Regierung mit ihrem gut funktionierenden Geheimdienst sicher vorausgesehen, doch war sie nun durch die Massenflucht vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Der türkischen Regierung blieb also nur noch eine Politik der Schadensbegrenzug. Diese sieht sie darin, a) die Kurden so unschädlich wie nurmöglich zu machen, b) die gesamte Situation zum Verhandlungsgegenstand gegenüber dem Irak machen zu können. Dies kann in den nächsten Monaten vor allem dann von Vorteil sein, wenn es um die Aufteilung des Nachkriegsmarktes im Irak geht, von dem sich die Türkei eine Spritze für ihre völlig bankrotte Wirtschaft verspricht.Die Zusammenarbeit mit dem Regime im Irak beschränkt sich nicht allein darauf, daß die Türkei nun Kälte und Hunger das zuvollenden lassen scheint, was Saddam mit seinen C-Waffen begonnen hat.

Türkei und Irak gemeinsam gegen die Kurden

Vielmehr scheint die Türkei auch bereit zu sein, die brutale Form der irakischen Kriegsführung gegen die Kurden zu vertuschen. Während die Öffentlichkeit in den Flüchtlingslagern im Iran freien Zugang auch zu Verwundeten hat, die ausführlich über die Angriffe mit C-Waffen berichten können, wurden Verwundete in der Türkei in Krankenhäusern versteckt. Das Beispiel von Abubekir Muhammed aus der Provinz Arbil soll hier nur stellvertretend als eines für viele, die genauso sang- und klanglos wie er in den Krankenhäusern der Türkei gestorben sind, ausführlicher erzählt werden: Abubekir war schon ziemlich krank über die Grenze in die Türkei gekommen, er hatte zwar den Angriff auf sein Dorf überlebt und keine größeren Verbrennungen oder Wunden davongetragen, klagte aber über große Schmerzen und Übelkeit. Da er keine sichtbaren Merkmale hatte, wurde er nicht gleich an der Grenze ausgesondert, sondern in das Lager von Mardin gebracht. Nach scheinbarer Besserung verschlimmerte sich sein Zustand erheblich, er wurde zuerst in das Krankenhaus in Mardin, dann in die Universitätsklinik von Diyarbakir eingeliefert. Dort starb er in der Nacht vom 11. auf den 12.11. In dem offiziellen Bericht der Klinik steht als Todesursache lapidar "Nierenversagen". Obwohl einer seiner Freunde, der zufällig aus dem Lager von Diyarbakir ins Krankenhaus gekommen war, ihn erkannte und mit seinen Ärzten sprach, kam es zu keiner Autopsie. Auch mir wurde über Art und Verlauf seiner Krankheit keinerlei Auskunft gegeben. Weder wir noch seine Freunde konnten erfahren, wo Abubekir Muhammed begraben liegt. Schon eher wie schwarzer Humor hört sich der Bericht eines Arztes aus den ersten Tagen der Flüchtlingslager an: „In den ersten Tagen wurden alle nur zur Verfügung stehenden Ärzten in den Lagern eingesetzt. Auch ich war einige Tage dort. Ich bin nun Gynäkologe. Von C—Waffen und C-Waffen-Verletzungen habe ich überhaupt keine Ahnung. Manchmal kamen Journalisten zu mir und meinten, sie hätten ähnliche Symptome wie sie bei den Flüchtlingen auftraten und wollten einen Kommentar von mir. Ich bin mir sicher, daß die in solchen Fragen mehr wußten als ich. Was habe ich denn als Gynäklge mit C-Waffen zu tun? Dann kamen mehrere ausländische Delegationen, denen wurden wir auch vorgestellt. Ich kann ja nun kein Englisch, aber danach habe ich erfahren,, daß wir denen als "türkisches Expertenteam für C-Waffen" vorgestellt wurden. Das stank wirklich zum Himmel. Kein einziger der Ärzte in diesem Lager hatte auch nur die geringste Ahnung von C-Waffen und die Verletzten hatten sie sowieso schon abtransportiert. Auch die Geheimdienste der Türkei und des Irak scheinen in den Lagern bestens zusammenzuarbeiten. Türkische Geheimdienstagenten leisten Dienste als Dolmetscher, manche leben auch als Peschmerge verkleidet in den Lagern. Augenzeugen berichten außerdem, eine Reihe Araber in Peschmergeuniform seien in Begleitung türkischer Soldaten schon 1 - 2 Tage vor der offiziellen Öffnung der Lager nach Yüksekova und Mardin gekommen. Lagerinsassen berichten von einer Reihe provokativer Aktionen, vor allem in den ersten Wochen ihres Aufenthaltes. Diese wurden dann den Flüchtlingen in die Schuhe geschoben und dann von der türkische Presse ausgeschlachtet: Man sprach von aufsässigen Gästen, die undankbar seien und die Regierung schon dazu gebracht hätten, ihr menschliches Handeln zu bereuen. Die Provokationen wurden regelmäßig als Anlaß zu umfassenden Razzien genommen, bei denen eine Reihe "PKK—Sympatisanten" festgenommen oder verschleppt wurden. Bei einem Essensboykott, der aus Protest gegen Repression und Provokationen im Lager Yüksekova veranstaltet wurde, nahm man 12 angebliche Organisatoren fest. Diese 12 Personen befinden sich heute noch im Gefängnis von Diyarbakir in Haft, obwohl das Staatssicherheitsgericht längst ihre Überweisung in ein ziviles Gefängnis beschlossen hat. Ähnliche Beispiele ließen sich endlos aufzählen und man muß davon ausgehen, daß dies alles nicht etwa Ausrutscher einer an sich gut gemeinten Flüchtlingspolitik, sondern Teil einer Vernichtungsstrategie gegen das kurdische Volk ist.

Es bleibt deshalb zu fragen, welche Strategien die Türkei mittelfristig einzuschlagen gedenkt. Sicher ist es nicht im Interesse der Türkei, in der sowieso schon sensibelsten Ecke der Region zu allen militärischen Auseinandersetzungen auch noch ein Flüchtlingsproblem am Schwelen zu halten. So sind die Zuständigen in Ankara auch schon dabei verschiedene "Lösungsalternativen" zu diskutieren. "Anpassungskurse", die mit dem Unterricht der türkischen Sprache beginnen und im besten Fall mit der Heranzüchtung williger Arbeitskräfte, im schlimmsten Fall mit der Ausbildung zur Volksmiliz enden sollen, sind schon konzipiert. (In diesem Zusammenhang erübrigt es sich fast, zu erwähnen, daß die Forderung der Flüchtlinge nach der Möglichkeit, selber Schulen in den Lagern einzurichten, in denen ihre Kinder auf Kurdisch unterrichtet werden können, völlig ignoriert wurde.) Weiterhin ist es in Ankara zu Zusammentreffen türkischer mit irakischen Vertretern gekommen, die über eine Aktualisierung des Abkommens zur "heißen Verfolgung" diskutieren. Diesmal geht es allerdings um Grenzübertritte aus Richtung Irak. Zum Tragen werden die Ergebnisse dieser Gespräche wohl im Frühjahr kommen, denn dann werden die Peschmerge in den irakischen Bergen die Kampfhandlungen gegen das Saddam-Heer wieder in voller Stärke aufnehmen. Vor dem Frühjahr ist auch eine grundsätzliche Initiative der türkischen Regierung in Bezug auf die Flüchtlinge nicht zu erwarten. Bis dahin, so hofft man an höchster Stelle, wird der Winter die Dimension "des Problemes" hoffentlich verringert haben.

Milena Ergen

Nicaragua nach dem Hurrikan

Am 15. November 1988 zog Staatspräsident Daniel Ortega eine Zwischenbilanz der durch den Hurrikan Joan verursachten Schäden für die Wirtschaft Nicaraguas. Demnach sind durch den Hurrikan direkte materielle Schäden in Höhe von über 828 Mio. Dollar entstanden - mehr als eine halbe Million Menschen sind von ihnen betroffen. Die sandinistische Regierung hat gemeinsam mit den verschiedensten Volksorganisationen, dem sandinistischen Heer und unzähligen Freiwilligen im Vorfeld alles Menschenmögliche getan, um Menschenleben zu sichern. In kürzester Zeit wurden über 300.000 Menschen evakuiert. Das entspricht etwa einem Zehntel der Gesamtbevölkerung. Diesen Anstrengungen ist es zu verdanken, daß der Hurrikan bei seinen Verwüstungen 'nur' 137 Menschenleben gekostet hat. Laut CEPAL, der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, trifft dieser Hurrikan Nicaragua in einer Situation des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Auf 12,2 Milliarden Dollar summieren sich mittlerweile die Schäden des seit Jahren andauernden Aggressionskrieges der US-Regierung mittels ihres Söldnerheeres gegen Nicaragua.

Auswirkungen der Hurrikanschäden noch nicht genau abschätzbar

Die 828 Mio. Dollar auf welche die direkten materiellen Schäden veranschlagt werden, entsprechen in etwa der Exportproduktion Nicaraguas von 4 Jahren oder der Gesamtproduktion von 2 Jahren. Nicht enthalten in dieser Summe sind die noch nicht kalkulierbaren indirekten Schäden - etwa die ökologischen Schäden und deren Folgen. So sind z. B. 65 Mio. Kubikmeter Wald zerstört worden. Der Erosionsprozeß im Regenwaldgebiet wurde dadurch enorm beschleunigt - die Wassermassen schwemmten große Mengen Humus und Sedimente mit sich - Flora und Fauna sind in Gefahr. Die langfristigen Auswirkungen sind noch nicht genau abschätzbar.

Was mit Langzeitwirkungen gemeint ist, verdeutlicht die Zerstörung der Palma Africana Plantagen. Diese Palme braucht 10 Jahre Entwicklungszeit, bis sie Früchte trägt. Seit 8 Jahren lief das Projekt, in das viel investiert wurde. 1) Die Palma Africana sollte einen Großteil des nationalen Speiseölbedarfs decken, der zur Zeit durch Importe oder die Verarbeitung der stark pestizidvergifteten Baumwollkerne gedeckt wird.

Die für den Export wichtigen Kaffeeplantagen blieben zwar im wesentlichen vom Hurrikan verschont. Dennoch ist die Einbringung der Ernte in Gefahr, da die Infrastruktur, wie Zufahrtswege und Brücken zerstört wurden. Die gesamte landwirtschaftliche Produktion ist kurz- und langfristig betroffen. Der Hurrikan kam gerade zur Haupterntezeit, als der Großteil noch nicht eingebracht war.

Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln sind vorprogrammiert - die Prognosen sprechen von 10 angespannten Monaten. Auch von einer bevorstehenden Hungersnot in diesem Zeitraum wird bereits geredet.

Dazu kommt die sich ständig zuspitzende Wirtschaftskrise. Allein für die unmittelbaren Notmaßnahmen nach dem Hurrikan mußte die nicaraguanische Regierung ca. 28 Mio. Dollar ausgeben, und das bei einem Budget, das durch zahlreiche Austeritätsmaßnahmen bereits auf ein Minimum reduziert ist. Direkte Folgen sind die beschleunigte Inflation und Verknappung der Güter. Damit wird das Lebensniveau der Bevölkerung weiter sinken. Die ökonomische Misere veranlasst schon jetzt mehr und mehr Menschen, das Land zu verlassen.

Die politische und militärische Destabilisierung tut ein übriges

Die innere Opposition hat sich bereits vor der Katastrophe in Allianz mit der Amtskirche dadurch hervorgetan, daß sie die Bevölkerung aufforderte, nicht den Evakuierungsaufforderungen der sandinistischen Regierung zu folgen. Sie bezeichnete diese als politische Kampagne und praktischen Versuch, den Menschen ihr letztes Hab und Gut zu rauben. Als dann die nicaraguanische Regierung den nationalen Notstand ausrief, um damit diese Verunsicherung zu unterbinden, drohte ihr der US-Kongreß mit der Bewilligung neuer Contrahilfe: Nicaragua solle doch gefälligst die in Esquipulas II vereinbarten Demokratisierungsmaßnahmen respektieren. So die Begründung!

Nach dem Hurrican legte die Contra sofort mit ihren militärischen Angriffen los. Aufräumtruppen gehörten genauso wie Krankentransporte zu den Angriffszielen dieser von der US-Regierung bezahlten und gesteuerten Söldnertruppen.

Die ersten Verlautbarungen der US-Regierung schlossen eine Katastrophenhilfe für die sandinistische Regierung aus. Marlin Fitzwater (Sprecher des Weißen Hauses) erklärte, die Sandinisten würden den Hurrikan "als Plattform gegen Reagans Politik und dessen Unterstützung für die 'Freiheitskämpfer'" nützen. (taz. v. 27.10.88).

Dies änderte sich Anfang November. Am 2. November gründeten die Mitglieder der Coordinadora Democratica, (eine Allianz rechter Parteien und Gewerkschaften sowie Unternehmerorganisationen unter Vorsitz des Cardinals Obando y Bravo) eine eigene Hilfsorganisation. Sie sprachen damit dem nationalen nicaraguanischen Hilfskomitee, das bereits seit 1982 besteht, ihr Mißtrauen aus.

In dem nationalen Hilfskomitee sind die verschiedensten internationalen Organisationen wie IRK, UN, UNICEF UNHCR, die ausländischen und nicaraguanischen NGO's, wie z. B. OXFAM, medicin sin frontiere, NOVIB, DIAKONIA und die staatlichen nicaraguanischen Organisationen und Ministerien zusammengeschlossen.

Interessanter als das gegen das nationale Hilfskomitee ausgesprochene Mißtrauen ist allerdings, daß die Gründung des neuen Komitees durch die Coordinadora Democratica zeitgleich mit einer

Hilfszusage der USA an Nicaragua über 25 Millionen Dollar erfolgte.

Das neue Hilfskomitee riecht somit förmlich nach einem Manöver, an die US-Gelder für die Destabilisierungskampagne heranzukommen.
Ein Großteil der in der Coordinadora Democratica zusammengeschlossenen Gruppierungen erhält bekanntlich von der CDU-nahen Konrad Adenauer Stiftung reichlich finanzielle und politische Unterstützung. Die KAS-Mittel allein für 1989 sehen die Finanzierung von mehr als 70 Vollzeitstellen für die sogenannte Frente Interno vor. Mindestens 1,2 Mio. DM fließen so den der Coordinadora nahestehenden Parteien und Gewerkschaften, der katholischen Kirche und der "Menschenrechtskommission" CPDH, sowie nahestehenden "Bildungsinstituten" zu.

Ende September 88 erklärte der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Jim Wright, gegenüber der New York Times, daß von Seiten des CIA mit der Coordinadora Democratica Demonstrationen vorbereitet werden, die die Sandinisten zu Überreaktionen provozieren sollten. Er bezog sich damit auf die im Juli 1988 von der Coordinadora Democratica durchgeführte Demonstration in Nandaime, auf der es zu schweren Auseinandersetzungen mit der sandinistischen Polizei kam. Auf der Demonstration konnten Angehörige der US Botschaft identifiziert werden, die Anleitungen gegeben hatten, wann die Auseinandersetzungen zu beginnen hatten. Darauf wurden dann der US Botschafter Richard Melton sowie sieben weitere Botschaftsangehörige ausgewiesen und 38 z.T. führende Oppositionelle verhaftet. Diese Verhaftungen waren dann auch Anlaß für BMZ Chef Hans Klein (CDU), seine angekündigte Nicaragua-Reise wieder abzusagen.

Als der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez Mitte Oktober, also nach dem Hurrican, in Bonn vorsprach, waren sich Schäuble, Genscher und Lambsdorff darüber einig, daß die Gefangenen von Nandaime einen Ausbau der Beziehungen behinderten. Ein Großteil der Gefangenen wurde dann auch relativ bald nach Ramirez Rückkehr freigelassen. Jarquin Anaya, einer dieser Aktivisten, Mitglied des rechten Flügels der sozialchristlichen Partei PSC, bedankte sich unmittelbar danach bei Kohl und auch bei Blüm für deren Bemühungen in Sachen Menschenrechte.

Die Auswirkungen des Hurrikans passen gut ins politisch-militärische Destabilisierungskonzept der US-Regierung und deren Verbündeter. Allerdings: Die innere Zersetzung Nicaraguas zur Wiederherstellung einer kapitalistischen "Demokratie" nach europäischen Muster und die Zerschlagung der sandinistischen Revolution, diese Ziele konnten bisher nicht erreicht werden.

Autorenkollektiv CoCo - Piranhas



Bluefields nach dem Hurrikan
Foto: ANN/Prela

Anmerkungen
1) Das Palma Africana Projekt wurde 1980 auf einer ehemaligen Bananenplantage der United Fruit Company an der Atlantikküste Nicaraguas begonnen. Ursprünglich sollten 4500 ha auf einer staatlichen Plantage gepflanzt werden, was aber in keiner Weise der Produktionsweise der einheimischen Bauern, Miskitos und Kreolen entsprach. Deshalb wurde das bereits bebaute Land im Juli 1987 an die dort wohnenden Familien übergeben. Aus den Früchten der Palma Africana lassen sich über 40 Produkte, darunter Speiseöl und Seife herstellen, die Nicaragua zum großen Teil importiert..
2) Wofür die Gelder verwendet werden sollen ist auch nach Jan. 89 unklar, denn das BMZ hüllt sich da weiter in Schweigen.

Dieser Artikel wurde von Claudia Orlowsky vor ihrer Verhaftung am 16.12.88 in Westberlin mitverfaßt und von uns, dem Autorenkollektiv Coco Pirhanhas aktualisiert. Seitdem sitzt sie in Isolationshaft. Claudia wurde zusammen mit ihrem Freund Wolfgang Behling von einem Spitzel des Verfassungsschutzes belastet. Ihnen wird vorgeworfen, die „kriminelle Vereinigung" der „Amazonen" unterstützt zu haben, die in den letzten Jahren eine Reihe von militanten Aktionen gegen Sextourismus gemacht haben.
Schreibt ihr:
Claudia Orlowsky
JVA Plötzensee
über Staatsanwalt Mehlis
Landgericht
Turmstr. 91
1000 Berlin 21

Eine illustre Gesellschaft

Die Geschichte der Bevölkerungspolitik - ihre politischen Strömungen

Bevölkerungskontrolle als große internationale Entwicklungsstrategie ist ein relativ neues Phänomen, das aus der Nachkriegszeit stammt. Dennoch reichen ihre Ursprünge zurück bis zu den intellektuellen Strömungen und sozialen Bewegungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die in Europa und den USA in einer organisierten Bewegung kulminierten, die Geburtenkontrolle propagierte. In den Konflikten und Widersprüchen dieser Bewegung waren schon viele der heutigen Debatten vorgezeichnet.

Die Menschen versuchen seit jeher, Geburtenkontrolle zu praktizieren. Abstinenz, Coitus interruptus und Abtreibung sind uralte Techniken, die von vielen alten Gesellschaften gutgeheißen wurden.

Die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln in Europa bedeutete allerdings nicht, daß die Geburtenkontrolle im Westen immer gesellschaftlich akzeptabel war. Der Kampf um die Legitimierung der Geburtenkontrolle in der Neuzeit stellt sich als ein Drama dar, das zweihundert Jahre lang viele AkteurInnen mit sehr unterschiedlichen Rollen beschäftigte. So unterstützten die frühen NeomalthusianerInnen Geburtenkontrolle als ein Mittel zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen, indem das Bevölkerungswachstum beschränkt würde. Feministinnen und SozialistInnen waren überzeugt davon, es handele sich hierbei um ein grundlegendes Recht der Frauen. EugenikerInnen begrüßten die Geburtenkontrolle als eine Möglichkeit, die genetische Qualität zu beeinflussen. Diese seltsamen BettgenossInnen schlossen sich zusammen und gaben der Bewegung ihren einzigartigen Charakter: Sie trug die Geburtenkontrolle nicht nur als Keim einer befreienden Kraft, sondern auch als Keim einer erzwungenen Bevölkerungskontrolle in sich.

Die ersten bedeutenden öffentlichen FürsprecherInnen der Geburtenkontrolle waren englische radikale NeomalthusianerInnen. Obwohl Malthus vor den schrecklichen Konsequenzen eines raschen Bevölkerungswachstums gewarnt hatte, lehnte er Verhütung grundsätzlich ab. Er hatte seine Argumente hauptsächlich deshalb entwickelt, um die große Kluft zwischen arm und reich, die im England des späten 18. Jahrhunderts bestand, zu rechtfertigen. Seiner Auffassung nach hatten Wohlfahrtsmaßnahmen, wie z.B. Englands Armengesetzgebung, nur zu einer weiteren Verarmung geführt, weil sie es den Armen ermöglichten, noch mehr Kinder zu zeugen. Die radikalen NeomalthusianerInnen betrachteten hingegen Überbevölkerung als Ursache für die Armut und glaubten, daß durch Verhütung die Armen weniger Kinder bekämen, wodurch die Armut gemildert und die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessert würden.

In den Vereinigten Staaten führten zwei Tendenzen dazu, Geburtenkontrolle etwa ab 1910 in verschiedenen Bewegungen zum Thema zu machen. Unter den Intellektuellen und Sozialreformen verbreitete sich eine neue Philosophie des sexuellen Radikalismus, die aus Europa kam und zunehmend traditionelle viktorianische Auffassungen unterminierte. In diesen Kreisen wurde Sexualität jetzt als unabhängig von der Reproduktion betrachtet.

Nicht Tugend und Enthaltsamkeit...
1798 stellte Thomas Robert Malthus in seinem „Essay on the principle of population" die These auf, daß das Bevölkerungswachstum einem Naturgesetz unterliege: „Die Bevölkerung eines Landes kann nur in dem Maße wachsen, wie sie in der Lage ist, die Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern." Die Menschen hätten aber die Tendenz, sich rascher zu vermehren (in geometrischer Progression: 1, 2, 4, 8, 16 etc.) als die Nahrungsmittel (in arithmetischer Reihe 1, 2, 3 ,4, 5 etc.). Sie sollten sich deshalb in Gehorsam und Tugend, Pflicht und Enthaltsamkeit üben, sonst träten die „entsetzlichen Korrekturen des Menschenüberschusses" in Kraft: Hunger, Seuchen, Teuerung und Krieg.
(aus: epd, Dritte-Welt-Information 1984, Arbeitsblätter der epd-Redaktion Entwicklungspolitik/Dritte Welt 2/76)

Gleichzeitig stieg die Militanz innerhalb der Arbeiterklasse immer weiter an, als die Internationalen ArbeiterInnen der Welt (engl. Abkürzung IWW) und die sozialistische Partei Kampagnen zur Bildung von Gewerkschaften förderten. In diesen Kämpfen waren Frauen Schlüsselfiguren. Sie erwiesen sich als militante und ausdauernde Streikträgerinnen in vielen bedeutenden Arbeitskonflikten.

Die Kombination von sexueller und sozialer Rebellion setzte die amerikanische Bewegung für Geburtenkontrolle in Gang. Die berühmte Anarchistin Emma Goldmann war eine ihrer entschiedensten BefürworterInnen. Sie wurde verhaftet, weil sie ein Flugblatt verteilte mit dem Titel „Warum und Wie die Armen nicht so viele Kinder bekommen sollten", in dem sie Kondome, Diaphragmen und Pessare beschrieb. Aber zur Hauptorganisatorin der Bewegung wurde die junge sozialistische Aktivistin Margret Sanger.

Nach einer Reise in verschiedene europäische Länder begann Sanger nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten 1914 mit der Herausgabe ihrer eigenen Zeitung, „The Women Rebel", die vom IWW, der sozialistischen Partei und den AnarchistInnen unterstützt wurde. Hierin kombinierte sie ihr mittlerweile alles andere überschattende Interesse an Geburtenkontrolle (ein Begriff, den sie selbst geprägt hatte) mit der fortwährenden Unterstützung der Arbeiterbewegung. Als ihre Zeitung geschlossen

und sie zweimal wegen Obszönität angeklagt wurde, floh Sanger für einige Zeit nach Europa.

Nach 1916 löste sich die Allianz zwischen Sanger und den Radikalen. Dies sollte einen entscheidenden Einfluß auf den weiteren Kurs der amerikanischen Geburtenkontrollbewegung haben. Viele Radikale glaubten, daß, wenn man sich auf Frauenprobleme konzentrieren würde, die wichtigeren Themen des Klassenkonfliktes vernachlässigt würden. Außerdem würde die Revolution eine neue Ära sozialistischen Wohlstandes herbeiführen, und somit automatisch die Probleme der Frauen lösen. Andere befürchteten, daß eine Konzentration auf Geburtenkontrolle und Sexualität diejenigen entfremden könnte, die ansonsten ein radikales Wirtschaftsprogramm unterstützt hätten.

Soziale Veränderungen in den 20er Jahren trugen ebenfalls zum Rückgang der radikalen feministischen Geburtenkontrollbewegung in den USA bei. Die Sexualmoral der Mittelklasse lockerte sich, wodurch Geburtenkontrolle privat akzeptabler wurde, wenn auch nicht öffentlich. Die feministische Bewegung zerbröckelte, nachdem sie 1918 einen großen Sieg errungen hatte, als den Frauen das Wahlrecht eingeräumt wurde. Sanger selbst blieb noch immer eine glühende Befürworterin der Geburtenkontrolle, trieb aber langsam politisch konservativen Haltungen zu.



Mehr Kinder von den Tüchtigen, weniger von den Untüchtigen

1921 gründeten Sanger und ihre MitarbeiterInnen die American Birth Control League (ABCL; Amerikanische Liga für Geburtenkontrolle). In dieser Zeit begannen auch ein paar liberale ÄrztInnen, Geburtenkontrolle öffentlich zu befürworten, solange ihnen selbst das Monopol über die Verbreitung der Verhütungsmittel garantiert würde. Sanger unterstützte ihre Forderung nach entsprechenden Gesetzen.

Eine fragwürdige Entwicklung war durch den Einfluß der Eugenik vorgegeben, der Wissenschaft zur Verbesserung des menschlichen Erbgutes. Ein Zweig der Eugenik behauptete, daß die Reichen und Mächtigen den Armen genetisch überlegen seien und daß Weiße im allgemeinen anderen Rassen überlegen sind. Eine derartige Philosophie bedeutete für die amerikanische Elite eine bequeme Rechtfertigung ihrer privilegierten Position.

> „Die mangelnde moralische Harmonie bei Mischlingen kann oft auf einen noch größeren Kontrast in der Psychologie der verschiedenen Rassen zurückgeführt werden, wie zum Beispiel in dem Ehrgeiz, der Machtliebe und dem Unternehmungsgeist der Weißen und der Faulheit, Wankelmütigkeit, mangelnden Selbstkontrolle und oft auch mangelnden Intelligenz vieler Farbigen."
>
> (Äußerung aus dem Carnegie-Center, eines Zentrums für die Studien von „Mischlingsvölkern" oder Rassenmischungen, gegründet 1904 vom Stahlmagnaten A. Carnegie.)

Die Schlußfolgerung der EugenikerInnen, die Armen seien genetisch unterlegen, führte zu Forderungen nach Zwangssterilisierung. Ein führender Sprecher der EugenikerInnen, Paul Popenoe, schätzte, daß 10 Millionen AmerikanerInnen auf der Grundlage von IQ-Test sterilisiert werden sollten. 1932 waren Gesetze über die Zwangssterilisation von geistig Behinderten, Geisteskranken, Straffälligen und Körperbehinderten in 27 Staaten der USA erlassen worden.

Die EugenikerInnen schlossen sich bald der Geburtenkontrollbewegung in immer größer werdender Zahl an und gaben ihr eine neue Richtung, die die der Frauenrechtlerinnen ersetzte. Bereits 1919 veröffentlichte die „Birth Control Review" von Sanger eugenische Argumente, inklusive ihrer eigenen berühmten Aussage: „Mehr Kinder von den Tüchtigen und weniger von den Untüchtigen, das ist das Hauptthema der Geburtenkontrolle." In ihrem Buch „The Pivot of Civilization" (Der Angelpunkt der Zivilisation) warnte sie davor, daß die ungebildeten „degenerierten" Massen „unsere Lebensart" zerstören könnten. 1932 dann forderte sie die Sterilisation oder Absonde-

rung nach Geschlecht der „gesamten dysgenischen Bevölkerung", also all derer, von denen man annahm, daß sie „unwerten" Nachwuchs erzeugen.

Im Laufe der Zeit überlappten sich die Interessen der GeburtenkontrolleurInnen und die der EugenikerInnen zusehends. Es blieb jedoch einem Mann namens Adolf Hitler überlassen, die Lehre der EugenikerInnen von Rassenreinheit und -überlegenheit zu ihrem logischen und tödlichen Ende zu bringen. Obwohl die Nazigreuel dazu beitrugen, diese Art von Eugenik in den Vereinigten Staaten zu diskreditieren, verschwand sie nie vollständig. Manche EugenikerInnen begrüßten begeistert Hitlers Bestrebungen. Die englische Zeitschrift „Eugenics Review" schrieb: „Es wäre völlig falsch und unwissenschaftlich, alles zu verdammen, was in diesem Land vor sich geht. ... In Deutschland wird die fortschrittlichste eugenische Gesetzgebung ohne Probleme durchgeführt." 1939 wurde eine Kampagne gegen die Aufnahme „nichtarischer" nämlich jüdischer Kinder, gestartet, die vor den Nazis in die Vereinigten Staaten geflüchtet waren.

Von der Geburtenkontrolle zur Familienplanung

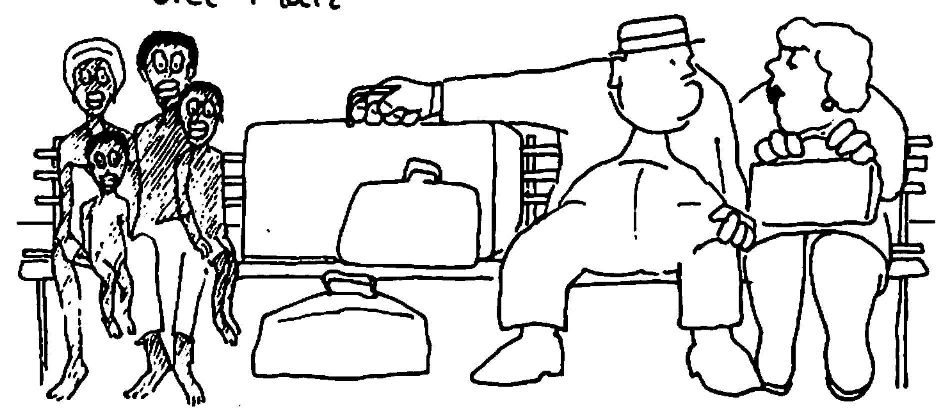
Der „New Deal" (Wirtschaftskonzept, das die Einführung der amerikanischen Sozialgesetzgebung beinhaltete, Anm. d. Ü.) und der Zweite Weltkrieg leiteten in den USA eine neue Phase der Sozialplanung ein. Durch den „New Deal" wurde die Regierung wesentlich direkter in die Bereitstellung sozialer Leistungen für die Armen einbezogen. Die Verarmung vieler Weißer aus der Mittelklasse während der Depression machte es mittlerweile schwierig, genetische Unterlegenheit für die Armut verantwortlich zu machen. Statt dessen wurde Armut immer mehr als „von der Umwelt" bedingt angesehen. Wohlfahrtsprogramme sollten die Situation Einzelner verbessern.

Im Zuge des Sozialplanungstrends änderte 1942 die Birth Control Federation of America ihren Namen zu Planned Parenthood Federation (Föderation für geplante Elternschaft). Familienplanung wurde der neue, akzeptablere Begriff für Geburtenkontrolle.

Ein Familienplanungsposter der damaligen Zeit faßt die neue Philosophie geschickt zusammen:

„Modernes Leben basiert auf Kontrolle und Wissenschaft: Wir kontrollieren die Geschwindigkeit unseres Autos. Wir kontrollieren Maschinen. Wir streben danach, Krankheit und Tod zu kontrollieren. Laßt uns die Größe unserer Familie kontrollieren, um Gesundheit und Glück zu gewährleisten."

Immerhin ging Planned Parenthood so weit, sowohl gegenseitigen sexuellen Genuß als Vorbedingung für eine glückliche Ehe anzuerkennen als auch die Rolle des Mannes in der Reproduktion. Sexualität



und die Notwendigkeit zur Verhütung außerhalb der Ehe blieben weiterhin tabu. Entsprechend weigerten sich Planned Parenthood-Kliniken, unverheiratete Frauen zu behandeln. Die letzte Bastion gegen diese Weigerung gegenüber Unverheirateten fiel erst in den späten sechziger Jahren. Trotz dieser Einschränkungen spielten Planned Parenthood und ihre Vorläuferorganisationen eine wichtige Rolle, weil sie Verhütung zugänglicher und akzeptabler machten.

Der Boom der Nachkriegszeit: Bevölkerungskontrolle

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begann sich in den USA die Einschätzung demographischer Probleme zu ändern. Zu dieser Zeit stieg das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt an.

Die USA waren aus dem Krieg als eine Supermacht hervorgegangen. Sie hatten einen steigenden Bedarf an Zugang zu den Ressourcen und Märkten in der Dritten Welt. Dieser war ihnen jedoch nur sicher bei „freundlich gesonnenen Regierungen" dort. Und das zu einem Zeitpunkt, als der Nationalismus stetig wuchs und oft eine radikale Färbung angenommen hatte. Der Erfolg der chinesischen Revolution, die Blockfreiheit Indiens und Indonesiens, Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika, Wirtschaftsnationalismus in Lateinamerika — all dies führte zu großen Befürchtungen der Vereinigten Staaten gegenüber den Entwicklungen in der Dritten Welt. Insbesondere in Anbetracht des steigenden Anteils Jugendlicher an der Bevölkerung glaubte man, das Bevölkerungswachstum, und nicht Jahrhunderte kolonialer Herrschaft, schüre das nationalistische Feuer.

Obwohl in Regierungsberichten die Gefahr der Überbevölkerung angesprochen wurden, waren private Organisationen und Stiftungen die Haupttriebkraft hinter dem Nachkriegsboom der Bevölkerungskontrolle. In den vierziger Jahren begannen die Veröffentlichungen der Planned Parenthood Federation, das Problem der Überbevölkerung zu betonen. 1948 gründete sich die International Planned Parenthood Federation (IPPF), was hauptsächlich das Verdienst Sangers war. Die English Eugenics Society stellte IPPF das erste Londoner Büro kostenlos zur Verfügung.

1952 wurde Bevölkerungskontrolle ein Stück weit gesellschaftsfähig, als John D. Rockefeller III dreißig prominente amerikanische Konservative, führende Mitglieder von IPPF, Demographen und Entwicklungsexperten zu einer Bevölkerungskonferenz nach Williamsburg, Virginia, einlud. Bei dieser Konferenz wurde das Population Council geboren, die Umsetzung von Rockefellers Überzeugung, daß „das Verhältnis der Bevölkerungszahl zu den materiellen und kulturellen Resourcen dieser Welt eines der entscheidensten und dringlichsten Probleme der heutigen Zeit repräsentiert".

1957 erstellte ein Komitee, das sich aus Mitgliedern des Population Council, der Laurence Rockefeller's Conservation Foundation und der IPPF zusammensetzte, einen Bericht, der die Strategie zur Bevölkerungskontrolle skizzierte. Er trug die Überschrift „Bevölkerung: Ein Internationales Dilemma" und sah das Bevölkerungswachstum als Hauptbedrohung der politischen Stabilität sowohl im In- als auch im Ausland.

Um das Bevölkerungsproblem in der Dritten Welt im Sinne amerikanischer Interessen zu lösen, wollte man die nationalen Eliten gewinnen, die — wenn sie nur erst von der Sache überzeugt sein würden — die notwendige Unterstützung in ihren eigenen Ländern aufbauen könnten. In den folgenden Jahren hielt sich die private Bevölkerungslobby an diese Strategie. Sie schuf Verbindungen mit prominenten RegierungsbeamtInnen der Dritten Welt, ÄrztInnen, AkademikerInnen und LeiterInnen privater Organisationen. Dies geschah über das Angebot von Schulungsprogrammen in den Vereinigten Staaten und der Einrichtung von Forschungsinstitutionen dort und in der Dritten Welt.

Ab Anfang der fünfziger Jahre flossen große Geldbeträge in amerikanische Universitäten, mit denen die Ford Foundation, das Population Council und die Rockefellers Bevölkerungsstudien finanzierten. Mitte der sechziger Jahre stellte sich die amerikanische Regierung offiziell hinter die Bevölkerungskontrolle. Es wurden Gesetze erlassen, die die wachsende Zustimmung des Kongresses dokumentierten.

1966 wurde die „Food for Freedom Bill" verabschiedet (Nahrungsmittel-für-die-Freiheit-Programm), die nach Auffassung des Landwirtschaftsausschusses des Repräsentantenhauses „zum ersten Mal den Zusammenhang der Weltbevölkerung und der Welternährungskrise als eine Angelegenheit der amerikanischen Politik" anerkennt. Dieses Gesetz ermöglichte es, Einkünfte aus der Nahrungsmittelhilfe für Familienplanungsprogramme in der Dritten Welt zu nutzen. Der Bevölkerungskontroll-Lobby ging jedoch das Engagement der Regierung zu langsam voran. 1967 gründete Hugh Moore noch eine weitere Organisation, die Campaign to Check the Population Explosion, die warnende Anzeigen in großen amerikanischen Zeitungen finanzierte. Unter den UnterzeichnerInnen der Anzeigen waren Eugene Black, ehemaliger Präsident der Weltbank und Lewis Strauss, Gründungsmitglied des Population Council.

Die Anzeigen waren deutlich darauf ausgerichtet, eine Welle von Überbevölkerungsparanoia zu erzeugen und ihre rassistischen Untertöne waren nur schlecht verborgen. Eine Anzeige warnte:

„Die ständig wachsende Flutwelle der Menschheit fordert uns heraus, sie entweder unter Kontrolle zu bringen oder mit all unseren zivilisatorischen Werten unterzugehen ...".

Eine andere Anzeige:

„Eine Welt mit massenhafter Hungersnot in den Entwicklungsländern wird eine Welt des Chaos, des Aufstandes und des Krieges sein. Und eine ausgezeichnete Brutstätte für den Kommunismus. ... Wir können uns ein halbes Dutzend Vietnams nicht leisten, noch nicht einmal ein einziges mehr. ... Unsere nationalen Interessen verlangen, daß wir alle den unterentwickelten Ländern helfen, ihre Bevölkerung zu kontrollieren."

Noch nicht einmal die Vereinigten Staaten waren sicher vor der Bedrohung durch Überbevölkerung.

„Wieviele Menschen wollen Sie in Ihrem Land?", heißt es herausfordernd in einer Anzeige, die ein Bild der Städte zeichnete als „vollgestopft mit Jugendlichen — Tausende von ihnen arbeitslos, Opfer von Unzufriedenheit und Drogenabhängigkeit ... In der Dunkelheit gehen Sie auf eigene Gefahr aus. Geburtenkontrolle ist eine Antwort."

Für manche war sie die einzige Antwort.

Die amerikanische Agency for International Development (AID) ist heute der größte einzelne Finanzier von bevölkerungspolitischen Aktivitäten in der Dritten Welt, mit annähernd 250 Millionen Dollar für „Bevölkerungsplanung". AID vermehrte seinen Einfluß im Bereich der Bevölkerungspolitik noch durch die Finanzierung anderer Organisationen. Anfang der 70er Jahre stellte es mehr als die Hälfte des Haushaltes von IPPF und der UNFPA (United Nations Fund for Population Activities), 90 % des Haushaltes des Pathfinder Fund, einer „privaten" Familienplanungsorganisation aus Boston, sowie beträchtliche Mittel für das Population Council, Universitäten und andere private Agenturen zur Verfügung.

Ein hoher Beamter für Bevölkerungsfragen im amerikanischen Außenministerium erklärte:

„Bei all unseren Hilfsleistungen tun wir gut daran, uns offiziell zurückzuhalten. Wahrscheinlich werden wir verstärkt über internationale Organisationen und private Gruppen arbeiten müssen, da diese Nicht-Regierungs-Organisationen von den Ländern, die Bevölkerungspolitik betreiben, viel eher akzeptiert werden."

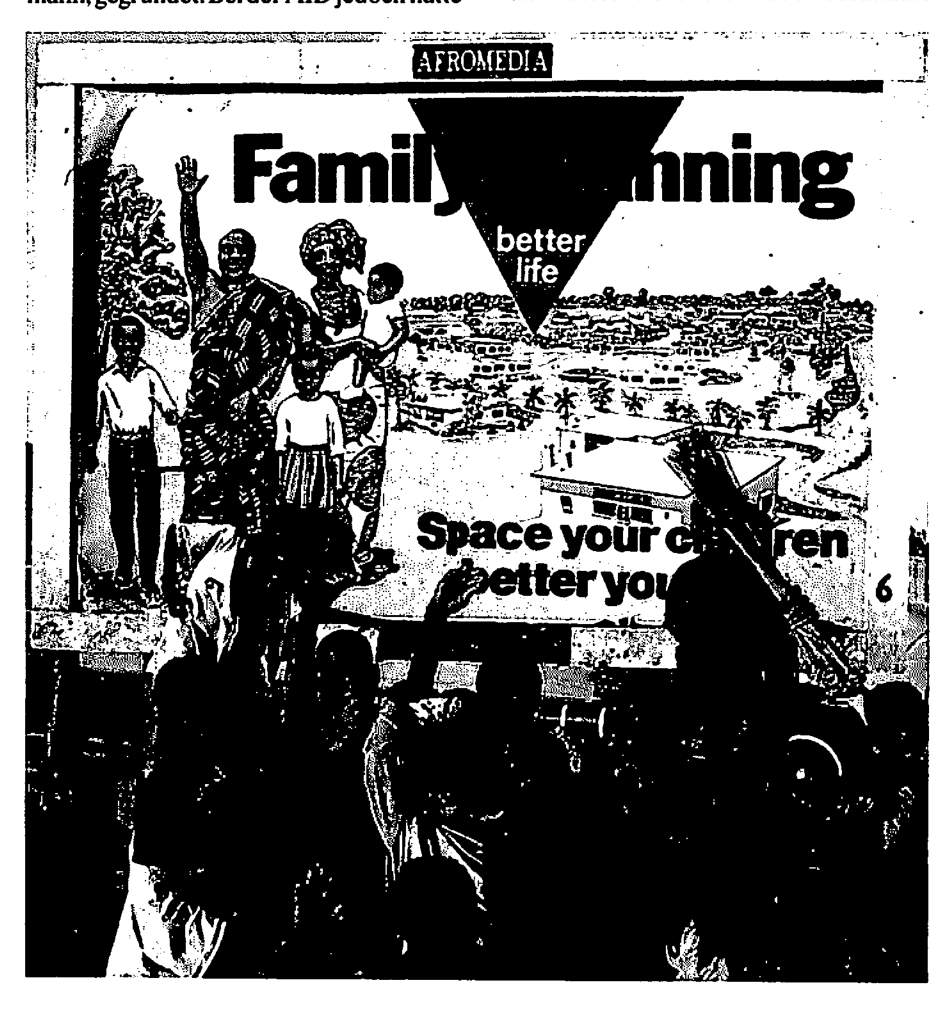
Ende der sechziger Jahre setzten die USA die Vereinten Nationen unter Druck, in denen eine Opposition aus katholischen und kommunistischen Ländern es bislang verhindert hatten, Bevölkerungskontrolle aufzuwerten. In einer Botschaft zur Bevölkerungsfrage rief 1969 Präsident Nixon die Vereinten Nationen auf, eine führende Rolle bei der internationalen Bevölkerungskontrolle zu übernehmen. Im selben Jahr wurde die UNFPA unter der Leitung von Rafael M. Salas, einem hohen philippinischen Regierungsbeamten und Geschäftsmann, gegründet. Bei der AID jedoch hatte man sehr genaue Vorstellungen darüber, wer die Fäden in der Hand hielt. Ihr Leiter Ravenholt sagte: „Ich denke, AID und die Vereinten Nationen spielen im wesentlichen einander ergänzende Rollen. Die Agency ist der UN voraus, die nur den Wegen folgt, die wir eingeschlagen haben."

1970 wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1974 als Jahr der Weltbevölkerung deklariert und die Vorbereitungen für eine Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest begannen. In dem Vertrauen, einen soliden internationalen Konsens über die Notwendigkeit für Bevölkerungskontrolle aufgebaut zu haben, stand der amerikanischen Regierung eine böse Überraschung bevor.

Bukarest: Ein Schritt nach vorn...

In seiner Eröffnungsrede zur Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest im Jahre 1974 schlug der damalige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim apokalyptische Töne an. Er warnte davor, daß „das Problem, das durch die Weltbevölkerung entsteht, nicht nur eine Gefahr darstellt, sondern auch diese Weltbevölkerung selbst in Gefahr bringt."

Diese Töne fanden ihr Echo in dem Entwurf eines Weltaktionsplanes zur Bevölkerung (World Population Plan of Action), der schon im voraus unter Federführung der Vereinigten Staaten verfaßt worden war. In diesem Entwurf wurden bestimmte





Ziele zur „Stabilisierung" der Weltbevölkerung festgelegt, und man betrachtete das Bevölkerungswachstum als das Haupthindernis für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Aber anstatt bereitwilligst akzeptiert zu werden, rief der Aktionsplan Streit und Debatten hervor.

Die Opposition kam nicht nur aus den traditionellen römisch-katholischen Kreisen, sondern auch aus vielen Ländern der Dritten Welt. Sie hielten die starke Betonung des Bevölkerungswachstums für ein Mittel, tiefere Ursachen der Unterentwicklung, wie z.B. die Ungleichheit der internationalen Beziehungen, nicht aufdecken zu müssen. China rief die Konferenz auf, daran zu denken, daß „von allen Dingen in der Welt die Menschen am wertvollsten sind." Indien argumentierte, daß „Entwicklung das beste Verhütungsmittel sei" und kritisierte den hohen Ressourcenverbrauch des Westens. Feministinnen, DemographInnen, Organisationen und VertreterInnen privater Organisationen erhoben ebenso ihre Stimmen zur Kritik der Bevölkerungskontrolle.

Trotz des Widerstandes der Vereinigten Staaten wurde der World Population Plan of Action entscheidend umgeändert. Bevölkerungswachstum wurde nicht länger als Haupthindernis für die Entwicklung gesehen, sondern Entwicklung selbst könne dazu beitragen, die Geburtenrate zu senken. „Entwicklung ist das beste Verhütungsmittel" wurde zu einem populären Slogan.

Daß die Betonung der Weltbevölkerungskonferenz auf dem Zusammenhang von Bevölkerung und Entwicklung lag, fiel nicht vom Himmel. Die siebziger Jahre waren eine Zeit der Suche nach dem Sinn und den Zielen von Entwicklung. Das unbegrenzte Vertrauen der sechziger Jahre in die „trickle-down"-Theorie, die Zuversicht nämlich, daß eine Konzentration auf das Wirtschaftswachstum schließlich auch den Armen zugute käme, mußte einem neuen Schwerpunkt Platz machen: Der Sicherstellung der menschlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnraum, Ausbildung und Gesundheitsversorgung.

Liberale BevölkerungsexpertInnen unterstützten diese neue Sicht, denn die Sicherung der Grundbedürfnisse könnte dazu beitragen, die Geburtenraten zu senken, indem sie die Menschen motivierte, weniger Kinder zu bekommen. Zusätzlich könnte Familienplanung ein wichtiger Teil dieses Grundbedürfnispaketes werden. „Integration" wurde zum neuen Schlagwort: Integriere die Familienplanung in die Gesundheitsvorsorge, in Frauenprogramme, in die Ausbildung.

„Integrierte Entwicklung" hieß, die Armut zu bekämpfen — und die Bevölkerung. Die eklatanten Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Einkommen, Boden und Macht wurden diskret umgangen in dem Glauben, die Regierungen der Dritten Welt könnten den Armen mit Hilfe internationaler Geldgeber solche Güter wie Gesundheit und Familienplanung anbieten, ohne die gesellschaftliche Ordnung grundlegend zu ändern. Die Kritik von Bukarest wurde somit in einer Weise interpretiert, die von echten Sozialreformen weit entfernt war. Deshalb waren auch viele der folgenden „integrierten" Programme zum Scheitern verurteilt. Lokale Eliten sicherten sich wieder einmal die Kontrolle über die zur Verfügung gestellten Mittel. Die Neue Internationale Wirtschaftsordnung wurde nie verwirklicht, die Länder der Dritten Welt verschuldeten sich immer tiefer und der Westen trat in eine neue Phase wirtschaftlicher Rezession ein.

Dennoch: Den Zusammenhang von Bevölkerung und Entwicklung überhaupt anzuerkennen, war ein großer Schritt vorwärts. Wenn jedoch die siebziger Jahre eine Dekade des Suchens waren, sind die achtziger bislang eine Zeit des Rückschritts gewesen. In den mächtigsten Entwicklungsinstitutionen des Westens wurde die Grundbedürfnisstrategie von einer konservativen Wirtschaftsstrategie verdrängt, und trotz der Attacke der Rechten auf Familienplanung wird Bevölkerungskontrolle wieder härter betrieben.

Mexico City: ... der Schritt zurück

Dr. Joep van Arendonk, Direktor der Programmabteilung in der UNFPA-Zentrale in New York, diskutierte die bevorstehende Konferenz. Er erklärte: „Der Wert dieser Konferenzen liegt in der Möglichkeit, viele Meinungsmacher zu erreichen. In Bukarest hatte man sich das Ausmaß des Bevölkerungswachstums noch nicht genügend bewußt gemacht. Nun ist dieses Bewußtsein da, aber was soll unternommen werden? In Mexiko werden die Planziele bezüglich der Bevölkerungsentwicklung erneut ein heiß umstrittener Punkt werden, zusammen mit der Frage nach den Verhütungsmitteln, dem Pro und Kontra operativer Verhütung und der Umverteilung der Bevölkerung." „Und wie stehts mit der Umverteilung des Reichtums?" frage ich ihn. „Das", antwortet er „ist nicht unsere Aufgabe".

Der Rahmen der Diskussion in Mexico City war sorgfältig abgesteckt worden und blieb in den engen Grenzen des neuen „Konsens" über Bevölkerungskontrolle. Die Botschaft von Bukarest, daß nämlich eine gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Schlüssel zur Abschaffung der Armut und somit des raschen Bevölkerungswachstums ist, diese Botschaft war gegessen, verdaut und in sehr viel harmloserer Form wieder ausgeschieden worden. „Anscheinend sind die Argumente zusammengeflossen und zu zwei Seiten einer Medaille geworden", schreibt Jyoti Shankar Singh von der UNFPA. „Rasches Bevölkerungswachstum wird mittlerweile gleichzeitig als Ursache und als Folge von Armut gesehen." Entwicklung kann dazu beitragen, die Geburtenraten zu senken, heißt es, aber Bevölkerungskontrolle ist ge-

nauso notwendig, um Entwicklung stattfinden zu lassen. Singh weiter: „Alle Regierungen der Welt sagen mittlerweile, daß sie nicht zögern würden, in Aktion zu treten, falls sie sich über das Wachstum ihrer Bevölkerung Sorgen machen würden."

Nach ihrem mißlungenen Auftritt in Bukarest hatten die WortführerInnen des Bevölkerungs-Establishments ihre Hausaufgaben gut gemacht. Eine Flut von Publikationen und ExpertInnen-Anhörungen verkündeten schon vor der Konferenz den neuen Konsens und ebneten den Weg für einen reibungslosen Ablauf. Den einzigen schärferen Mißklang erzeugte die offizielle Regierungserklärung der Vereinigten Staaten.

Diese Erklärung forderte nicht nur traditionelles malthusianisches Denken über das Bevölkerungswachstum heraus, sondern lancierte gleichzeitig einen massiven Angriff auf die Abtreibungsrechte.

Seit 1974 hatte der Kongreß untersagt, Gelder der amerikanischen Regierung direkt für Abtreibungen im Ausland zu verwenden. Trotzdem konnten die privaten Familienplanungsorganisationen noch immer amerikanische Mittel erhalten, solange sie getrennte Kassen für ihre Abtreibungsarbeit führten, in die keine US-Gelder fließen durften. In der Regierungserklärung von Mexico City gingen die USA jedoch einen entscheidenden Schritt weiter, indem sie all jenen Organisationen die Mittel verweigerte, die Abtreibung als Mittel der Familienplanung durchführten oder förderten (durch Beratung z.B.). Es wurde ebenfalls zur Bedingung gemacht, daß in den Ländern, in denen Abtreibung gesetzlich erlaubt ist, die Regierungen getrennte Kassen einrichten müssen, um weiterhin amerikanische finanzielle Unterstützung für Bevölkerungskontrolle zu erhalten. Der UNFPA wurde mit einer Zahlungsverweigerung gedroht, falls sie Abtreibung oder Zwangsprogramme zur Familienplanung in nur einem der Mitgliedsstaaten unterstützte.

Ironischerweise diente die Regierungserklärung dazu, die Position des Bevölkerungsetablishments zu legitimieren, da dieses sich nun in der Rolle der Verteidiger der reproduktiven Rechte wiederfand.

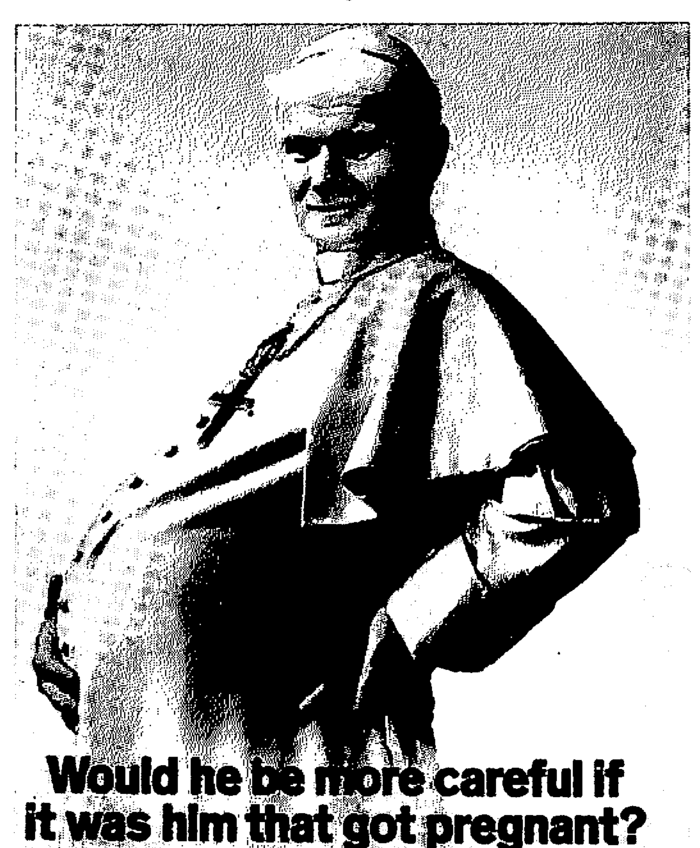
Außerhalb der Konferenzsäle wurden das Recht auf selbstbestimmte Reproduktion allerdings viel breiter interpretiert, als nämlich Hunderte von Frauen, Männern und Kindern, die meisten aus Mexico Citys berüchtigten Slums, auf den Straßen demonstrierten. Sie verknüpften ihre Forderung nach grundlegenden reproduktiven Rechten, inclusive der Legalisierung der Abtreibung und dem Stop aller Zwangssterilierungen, mit der Forderung nach grundlegenden wirtschaftlichen Rechten. Warum sind Mexikos ärmste BürgerInnen gezwungen, für die Verschuldung des Landes zu zahlen, indem sie durch die vom IWF auferlegten Sparmaßnahmen am härtesten getroffen werden, fragten sich die Delegierten, die zur Konferenz gingen?

Niemand antwortete.

Während die Botschaft von Bukarest in Mexico City verloren ging, kann sie noch in der Philosophie vieler heutiger Familienplanungsprogramme gefunden werden.

Die neuen Ansätze in der Familienplanung

Die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 führte also zu einer Neueinschätzung der bisherigen Ansicht, Familienplanung könne alleine, ohne elementare soziale und wirtschaftliche Verbesserungen für die Menschen, die Geburtenrate senken. Man begann nunmehr, den sogenannten „integrierten" Ansatz zu favorisieren, in dem Familienplanungsdienste mit anderen Entwicklungsprojekten kombiniert werden sollten, wie z.B. mit Frauenprojekten,



Wäre er vorsichtiger, wenn er schwanger werden könnte? Die Rhythmusmethode ist nicht unfehlbar, aber wer dann?

Projekten der Gesundheitsvorsorge und anderen Selbsthilfeprojekten.

Obwohl theoretisch ein solcher Ansatz nur zu empfehlen ist, ist er in der Praxis oft fragwürdig:

> „Der ursprüngliche Enthusiasmus und das Engagement der Geberorganisationen wurde durch die Anschuldigungen und Behauptungen, die auf der Bevölkerungskonferenz in Bukarest zutage kamen, ernsthaft geschädigt. In mancher Hinsicht haben sie sich nie wieder davon erholt. Hinfort wurden Bevölkerungsfragen in einer veränderten Form präsentiert, die Deckung bot, so zum Beispiel innerhalb von Gesundheits- oder anderen Maßnahmen und innerhalb des Kontextes der Entwicklungshilfe."
>
> (Weltbank-Erklärung)

Erstens dienen viele Entwicklungshilfeprojekte lediglich der Verschleierung purer bevölkerungspolitischer Maßnahmen.

Zweitens gehen diese Projekte oft an der Realität vorbei, weil sie bei der Vorstellung davon, was Entwicklung ist, die Ungleichverteilung von Macht und Reichtum ignorieren — auch wenn sie ernsthaft versuchen, Entwicklung und Familienplanung zu integrieren.

Dennoch ist es gerade dieser integrierte Ansatz, der Reformen möglich macht und einen Bruch zwischen den liberalen FamilienplanerInnen und den Hardlinern der Bevölkerungskontrolle herbeiführen könnte.

Die Entdeckung der Frauen

Seit ihren Anfängen richteten die BevölkerungskontrolleurInnen ihr Hauptaugenmerk auf die Frauen. Es ist ihr fruchtbarer Bauch, der unfruchtbar gemacht werden muß, um das Bevölkerungswachstum zu reduzieren. Dies ist heute noch so, obwohl mittlerweile auch andere Aspekte des Lebens von Frauen in den Blickpunkt geraten. In den letzten Jahren wurde die soziale und wirtschaftliche Notlage der Frauen in der Dritten Welt von der internationalen Entwicklungshilfe- und Bevölkerungsszene „entdeckt". Heutzutage würden wohl nur wenige Mitglieder der UNFPA ihrem damaligen Direktor Rafael Salas widersprechen, der die „Wichtigkeit" betonte, „den Status der Frauen zu verbessern, und zwar um ihrer selbst willen und zur Erreichung bevölkerungspolitischer Ziele."

Während die Organisationen der Entwicklunghilfe im großen und ganzen das

Konzept, „Frauen in die Entwicklung miteinzubeziehen", angenommen hatten, trieb das Bevölkerungsestablishment diesen Prozeß noch weiter. Es instrumentalisierte die Entwicklungshilfeprojekte und nutzte sie als zusätzliche Möglichkeit, Familienplanung an die Frau zu bringen.

Anfangs — und in manchen Fällen ist es heute noch so — versuchte man, hauswirtschaftliche Projekte hierfür auszunutzen. Im Falle des Frauenentwicklungsprojektes von IPPF in Guayanaquil, Equador, kombiniert man z.B. „Koch- und Nähkurse für Frauen und Tanzkurse für ihre Kinder mit Familienplanung und Gesundheitsberatung."

Betrachtet man jedoch den allgemeinen Trend, so liegt die Betonung heute auf einkommensschaffenden Maßnahmen. Diese Projekte folgen der grundsätzlichen Überlegung, daß — wenn Frauen die Gelegenheit haben, Geld zu verdienen (oftmals in einer Frauenkooperative oder einem Verein) — sie mehr Entscheidungsbefugnisse innerhalb der Familie erhalten, weniger von ihren Kindern abhängig sind und sich leichter mit anderen Frauen treffen können, um sich über Familienplanung zu informieren. Solche Projekte würden dann nicht nur zum Absinken der Fruchtbarkeit beitragen, sondern den Frauen auch zu mehr Macht innerhalb der Gemeinschaft verhelfen.

In der Praxis wird letzteres aber oft hintangestellt. In einigen Projekten kommen die wirtschaftlichen Vorteile der einkommensschaffenden Maßnahmen auch nicht den Frauen direkt zugute, sondern werden stattdessen zum Einkauf von Verhütungsmitteln benutzt. In anderen Fällen wiederum erhalten Frauen ihre Vergütung nur, wenn sie gleichzeitig mit Verhütung einverstanden sind. In Indonesien z.B. finanziert die UNFPA Frauengruppen, die sich mit Bienenhaltung, Gemüseanbau und Handwerk selbständig gemacht haben nur dann, wenn sie sich bereit erklären, nicht mehr als zwei Kinder zu bekommen.

In der Bevölkerungslobby selbst gibt es bis heute nur wenige Frauen, die diese Entwicklung kritisieren und für andere Ansätze in den Frauenprojekten eintreten. Eine Wissenschaftlerin der UNFPA, Malika Vajathon, die sich selbst als eine der wenigen Feministinnen dort bezeichnet, ist der Meinung, einkommensschaffende Maßnahmen sollten sich auf Berufe und Tätigkeiten konzentrieren, die traditionell in den Händen der Frauen liegen und die gleichzeitig für die Wirtschaft des Landes wichtig sind. Die Organisierung der Kaffeepflückerinnen in Lateinamerika z.B. könnte sowohl deren Einkommen als auch deren sozialen Einfluß erhöhen.

Vajathon glaubt ebenfalls, daß eine Neudefinition der Rolle der Frau für die Familienplanung den Mythos sprengen könnte, die Frauen allein seien für die Reproduktion verantwortlich. „Bis heute versinnbildlicht ein dicker Frauenbauch das Bevölkerungswachstum," sagt sie. „Aber was ist mit den Männern?"

Judith Bruce, Mitglied des Population Council, verweist auf die positiven Entwicklungen in der Forschung über die Rolle der Frauen. „Bisher war die Forschung entweder blind oder negativ gegenüber dem Geschlechterproblem eingestellt," erklärt sie. Nun liegt eine besondere Betonung auf der Unterscheidung zwischen den Anteilen der Frauen und der Männer an den Ressourcen eines Haushaltes. Bruce verweist auf die SEEDS (Samen)-Serie, die vom Population Council finanziert wird. Die SEEDS-Broschüren beschreiben Projekte einkommensschaffender Maßnahmen, die direkt darauf zielen, die wirtschaftliche Macht von Frauen zu erhöhen.

Eines dieser Projekte ist das Hannover Street Projekt des Women's Bureau in Jamaika, das Frauen im Schweißen und Schreinern ausbildet, Tätigkeiten, die bislang ausschließlich von Männern ausgeübt wurden. Auch das Working Women's Forum in Madras, Indien, gehört dazu. Das Forum gewährt arbeitenden Frauen in den Slums Kredite, mit deren Hilfe sie ihre Tätigkeiten ausweiten können, und bietet außerdem soziale Unterstützung an, wie Kinderbetreuung und Familienplanung.



Frauen in traditionellen Männerberufen

Frauen des Pathfinder Fund in Boston finanzieren auch innovative Frauenprojekte, stoßen aber auf viele Hindernisse. Bonnie Shepard, zuständig für Frauenfragen und Familienplanung, bedauert, daß sie und ihre KollegInnen die Sprache der BevölkerungskontrolleurInnen benutzen müssen, um ihre Frauenprojekte akzeptiert zu bekommen. „AID beurteilt Frauenprojekte nur positiv, wenn eine hohe Akzeptanz für Familienplanung zu erwarten ist," erklärt sie. „Wir hingegen versuchen, uns auf Ausbildung, Beratung und Bewußtseinsbildung zu konzentrieren. Unsere Projekte müssen nicht notwendigerweise eine Familienplanungs-Komponente beinhalten."

Obwohl dies hoffnungsvolle Zeichen sind, bleibt die Tatsache bestehen, daß kritische Frauen immer noch eine einflußreiche Minderheit in der Bevölkerungsszene sind. Deshalb ist es in der Praxis schwierig, den grundlegenden Konflikt zwischen den Zielen der Bevölkerungspolitik und der Durchsetzung von Rechten für die Frauen zu lösen.

Die Integration von Familienplanung in die Gesundheitsdienste

Der Zusammenhang von Gesundheitsvorsorge und Familienplanung liegt nahe: Ver-

besserte Gesundheit kann zur Senkung der Kindersterblichkeit führen, wodurch der Bedarf an vielen Kindern geringer wird. Genauso wie die zeitliche Staffelung der Geburten (birth spacing) mithilfe von Familienplanung die Gesundheit von Mutter und Kind verbessern kann. Theoretisch können medizinische Versorgung und Familienplanung Teil ein und desselben Angebots sein. Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, daß die neue Schule der Familienplaner eine enge Verbindung zwischen beiden Bereichen gefordert hat.

Aber nicht alle stimmen dem zu. Diejenigen, deren Hauptanliegen die Bevölkerungskontrolle ist, fürchten, daß eine Vermischung von Gesundheitsvorsorge und Familienplanung die Effektivität der letzteren verringern wird. So macht sich ein AID-Angestellter Sorgen, die Gesundheitsprogramme könnten das Bevölkerungsproblem „verschlimmern", indem sie die Sterberaten senken.

Auf der anderen Seite sind dann diejenigen, die befürchten, die Integration beider Dienstleistungen würde zu einer Dominanz der Familienplanung über die Basisgesundheitsdienste führen. So geschehen in Indien, wo nach Auskunft von dem Gesundheitsexperten Dr. Debabar Banerji die Aktivitäten zur Familienplanung „auf Kosten der Gesundheitsdienste anwachsen, weil das medizinische Personal gezwungen wurde, die Zielvorgaben für Familienplanung einzuhalten."

In El Salvador wurde Frauen die Behandlung in staatlichen Kliniken solange verweigert, bis sie bereit waren, Verhütungsmittel anzuwenden. Konfrontiert mit einem Mangel an lebenswichtigen Medikamenten klagt der Leiter eines Krankenhauses in der Dominikanischen Republik: „Das einzige, was hier nicht fehlt, sind Kontrazeptiva... Ich berichtete in vielen Briefen über den Mangel an Medikamenten, aber das einzige, das sie uns immer wieder schikken, sind Pillen, Kodome und andere Verhütungsmittel." In vielen Systemen wird dieses Ungleichgewicht dadurch verstärkt, daß Verhütungsmittel kostenlos oder massiv subventioniert sind, während notwendige Medikamente teuer gekauft werden müssen.

In einigen Ländern mußten die staatlichen Gesundheitsbehörden um ihr Recht kämpfen, Familienplanung als Gesundheitsdienst in ihrem Ressort zu behalten. Ein lateinamerikanischer Beamter beschwerte sich zum Beispiel über die Art, wie westliche Bevölkerungsorganisationen Druck auf seine Regierung ausübten, um unabhängige Bevölkerungsprogramme zu installieren.


„Aber was ist mit den Männern?"

Letztlich ist aber der wirkliche Punkt, um den es eigentlich gehen muß, nicht die Integration von Familienplanung und Gesundheitsvorsorge an sich, sondern der größere soziale Kontext, in dem diese Programme durchgeführt werden. In Ländern, in denen die Regierung nur wenig unternimmt, um die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu befriedigen, wird die Bevölkerungskontrolle die Gesundheitsvorsorge verdrängen, wenn beide in einem System integriert werden. Auf der anderen Seite kann in Ländern, in denen ein starkes Engagement zur Verbesserung der Lebensbedingungen herrscht, Familienplanung erfolgreich mit einer effizienten öffentlichen Gesundheitsversorgung kombiniert werden. Leider scheint letzteres aber eine Ausnahme zu sein.

Halfdan Mahler, Generaldirektor der WHO, kommt zu einer ähnlichen Schlußfolgerung:

In praktisch allen Ländern bedeutet grundlegende Gesundheitsversorgung eine soziale Revolution ... Ich glaube, daß unabhängig von den Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, Sie Gesundheit für alle erreichen können, wenn Sie sie nur im Sinne einer sozialen Gleichheit einsetzten."

Wo es keine Gleichheit gibt, ist es oftmals extrem schwierig, elementare Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten. Die ökonomischen und politischen Wurzeln von Krankheit können normalerweise auf einen Mangel an Produktionsmitteln wie zum Beispiel Land, bei den Armen zurückgeführt werden. Genauso, wie die fehlende Kontrolle der Frauen über ihre Reproduktion auf ihre Machtlosigkeit zurückgeführt werden kann.

So betrachtet ist integrierte Gesundheitsversorgung sehr viel mehr als ein formales Modell in dem Gesundheit und Familienplanung miteinander kombiniert werden. Solange dabei die Wirklichkeit von Armut und politischer Ohnmacht ignoriert wird, kann das Bedürfnis der Gesellschaft nach allgemeiner Gesundheitsvorsorge, sowie sicherer und selbstbestimmter Empfängnisverhütung nicht erfüllt werden.

Betsy Hartmann

(Übersetzte und stark gekürzte Fassung von „Population Control Comes of Age", in: Betsy Hartmann, Reproductive Rights and Wrongs, — The Global Politics of Population Control and Contraceptive Choice, Harper & Row, Publisher, New York 1987)

Die Strukturanpassungskredite der Weltbank

Kritische Zwischenbilanz

Seit ihrer Einführung im Jahr 1980 haben die Strukturanpassungskredite der Weltbank eine zunehmende Bedeutung sowohl im Hinblick auf die Geschäftspolitik dieser Institution als auch für das globale System der Entwicklungsfinanzierung erfahren.[1] Die rasche Ausweitung der Anpassungsmaßnahmen auf inzwischen ein Viertel der jährlichen Neuzusagen und ein Zehntel der insgesamt ausstehenden Weltbankkredite war von zunehmender Kritik – intern und von außen – begleitet. Um diese zu entkräften und die Weichen für die Weiterentwicklung des Anpassungsinstrumentariums zu stellen, hat die Weltbank ihrem Exekutivdirektorium vor kurzem einen vertraulichen Evaluierungsbericht vorgelegt („Report on Adjustment Lending", R88-199, 8.8.1988). In dem 140-seitigen Dokument werden die fast zehnjährigen Erfahrungen der Weltbank auf dem Gebiet der Anpassungsfinanzierung in allen Einzelheiten systematisch ausgewertet und Empfehlungen für die Zukunft formuliert. Das überaus reichhaltige Material erlaubt eine intensive Auseinandersetzung mit der Strukturanpassungspolitik, wie sie auf Grundlage der bisher zugänglichen Unterlagen nicht möglich war.

Die zentralen Aussagen

In einer offenen und selbstkritischen Herangehensweise überprüft die Weltbank die bisher erzielten Ergebnisse in den Anpassungsländern, die methodischen Grundlagen ihrer Politik sowie die Wirksamkeit ihrer Instrumente und Verfahren. Fehleinschätzungen, z.B. bezüglich des erforderlichen Zeithorizonts für tiefgreifende Anpassungsschritte, werden freimütig eingestanden ebenso wie Schwächen der bisherigen Politik, z.B. bei den sozialen Folgekosten und der Überwachung der Auflagen.

Die wesentlichen Aussagen der Studie lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Anpassungskredite der Weltbank sind auf lange Sicht zentraler und unverzichtbarer Bestandteil ihrer Geschäftstätigkeit. Der Anteil der Anpassungskredite am gesamten Zusagevolumen soll nicht entscheidend über das heutige Niveau hinaus ausgeweitet werden.
- Die Weltbank ist sich der hohen innenpolitischen und weltwirtschaftlichen Risiken für die langfristige Konsolidierung der Anpassungserfolge bewußt und bemüht sich um eine wirksame Flankierung ihrer Kredite. Insbesondere muß die Identifikation der jeweiligen Regierung mit „ihrem" Programm erheblich verbessert werden.
- Die Komplexität der Auflagen soll reduziert und die Überwachung ihrer Einhaltung verschärft werden. Zusätzlich will die Weltbank die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien in allen Anpassungsländern verbindlich festlegen und in einem kontinuierlichen Prozeß mit den Regierungen weiterentwickeln.
- Gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die Weltbank noch offensiver ihren Führungsanspruch bei der mittel- und langfristigen Anpassungsfinanzierung in der Dritten Welt vertreten.

Am 6. September 1988 diskutierte das Exekutivdirektorium fast einen ganzen Tag lang die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie. Auch wenn kein formaler Beschluß herbeigeführt wurde, stießen die dort formulierten Positionen auf breite Zustimmung. Die Strukturanpassungspolitik der Weltbank wird sich also in nächster Zeit an diesen Vorgaben orientieren. In Zukunft soll auf Wunsch des Exekutivdirektoriums jährlich ein Fortschrittsbericht über die Anpassungskredite erstellt werden, der die Grundlage für einen kontinuierlichen Diskussions- und Steuerungsprozeß durch das höchste Beschlußgremium bieten wird.

Quantitative Entwicklung der Anpassungskredite

Im Geschäftsjahr 1987/88 stellte die Weltbank (IBRD = International Bank for Reconstruction and Development) 26 % ihrer Neuzusagen (zu Marktbedingungen) im Rahmen von gesamtwirtschaftlichen bzw. sektoralen Anpassungsdarlehen zur Verfügung (3,9 von 14,8 Mrd. US$). Bei den mit weichen Konditionen versehenen Krediten der Weltbanktochter IDA (International Development Association) entfiel im gleichen Jahr ein deutlich niedrigerer Anteil der Zusagen, nämlich eine von 4,5 Mrd. US$ auf die Strukturanpassung. Der Anteil der Anpassungskredite war bei den einkommensschwachen Staaten Subsahara-Afrikas mit 33,8 % der Gesamtsumme (IBRD und IDA) und bei den hochverschuldeten Ländern mit mittlerem Einkommen (hauptsächlich in Lateinamerika) mit 37,3 % in diesem Zeitraum überdurchschnittlich hoch.

Bis einschließlich dem Geschäftsjahr 1987/88 haben 55 Länder (darunter China und Ungarn) ein oder mehrere Anpassungsdarlehen von zusammen 19,9 Mrd. US$ erhalten. Das Schwergewicht hat sich dabei, weniger der Anzahl als dem Volumen nach zunehmend von den gesamtwirtschaftlichen auf die sektoralen Kredite verlagert. Die Weltbank hat die Erfahrung machen müssen, daß sie bei gesamtwirtschaftlichen Programmen schnell an die Grenzen ihrer personellen Kapazitäten stößt. Außerdem hat sich erwiesen, daß „die weniger umfassenden Sektorkredite... politisch akzeptabler und besser umsetzbar angesichts der begrenzten Durchführungskapazitäten in vielen Ländern" sind (Report, S. 2).[2] Gerade bei den von der Weltbank mit Nachdruck verfolgten institutionellen Reformen empfiehlt sich die Konzentration auf volkswirtschaftliche Schlüsselbereiche, z.B. Außenhandel, öffentliche Haushalte und Staatsunternehmen, Landwirtschaft und Energie. Für kleinere, ärmere Volkswirtschaften (vor allem in Afrika) aber wird der gesamtwirtschaftliche Ansatz relevant bleiben.

Die Weltbank sieht die Gefahr, die mit einer überhöhten Ausweitung der Anpassungsfinanzierung im Hinblick auf ihre Refinanzierungsmöglichkeiten auf den internationalen Kapitalmärkten verbunden sind. Dort gelten die Zahlungsbilanzkredite an die illiquiden Schuldnerländer als schwer einbringbar und beeinträchtigen die Bonität der Weltbank. Die Studie empfiehlt deshalb eine anteilsmäßige Begrenzung auf das momentane Niveau von 25 %. Bei der für die nächsten Jahre vorgesehenen Erhöhung des jährlichen Zusagevolu-

mens auf über 20 Mrd. US$ bedeutet dies immerhin eine Aufstockung um über eine Milliarde Dollar. Bei der IDA soll der Anteil dagegen auf 40% angehoben werden, was für das Geschäftsjahr 1987/88 einen zusätzlichen Finanzierungsspielraum von etwa 0,8 Mrd. US$ eröffnet hätte.

Die Anzahl der Anpassungskredite und deren jeweiliger Anteil an den Gesamtzusagen der Weltbank für ein einzelnes Land soll nicht begrenzt werden. Allerdings wird empfohlen, daß die Weltbank nach vier Anpassungskrediten bzw. vier Jahre nach dem ersten Darlehen dieser Art die bisher erzielten Ergebnisse sorgfältig auswertet.

Die Schlüsselsektoren

Die sektoralen Anpassungskredite der Weltbank konzentrieren sich auf folgende sechs Schlüsselbereiche:

- Außenhandel,
- Fiskalpolitik und öffentliche Haushalte,
- Management des öffentlichen Sektors,
- Finanzwesen,
- Landwirtschaft,
- Industrie.

Generelles Ziel ist die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz und die Ausweitung des Exports. Dazu werden umfassende Preiskorrekturen verlangt (z.B. Abwertung der Währung, Anhebung der landwirtschaftlichen Produzentenpreise, Aufhebung von Preiskontrollen). Der Umfang der öffentlichen Ausgaben soll reduziert, dabei aber ihre Zusammensetzung sowohl im konsumtiven als auch im investiven Bereich verändert werden. Der gesamte Sektor staatlicher und halbstaatlicher Institutionen soll durchforstet und zusammengestutzt werden. Neue Zentralinstanzen zur wirksamen Steuerung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sichern der Weltbank den langfristigen Zugriff auf den administrativen Kernbereich. Möglichst viele der staatlichen Unternehmen sollen privatisiert werden.

Das vorrangige Interesse der Weltbank an einer Vertiefung der Weltmarktabhängigkeit kommt darin zum Ausdruck, daß die Reform des Außenhandels Bestandteil von 80% der Anpassungsprogramme ist (z.B. Abbau von quantitativen Importbeschränkungen und Zöllen). Der Export soll durch ein wirksames Paket von Maßnahmen angekurbelt werden (z.B. durch besondere Vergünstigungen beim Import von Vorprodukten, durch spezielle Kredite und Subventionen und durch staatliche Bürgschaften).

Bei der in vielen Programmen angestrebten Steuerreform befürwortet die Weltbank die Einführung der Mehrwertsteuer, durch die niedrige Einkommensgruppen überproportional belastet werden.

In Subsahara-Afrika liegt der Schwerpunkt bei Agrarreformen und Veränderungen der staatlichen Institutionen. Dagegen setzen die Programme für die Länder mit mittlerem Einkommensniveau bei der Außenhandelspolitik und dem Finanzsektor an.

Erfolgskontrolle

Die Tabelle zeigt auf, inwieweit die Weltbank bei der Durchsetzung ihrer Konditionalität erfolgreich war. Die besten Ergebnisse wurden im Außenhandel (z.B. Abwertung) und bei Preiskorrekturen (z.B. im Energiesektor) erzielt. Institutionelle Reformen und Veränderungen bei Nichtpreisparametern erfordern dagegen längere Umsetzungsfristen. Als Bestätigung für die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen ist in der Tabelle zu werten, daß die Erfüllung der Auflagen nach Programmabschluß weiter ansteigt.

gehen verringert die Angriffsfläche einer Regierung gegenüber dem Vorwurf, sie habe Druck von außen nachgegeben" (Report, S. 8). Die Transparenz und demokratische Kontrolle der Vereinbarungen mit der Weltbank wird dadurch noch mehr gemindert.

Da auch die sektoralen Kredite nur dann zum Erfolg führen können, wenn der gesamtwirtschaftliche Rahmen stimmt, schlägt die Studie jährliche Konsultationen mit allen Anpassungsländern vor – ähnlich wie das heute schon beim IWF im Rahmen der Artikel IV-Verhandlungen der Fall ist. Auch ohne direkten Bezug zu Kreditvereinbarungen soll so die gesamtwirtschaftliche Überwachung der Weltbank intensiviert und kontinuierlich auf verbindlicher Grundlage fortgeschrieben werden.

Erfüllung der Auflagen in den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank
(Prozentsatz der Auflagen)

	Während der Laufzeit des Kredits		Momentane Situation	
	Auflagen voll erfüllt (1)	(1) plus erheblicher Fortschritt (2)	Auflagen voll erfüllt (3)	plus erheblicher Fortschritt (4)
Wechselkurs	70,0	90,0	62,5	87,5
Außenhandel	54,9	84,2	63,4	89,3
Fiskalpolitik	53,2	78,3	69,8	95,3
Öffentliche Haushalte/ öffentliche Ausgaben	68,0	71,7	71,7	84,8
Reform der staatlichen Unternehmen	61,3	86,7	70,0	90,0
Finanzsektor	71,4	85,7	73,5	89,8
Industrie	53,3	93,3	42,9	85,7
Energie	79,2	83,3	83,3	88,9
Landwirtschaft	57,1	81,6	58,1	83,7
Alle Auflagen	68,3	83,7	67,5	89,0.
Gesamtwirtschaftliche Kredite	68,3	84,1	73,5	92,4
Sektorale Kredite	50,9	83,2	60,0	84,9
Subsahara Afrika	52,4	84,6	62,2	86,7
Hochverschuldete Länder	66,9	88,6	73,2	91,4
Andere Länder	52,8	79,7	56,0	84,0

Diese Analyse schließt 51 Strukturanpassungskredite in 15 Ländern ein.
Quelle: Weltbank, Report on Adjustment Lending, Tabelle 3, S. 8

In der Vergangenheit hat sich häufig gezeigt, daß die Anpassungsländer von der Vielfalt und Komplexität der Weltbankauflagen überfordert wurden. In 75% der Fälle mußte die Auszahlung der zweiten Rate verzögert werden, erfolgte dann aber schließlich doch trotz zweifelhafter Einhaltungsresultate. Die Studie empfiehlt deshalb, in Zukunft nicht mehr als vier bis sechs Auflagen mit jeder Auszahlungsrate zu verknüpfen. Dabei soll auf eine präzise Festlegung der institutionellen Verantwortlichkeiten im Empfängerland geachtet werden. Die Konditionen sollen sich aber nicht wie bei IWF-Programmen auf gesamtwirtschaftliche Indikatoren beziehen, deren Werte häufig von externen Faktoren beeinflußt werden. Statt dessen will die Weltbank konkrete Veränderungen in der Wirtschaftspolitik und institutionelle Reformschritte festlegen.

Grundsätzlich sollen alle Kredite in Raten ausgezahlt werden, um den jeweiligen Programmfortschritt zu überprüfen. So oft wie möglich sollen die Regierungen veranlaßt werden, die Auflagen schon vor der ersten Auszahlung zu erfüllen. „Dieses Vor-

Konfliktverhältnis zum IWF

Seit Einführung der Strukturanpassungskredite der Weltbank ist eine zunehmende Annäherung der Tätigkeitsfelder von IWF und Weltbank zu verzeichnen. Während die Weltbank mit diesem Ansatz in eine traditionelle Domäne des IWF eindringt, sieht sich jener mehr und mehr zu einer langfristigen entwicklungspolitischen Ausrichtung seiner Sanierungsprogramme für die ärmeren Länder gezwungen, da die kurzfristig angelegten Politiken nicht greifen (vgl. z.B. die kürzlich eingerichtete erweiterte Strukturanpassungsfazilität).

Diese Tendenz führt schon aufgrund der institutionellen Eigeninteressen zu einer Konkurrenz um die globale Führungsrolle bei der Festlegung gesamtwirtschaftlicher Strategien für die Ökonomien der Dritte-Welt-Länder. Verschärft wird dieser Konflikt noch durch die unterschiedlichen Zu-

griffsmöglichkeiten der US-Administration auf IWF und Weltbank.

Während die Führungsfunktion im IWF traditionell mit einem Westeuropäer besetzt wird (in den letzten Jahren waren es Franzosen mit deutlicher Distanz zu den Wünschen der US-Regierung), wird der Präsident der Weltbank von den USA gestellt. Der jetzige Chef, Barber Conable, stammt aus den Reihen der republikanischen Partei und macht aus seiner großen Nähe zu den politischen Machtzentren der USA keinen Hehl.

Es mehren sich inzwischen die Anzeichen dafür, daß die USA die Hegemonie der Weltbank im globalen Krisenmanagement durchsetzen wollen. Im Herbst 1988 z.B. preschte die Weltbank auf Druck der USA mit einem großen Anpassungskredit an Argentinien zu einem Zeitpunkt vor, als die Verhandlungen dieses Landes mit dem IWF festgefahren waren. Gegenwärtig zeigt die US-Regierung deutliches Desinteresse an der satzungsgemäß fälligen Aufstokkung der IWF-Quoten. Im Gegensatz dazu tritt die Bundesregierung für eine massive Erhöhung der verfügbaren Mittel ein, um die Position des IWF gegenüber der Weltbank und anderen Finanzierungsinstitutionen zu stärken.

In dem vertraulichen Bericht werden die Konfliktlinien im Verhältnis zum IWF deutlich benannt. Die Weltbank erhebt den Anspruch, ebenso die der IWF für das ganze Spektrum gesamtwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen zuständig zu sein. Während der Fonds traditionell die kurzfristige Stabilisierung durch Dämpfung der Nachfrage angestrebt hat, bemüht sich die Weltbank – ihrem Mandat entsprechend – um eine mittel- bis langfristig angelegte Förderung der Wachstums- und Entwicklungschancen durch wirtschaftspolitische und institutionelle Reformen.

In einer nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Klarheit wirft die Weltbank ihrem Bretton-Woods-Zwilling vor, dieser habe globale Reduzierungen der öffentlichen Defizite zur Nachfragedämpfung verlangt, ohne die Zusammensetzung der Ausgabenkürzungen und die Wachstumseffekte zu beachten. Eine angebotsorientierte Fiskalreform müsse dagegen viel langfristiger angelegt sein.

Eine Intensivierung der Absprachen mit dem IWF ist auch deshalb erforderlich, weil viele, jedoch nicht alle der Weltbankanpassungskunden auch aus jener Quelle Gelder erhalten, und die Maßnahmen der beiden Institutionen – besonders im Außenhandel – widersprüchlich sind. Die Studie wirft dem IWF vor, daß er nicht mehr auf Abwertung, Importliberalisierung und Exportförderung beharre, weil er Gefahren für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht durch Anschwellen der Importe ohne entsprechendes Exportwachstum befürchte. Den Abbau von Zöllen und Exportsteuern bzw. die Einführung von Exportsubventionen habe der IWF in bestimmten Fällen wegen ihrer negativen Auswirkungen auf den Staatshaushalt abgelehnt. Die Weltbank profiliert sich inzwischen als die härtere Verfechterin eines „freien" Welthandels gegenüber dem bisher wegen dieser Ausrichtung so heftig gescholtenen Weltwährungsfonds.

Einen ersten Ansatzpunkt zur wirkungsvolleren Koordination sieht die Studie in den gesamtwirtschaftlichen Programmen (PFP = Policy Framework Paper), die Grundlage einer Kreditvergabe im Rahmen der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) des IWF sind. Allerdings muß für die Weltbank gewährleistet sein, daß sowohl sie als auch das Anpassungsland frühzeitig an der Formulierung beteiligt werden. Der für das Programm relevante Zeitraum soll über die bisher üblichen drei Jahre hinaus erweitert werden.

Auch der aktuelle (negative) Nettofinanzierungsbeitrag des IWF wird in der Studie kritisch herausgestellt. Für die Gesamtgruppe der Weltbank-Anpassungsländer war der IWF 1986 und 1987 Nettoempfänger (Auszahlungen minus Rückflüsse) in Höhe von 1,4 bzw. 3,3 Mrd. US$.

Schutz der Armen im Anpassungsprozeß?

Wohl in keinem anderen Punkt ist die Anpassung der Weltbank an die internationale Kritik so deutlich ausgefallen wie bei den sozialen Auswirkungen der Anpassungsprogramme. Durch die mangelnde Beachtung der sozialen Faktoren war das entwicklungsfreundliche Image ernsthaft in Gefahr geraten.

Im Gegensatz zu früheren Berichten enthält dieser nun umfangreiche statistische Angaben zu wichtigen Sozialindikatoren (z.B. durchschnittlicher Kalorienverbrauch, Kindersterblichkeit, Lebenserwartung). Alle Vorlagen für Anpassungskredite müssen inzwischen eine Einschätzung der zu erwartenden Belastungen für die „neuen" Armen (z.B. durch Entlassungen im öffentlichen Sektor) und die dauerhaft Armen enthalten. Für Bevölkerungsgruppen, die vom Anpassungsprogramm negativ berührt werden, sollen kompensatorische Sozialmaßnahmen durchgeführt werden. Ausnahmsweise können dafür auch Gegenwertmittelfonds, aus den Anpassungskrediten eingesetzt werden.

Durch pragmatisches Herangehen soll verhindert werden, daß die Kürzung öffentlicher Subventionen abrupte Preissteigerungen nach sich zieht – Auslöser von vielen IWF-Aufständen der Vergangenheit. Um die gefahr sozialer Revolten zu bannen, sollen gezielte Subventionen für die ärmsten Schichten beibehalten oder sogar erhöht bzw. Ernährungsprogramme eingerichtet werden. Auch bei generellen Haushaltskürzungen soll auf die Armen Rücksicht genommen werden. In Südkorea z.B. wurden die medizinischen Programme für

die Armen im Anpassungsprozeß ausgeweitet, während in Chile die Säuglings- und Kindersterblichkeit durch bessere Zielgruppenorientierung trotz Krise und Haushaltskürzungen gesenkt werden konnte.

Zahlungsbilanzhilfe und Politikdialog

Die Anpassungskredite sind fast ausnahmslos reine Zahlungsbilanzhilfen, die ohne Festlegung des Verwendungszwecks schnell abfließen. Es gibt lediglich eine sog. Negativliste, mit der wenige Güter (z.B. Waffen, Gold) ausgeschlossen werden. Wenn die Bedingungen für eine Zahlungsbilanzfinanzierung in den Augen der Weltbank nicht gegeben sind, werden Anpassungskredite auch in eng begrenztem Umfang für die Finanzierung eines sektorbezogenen Ausgaben- bzw. Investitionsprogramms zur Verfügung gestellt.

In erster Linie profitieren die internationalen Geschäftsbanken von den enormen Kapitalzuweisungen der Weltbank im Rahmen der Anpassungsfinanzierung (häufig Beträge von 300 bis 500 Millionen Dollar pro Kredit), weil mit diesen Devisen der Gesamtbetrag ihrer Außenstände bei den sonst zahlungsunfähigen Problemländern reduziert werden kann. Für die Weltbank ist diese Entlastung der Privatbanken ein eher unwillkommenes Nebenprodukt. Für sie ist allein entscheidend, daß sie einen wirksamen Hebel in der Hand hält, der weitreichende Eingriffe in die Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Empfängerländer möglich macht. „Es wäre nicht effektiv gewesen, die Finanzierung beispielsweise eines Hafens oder Elektrizitätswerks von gesamtwirtschaftlichen Reformen abhängig zu machen. Die Anpassungsfinanzierung aber bot ein operationales Instrument, um die Kreditvergabe mit dem Politikdialog der Weltbank mit den führenden Wirtschaftspolitikern eines Landes zu verknüpfen". (Report, S. 25).

Die ökologische Dimension

Wie stark die internen Reformen der Weltbank reine Rhetorik zur Besänftigung der internationalen Kritik sind, zeigt sich besonders gut an der vollständigen Vernachlässigung der ökologischen Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen. Während die Weltbank sonst keine Gelegenheit ausläßt, um der Öffentlichkeit ihr „neues" ökologisches Bewußtsein zu demonstrieren, behandelt der vorliegende Bericht mögliche Umweltzerstörungen nicht in einem einzigen Satz.

Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich, im Bergbau und im Industriesektor sind die von der Weltbank angestrebten Exportsteigerungen häufig nur auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen zu erzielen. So hat z.B. das Anpassungsmusterland Ghana die Ausfuhr von tropischen Edelhölzern in den letzten Jahren verfünffacht.[3] Die Steigerung der Exporteinnahmen wird als Erfolg des Anpassungsprogramms gefeiert; die auch im Hinblick auf das Weltklima unverantwortliche Zerstörung der letzten Reste des tropischen Regenwalds in diesem Land ist der Weltbank keine Zeile wert.

Ein weiteres Beispiel für das völlige Ausblenden der ökologischen Dimension bei der sonst so detaillierten Evaluierung ist der erste Energiesektorkredit an Brasilien. Die großflächige Zerstörung des Regenwalds wird ebenso verschwiegen wie die Vertreibung indianischer Gemeinschaften durch den Bau von zahlreichen Großstaudämmen.

Technokratisches Grundverständnis

Das zutiefst technokratische, auf wirtschaftliche Kategorien fixierte Denken der Weltbank zeigt sich an vielen Stellen in der Studie. Angesichts der jahrzehntelangen Beschäftigung mit Entwicklungsproblemen in der Dritten Welt ist die Unbekümmertheit und Naivität, mit der diese Institution in die Strukturanpassung hineingestolpert ist, kaum nachzuvollziehen. In völliger Fehleinschätzung der sozialen und kulturellen Erfolgsbedingungen für die angestrebten Eingriffe werden die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen und Interessenkonstellationen total ignoriert. „Es wurde anfänglich erwartet, daß die Strukturanpassungskredite an ein Land drei bis fünf Jahre andauern würden. Die Anpassungsfinanzierung ist aber nicht verschwunden, sondern wurde intensiviert, als die Entwicklung in den 80er Jahren erheblich von dem abwich, was zu Beginn des Jahrzehnts erwartet worden war" (Report, S. 1).

Die Notwendigkeit für unbefristete Anpassungshilfen, die die Weltbank inzwischen zur Kenntnis nehmen mußte, wird in erster Linie der Verschlechterung weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zugeschrieben. Nur in bezug auf die armen Länder Subsahara-Afrikas gesteht die Weltbank ein, daß sich die „schwerwiegenden institutionellen und Managementschwächen in den öffentlichen und privaten Sektoren als unerwartet ernsthafte Schranken für bessere Ergebnisse erwiesen haben.." (Report, S. 5).

Abschließende Bewertung

Die Strukturanpassungspolitik der Weltbank wird systematisch von den Interessen der dominierenden kapitalistischen Mitgliedsländer bestimmt. Die drei Zentren EG, USA und Japan halten zusammen mehr als die Hälfte der Stimmrechte. Ausweitung der Produktion von weltmarktfähigen Gütern, Öffnung für ausländisches Kapital, Demontage der staatlichen Regulierungskapazitäten und allgemeine Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen bewirken eine Vertiefung der weltwirtschaftlichen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse. Die Kritik an diesem Ansatz darf aber nicht die ohne Zweifel weitverbreiteten volkswirtschaftlichen Strukturdefizite und innergesellschaftlichen Krisenursachen in vielen Ländern der Dritten Welt übersehen (z.B. unkontrollierte Explosion der Auslandsverschuldung, Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Sektors und des ländlichen Raums, Korruption und Selbstbereicherung der Machteliten, repressive Gesellschaftsformen).

Es kann m.E. auch nicht abgestritten werden, daß einzelne Instrumente und Politikelemente der Weltbankanpassungsprogramme einen höheren Grad ökonomischer Rationalität gegenüber dem Ausgangszustand verkörpern, und die produktiven Kräfte durch geeignete Marktanreize besser mobilisiert werden können, als durch die bisherigen staatlichen Regulierungsmechanismen, die häufig von privilegierten Gruppen zur Absicherung ihrer Partikularinteressen mißbraucht worden sind.

Grundlegendes Argument für die Ablehnung der Weltbankprogramme ist die Tatsache, daß sie nicht das Ergebnis selbstbestimmter, demokratischer Prozesse in den betroffenen Ländern sind. Sie repräsentieren vielmehr ein auf der Grundlage von Zwangsverhältnissen durchgesetztes Modell des Krisenmanagements, das den Interessen der kapitalistischen Zentren und den von einer vertieften Weltmarktintegration profitierenden einheimischen Minderheiten verpflichtet ist.

An zahlreichen Stellen in der Studie wird deutlich, daß sich die Weltbank inzwischen intensiv um die Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Anpassungsprozesse und -programme bemüht. Oberstes Ziel ist die langfristige Absicherung des Anpassungspfades – vor allem gegenüber oppositionellen innergesellschaftlichen Kräften. Die vorgesehenen Maßnahmen sollen flexibel und pragmatisch ausgestaltet werden, um eine für den Gesamter-

folg des Programms bedrohliche Eskalation der politischen Konflikte zu verhindern. „Es ist klar, daß die Fundamente für eine anhaltende wirtschaftliche Erholung genügend Investitionen erfordern, um ... ein hinreichendes Niveau sowie eine zufriedenstellende Verteilung der Einkommen sicherzustellen, damit soziale Unruhen vermieden werden...“ (Report, S. 44).

Die kompensatorischen Sozialmaßnahmen lassen sich auch hervorragend gegenüber einer entwicklungspolitisch engagierten Öffentlichkeit in den westlichen Ländern als Nachweis eines angeblich humanistischen Engagements vermarkten. Durch eine verstärkte Einbindung der Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung der sozialpolitischen Komponenten versucht die Weltbank, kritisches Potential zu entschärfen und die Akzeptanz für das Gesamtpaket der Anpassungsmaßnahmen zu erhöhen.

Auch wenn die Überlebenssicherung der Ärmsten durch Sozialmaßnahmen im Rahmen von Anpassungsprogrammen vorbehaltlos zu begrüßen ist, bleibt doch die Kritik gültig, daß die Weltbank durch die generelle Ausrichtung ihrer Strukturreformen die Ursachen der Verelendung nicht behebt, sondern im Gegenteil noch verschärft. Die Forcierung der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt und die angebotsorientierten Politikreformen zugunsten der Privatwirtschaft bewirken zwangsläufig eine Senkung der realen Masseneinkommen.

Außerdem werden bisher relativ geschützte Subsistenzbereiche sowie lokale bzw. regionale Wirtschaftskreisläufe mit zufriedenstellender Versorgungssicherheit zerstört oder geraten in untergeordnete Abhängigkeit von unkontrollierbaren Weltmarkteinflüssen.

Thomas Fues

Anmerkungen:

1 Vgl. Thomas Fues, Die Schlüsselrolle der Weltbank in der Anpassungsfinanzierung, in: Blätter des iz3w, Nr. 146 (Dezember 1987), S. 14-16

2 Alle Zitate beziehen sich auf den „Report on Adjustment Lending“ der Weltbank (R 88-199, 8.8.1988) und wurden vom Verfasser übersetzt.

3 Vgl. Stephan Klingebiel, Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Subsahara-Afrika, August 1988, unveröffentlichte Studie im Auftrag der GRÜNEN IM BUNDESTAG

4 Vgl. Thomas Fues und Barbara Unmüßig, Entwicklungspolitische Strukturformen in der Dritten Welt: die Weltbank als neue Hoffnungsträgerin, in: Peripherie, Nr. 33/34 (1988), S. 63-80

Mit den folgenden beiden Beiträgen möchten wir die erste Runde der Auseinandersetzung um die von uns in Heft Nr. 154 abgedruckten Artikel zur Dependenztheorie beenden. Ob es zu einer zweiten Runde kommt, machen wir von der Art der uns künftig zugesandten Artikel abhängig. Wir sehen wenig Sinn darin, auf die bisherigen Polemiken noch weitere folgen zu lassen.
Also, liebe LeserInnen: Sachliche Beiträge sind gefragt - im Interesse einer konstruktiven Fortführung der Diskussion.
Die Redaktion

Ethnozentrische Theorie – ethnozentrische Praxis

Antwort an Menzel und Brosch

Ulrich Menzel hat mich aufgeklärt: auch ich bin ein Berliner. Wenn ich auch 700 km von Berlin entfernt in der Kleinstadt lebe, so betrachte ich doch die (Dritte) Welt "einseitig aus der Berliner Sicht, die ja 'schon immer' dagegen war". Ebenso lustig finde ich den Vorwurf, ausgerechnet ich hätte Max Weber und den Marx der "Grundrisse" und der Frühschriften nicht zur Kenntnis genommen. Das ist etwa so absurd, als würde ich Menzel vorwerfen, er hätte Senghaas nicht gelesen - wie ihm selbst ein ganz kurzer Blick in meine "Geschichte der soziologischen Theorie" zeigen würde. Auch Brenner soll ich nicht gelesen haben, wieviel ich auch immer über ihn geschrieben habe. Parsons dagegen hätte ich nach der Meinung von Menzel wie von Brosch nicht lesen dürfen, und auch das Marxsche "Kapital" nicht - wohl aber die amerikanischen Entwicklungsökonomen der Fünfziger Jahre (Hirschmann, Kuznets, Nurkse) und Bendix und Eisenstadt und Moore und so weiter und so fort. Die Herren scheinen einen sehr genauen Katalog von ge- und verbotenen Büchern zu besitzen, an den man sich halten muß, um das Prädikat "wissenschaftlich" zu erhalten.

Politisch ärgerlich wird es, wenn Menzel der "Dritte-Welt-Szene" (zu der er mich offensichtlich rechnet) unterstellt, sie würde unhinterfragt Solidarität mit allen Despoten der Dritten Welt üben, und dabei den Namen "Kim Il Sung, Pol Pot, Ceaucescu, Schifkow, Marcos, den Schah, 'Kaiser' Bokassa, Mobutu und Duvalier" nennt. Wer aus dieser "Szene" hat, bitteschön, wen von diesen Herren jemals unterstützt? Wie kann es ein Angehöriger des Volkes, das eben noch Hitler zugejubelt hat, wagen, deren Despotismus als 'orientalisches' Spezifikum zu behandeln? (Bei Marx ist, anders als bei Wittfolgel - und bei Menzel - die 'orientalische Despotie' keine überhistorische Kategorie.) Und wie kann man von Marcos, dem Schah, Bokassa, Mobutu und Duvalier reden und im gleichen Atemzug die Realität des Imperialismus leugnen - als hätte es das Techtelmechtel zwischen Giscard und Bokassa und die massive militärische, ökonomische und geheimdienstliche Unterstützung der USA für all die anderen nie gegeben?

Ein ernsthafter wissenschaftlicher Streitpunkt ist allerdings die Frage, ob, wie Menzel und Brosch behaupten, auch Marx ein Modernisierungstheoretiker war - "ernsthaft" nicht deswegen, weil es um die Person des alten Charly ginge, sondern deswegen, weil es um die Erklärung von Unterentwicklung geht, und somit auch um die Frage, ob die Marxsche Theorie einen besseren Erklärungsansatz bietet als die Modernisierungstheorie. Nun kann natürlich jeder das Wort "Modernisierungstheorie" nach eigenem Gusto definieren und je nachdem ein- oder ausschließlich, wen und was immer er will. Solange ein Autor nicht angibt, von welcher Definition er ausgeht, ist deshalb schwer mit ihm zu rechten. Für meinen Teil habe ich jedoch eindeutig gesagt, wodurch die Modernisierungstheorie in meiner Sicht definiert ist: sie sieht erstens in der 'modernen', d.h. der eigenen, der westlich-kapitalistischen Gesellschaft Maß und Ziel jeder gesellschaftlichen Entwicklung (ihr ethnozentrischer Charakter); und sie erkennt zweitens nahezu ausschließlich interne, im Innern der jeweiligen Gesellschaft liegende Gründe für Entwicklung (und Unterentwicklung) an.

Wenn Menzel etwas gegen diese Definition hat, dann hätte er es sagen müssen; wenn nicht, wird er wohl akzeptieren müssen, daß Marx kein Modernisierungstheoretiker ist: Daß für Marx die kapitalistische Gesellschaft nicht Maß und Ziel jeder gesellschaftlichen Entwicklung ist, daß er diese Gesellschaft vielmehr an der realistischen Utopie einer "Vereinigung freier Produzenten" mißt (und für zu leicht befindet), bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung. Betont werden muß jedoch, daß er auch die Vielfalt der historischen Gesellschaftsinformaton und ihrer Entwicklungswege anerkennt, daß ihm m.a.W. der einlinige Evolutionismus der Modernisierungstheorie (und der Stalinschen Orthodoxie) fremd ist. Schon für die archaischen Gesellschaften ergeben sich in seiner Sicht " aus verschiedenen Formen des Gemeineigentums verschiedene Formen seiner Auflösung" (MEW 23, 92). Und in den Entwürfen für den Brief an V. Sassulitch macht er klar, daß die von ihm für Westeuropa herausgearbeitete Entwicklungsreihe "Gemeineigentum - auf persönliche Arbeit gegründetes Privateigentum - kapitalistisches Privateigentum" auf die russische Dorfgemeinde weder anzuwenden ist noch von dieser notwendig durchlaufen werden muß (cf. MEW 19, 243 ff). Bezüglich der externen Entwicklungsfaktoren schließlich hat Marx herausgearbeitet, daß die sogenannte "ursprüngliche Akkumulation", d. h. die Ausplünderung nicht-kapitalistisch organisierter Gesellschaften und Gesellschaftssektoren eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung der kapitalistischen Entwicklung ist. Daß diese " ursprüngliche Akkumulation" nicht irgendwann im 18. Jahrhundert zum Abschluß gekommen ist, sondern bis heute weiterläuft, haben allerdings spätere Autoren - von Rosa Luxemburg bis zu Claude Meillassoux und den Bielefelder Frauen - sehr viel deutlicher herausgearbeitet als Marx.

Brosch scheint, anders als Menzel, meine Definition nicht zu akzeptieren. Für ihn ist die zentrale These der Modernisierungstheorie die, daß Ungleichheit wachstumsfördernd sei. In der Tat zeigen die von ihm zitierten Entwicklungsökonomen, daß die kapitalistische Entwicklung (zumindest) in den Anfangsstadien auf hoher und zunehmender Ungleichheit beruhte - eine These, der auch Marx zustimmt (und deren Widerlegung, wie ich zu zeigen versuchte, Elsenhans mißlungen ist). Was Marx von diesen ökonomischen Modernisierungstheoretikern unterscheidet, ist jedoch, daß er sich weigert, die spezifische historische Realität, die sie konstatieren, in Realität schlechthin zu verallgemeinern, die Notwendigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft in Naturnotwendigkeiten hochzustilisieren. Nur in einer Gesellscaft, in der die Investitionsentscheidungen in den Händen privater Produk-

tionsmitteleigentümer konzentriert sind, entscheiden alleine deren Reichtum und deren Gewinnaussichten über die Höhe der Investitionsrate; nur hier ist Ungleichheit Wachstumsbedingung im Sinne jener Ökonomen. In einem „Verein freier Menschen", wie Marx ihn anvisiert, in dem die Investitionsentscheidungen von den vereinigten Produzenten gemeinsam und demokratisch gefällt würden, entfielen die Voraussetzungen, auf denen der behauptete Zusammenhang beruht.

Eines bedaure ich allerdings nach der Lektüre von Menzel und Brosch: nicht deutlich gesagt zu haben, wie turmhoch Jürgen Habermas trotz seiner permanenten Verwechslung des "schönen Scheins der Modernität" mit der Realität der bürgerlichen Gesellschaft über dem modernisierungstheoretischen Fußvolk - einschließlich Senghaas/Menzel und Elsenhans/Brosch - steht.

Gerhard Hauck

Antwort auf Menzel

Daß wir eine Koryphäe der jüngeren Entwicklungsländerforschung wie Ulrich Menzel zum Verfassen eines - wie sehr auch polemischen - Beitrages verleiten konnten, erfüllt uns mit einer gewissen Genugtuung. Haben wir doch in den vergangenen Jahren immer wieder die leidvolle Erfahrung machen müssen, daß mit universitären Gelehrten nicht zu rechnen ist: Meist auf Monate hinaus verplant, zwacken sie nur in den seltensten Fällen einen Teil ihrer kostbaren Zeit für einen Artikel in einem „Szeneblatt" ab. Menzel mag uns glauben oder nicht: Auch für den Themenblock über Entwicklungstheorien haben wir in etlichen Telefongesprächen einige der nun im Heft nicht vertretenen Unigrößen zum Schreiben zu bewegen versucht; Kollege Senghaas war eine von ihnen. Von einer gezielten Ausklammerung der Senghaas-Position kann somit keine Rede sein.

Doch diese Genugtuung ist nicht ungetrübt: Zu ihr gesellt sich eine gehörige Portion an Frust. Uns erscheint nämlich fraglich, ob der Beitrag von Menzel die von uns angestrebte Diskussion tatsächlich vorantreibt.
Erstens hat Menzel mit seiner, aus verletzter Eitelkeit erklärbare Arroganz vermutlich ein Eigentor geschossen: Wer aus der „Szene", der sich als „naiver Leser" (S. 43 Mitte) bezeichnet findet, wird Lust haben, sich ernsthaft mit Menzels Argumenten auseinanderzusetzen?
Und wer aus der Generation der 30-40 Jährigen (Menzel S. 46) - ohnehin autoritätsgeschädigt - wird der väterlich arroganten Aufforderung zur „Fortbildung" Folge leisten?
Zweitens hat Menzel in seinen Artikel etliche gezielte Mißverständnisse eingebaut, streckenweise redet er an den kritisierten Autoren geradezu vorbei.
Ihm dürfte eigentlich nicht entgangen sein, daß wir uns in unserem redaktionellen Vorwort zum Themenblock von dem dichotomischen Kapitalismusbild der Dependenztheorie abgrenzen und eben gerade **nicht** dessen Infragestellung durch die sog. entwicklungspolitischen Konvertiten beklagen (Menzel: „Würde es letztere nicht geben, wäre auch das Weltbild noch in Ordnung...", S. 42 Mitte). In der Kritik an der Dependenztheorie ziehen wir mit Herrn Menzel an einem Strang - nur mit den Konsequenzen, die er zieht, sind wir nicht einverstanden.
Anders als er lassen wir uns durch die Einsicht in einen tatsächlich stattfindenden Differenzierungsprozeße innerhalb dessen, was wir nach wie vor Dritte Welt nennen, nicht dazu verleiten, die Existenz eines Nord-Süd-Gegensatzes gänzlich zu bestreiten. (Menzel S. 42: Es „kann keine Rede mehr davon sein, daß der Nord-Süd-Konflikt noch eine reale Basis hat"). Vielmehr sind wir der Überzeugung, daß sich die Wahrheit nicht auf eine einfache Formel reduzieren läßt. Ein Nord-Süd-Gegensatz existiert, insofern nach wie vor Banken und Konzerne der „Metropolen" von den derzeitigen Strukturen der Weltwirtschaft profitieren und eben nicht die Ökonomien der südlichen Halbkugel. Aber er existiert nicht in der einfachen Version, welche die Theorie des peripheren Kapitalismus unter die Leute brachte: hier die kohärenten, die Bevölkerungsmehrheit produktiv eingliedernden Ökonomien des Nordens (Metropolen), dort die strukturell zerklüfteten und sich im Maße der Eingliederung in den Weltmarkt stärker zerklüftenden Ökonomien des Südens.
Nicht zuletzt die Umstrukturierungsprozesse innerhalb des metropolitanen Kapitalismus, die auch dort zur Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung führen, lassen eine klare Grenzziehung zwischen metropolitanem und peripherem Kapitalismus nicht mehr zu.
Irgendwo zwischen Nichtverstehenwollen und bösartigem Unterstellen angesiedelt sind auch Menzels Äußerungen über die Solidaritätsbewegung. (S. 45 Mitte). Ein Denken in Freund-Feind-Kategorien mag bei Teilen dieser Szene tatsächlich anzutreffen sein. Das hat allerdings nie die absurde Konsequenz gehabt, daß grundsätzlich jeder Despot, der irgendwann einmal antiimperialistische Töne absonderte, gleich zum Identifikationsobjekt erklärt wurde.
Und zuguterletzt läßt auch Menzels Kommentar zu unserem Beitrag über autozentrierte Entwicklung ahnen, mit welchem Maß an Aufmerksamkeit er an Texte aus einem „Szeneblatt" herangeht: „die Szene" sollte „endlich zur Kenntnis nehmen, daß es sich in beiden Fällen (d.h. Südkorea und Taiwan) um die ersten Länder seit dem zweiten Weltkrieg handelt, die zu Industrieländern geworden sind...", so Menzel auf S. 44. Warum, bitteschön, nimmt Menzel nicht zur Kenntnis, daß wir uns der Theorie der autozentrierten Entwicklung gerade deswegen nicht anschließen wollen, weil sie als Ziel von Entwicklung eine Industrieökonomie nach westlichem Muster ansetzt?

isar

Melancholische Heimkehr

Fernando E. Solanas Film „sur“

1983 wird ein Mann aus den Kerkern der argentinischen Junta entlassen. Eher zufällig war Floreal Echegoyen (Miguel A. Sola) in die Fänge der Diktatur geraten. Es ist dunkel, und in dieser Nacht der Heimkehr werden die Schrecken der Vergangenheit lebendig. In unwirklich anmutenden, wechselnd stahlblauen und graubraunen, Sequenzen tauchen aus Rauchschwaden Visionen auf und und wieder ab. Floreal begegnet einem toten Freund, der von Polizisten erschossen wurde. Demonstrationszüge erscheinen, liegengebliebene Panzerwracks und immer wieder alte Männer, die traumverloren Astor Piazzollas Tangos spielen, dessen Lieder von den Qualen der Liebe und der nicht versiegenden Sehnsucht nach einem anderen Leben reden. In eingeschobenen Rückblenden wird langsam Floreals Leidensweg enthüllt: die Verhaftung wegen eines Streiks, das schwierige Verhältnis zu Rosi (Susu Pecorao), seiner Frau, während er jahrelang im Gefängnis saß, die Eifersucht, die bangen Erwartungen, was sein wird, wenn er wieder zurückkommt.

Alle Hoffnungen haben einen gemeinsamen Namen: Sur, Süden, Sur heißt ein, von zwei ebenso schrulligen wie mutigen, Exmilitärs entworfener Plan zur Entwicklung Argentiniens: eine Aktensammlung, die als Chiffre der unerfüllten Wünsche nach antiimperialistischer Gerechtigkeit und nationaler Identität ins Bild gerückt ist. Sur ist auch das Symbol verlorener Heimat. So heißt eine berühmte, melancholische Tangomelodie. So heißt auch das Vorstadtcafé, das geschlossen ist, als Floreal zurückkommt. Und als Rosi nach Süden reiste, um Floreal in einem patagonischen Gefängnis zu besuchen, hingen dunkle Regenwolken tief über der Erde, und am Horizont ahnte man in einem Silberstreif, dort im Süden, helles Sonnenlicht. Sur ist der flimmernde Inbegriff allen Begehrens und meint nicht weniger als die Utopie einer umfassenden Erlösung: vom Liebesleid und von dem Mißtrauen, das die Zeit im Gefängnis zwischen Männern und Frauen trieb, die Befreiung von einem existenziellen Schmerz, vom Terror der Junta und von der Abhängigkeit von den USA. Und wie der widerspenstige alte General (der schließlich in einer selbstmörderischen, trotzigen Desperadoaktion handgreiflich Widerstand leistet), der in dem Projekt Sur die Ausbeutung und die unterdrückten Entfaltungsmöglichkeiten Südamerikas festhielt, so dokumentiert auch Solanas in einer gewagten und schillernden künstlerischen Form: Der Passionsweg Lateinamerikas ist noch längst nicht am Ende.

Fernando E. Solanas, neben Glauber Rocha einer der wichtigsten Regisseure Lateinamerikas, drehte 1968 „Die Stunde der Hochöfen“, eine formal und inhaltliche revolutionäre, dokumentarische Montage, „La hora de los hornos“ war, wie Solanas damals schrieb, ein Versuch, „die erstarrten Formen des bürgerlichen Kinos zu zertrümmern und ein Kino der Erkenntnis, des Denkens, der Ideen, der Reflexion, ein Kino im Sinne des Essays“ zu verwirklichen. In Sur entfaltet er nun eine mannigfach verschachtelte Erzählung, in der die Träume und die Erinnerungen wirklich sind und in der die Wirklichkeit phantastisch scheint. Rauchwolken verwehen, und eröffnen und verschließen den Blick auf die Schauplätze. Die Szenen fließen ineinander, und viel Arbeit hat Kameramann Felix Monti darauf verwandt, mit fast unmerklichen Schwenks und Fahrten die subtilen, gleitenden Bewegungen des Films visuell umzusetzen. Vier Zwischentitel kennzeichnen jeweils neue Akte des Geschehens: der Tisch der Träume (die Parabel des nicht auszulöschenden Begehrens nach Freiheit), die Suche, die Liebe und, zuletzt, „Der Tod macht müde“. So werden, wie mit dem Bühnenvorhang im Theater und wie mit Überschriften in Büchern, Zäsuren geschaffen. Und obgleich von einer gradlinigen Entwicklung der Geschichte keine Re-

de sein kann, versteht es Solanas, die Narration einsichtig und reibungslos voranzutreiben. Die Sprünge durch Raum und Zeit sind mit leichter und sicherer Hand ins Werk gesetzt, so daß man stets im Bilde ist.

Farce und Tragödien, innere Monologe und die Tangolieder, Melodramatisches und Schlaglichter aus der leidvollen, jüngsten Geschichte Argentiniens sind hier zu einer geschlossenen und dichten filmischen Erzählung und einem vielschichtigen, vielgesichtigen Panorama verwoben. Auch die Nebenfiguren (wie Rosis Vater, der Tangosänger, oder Roberto, den eine zarte Liebesgeschichte mit Rosi verbindet) haben eine Biographie und ein eigenes Gewicht und sind nicht, wie sonst oft im Erzählkino, bloße Hilfsmittel, um die Hauptfiguren deutlicher herauszuschälen. Der Franzose Roberto (Philippe Leotard), Floreals Konkurrent, wird schließlich nach Europa zurückkehren - und verweist so spiegelverkehrt auf den Lebensweg des Regisseurs, der 1976 vor den Militärs floh, nach Paris exilierte und nach dem verlorenen Falklandkrieg und dem Zusammenbruch der Diktatur zurückkehrte.

Solanas entwirft verflochtene Systeme aus einfachen Metaphern, nicht nur um den Begriff Sur. Man sieht einen Arbeiter, der Scheiße beseitigt und hört Floreal sagen: „Ich habe keine Lust, die ganze Scheiße und den Dreck wegzuräumen." Damit ist offenkundig sie desolate moralische und wirtschaftliche Lage gemeint, die die Militärs hinterlassen haben. Floreal erlebt und durchleidet in der Nacht seiner Entlassung noch einmal die dunkle Zeit der Diktatur. Die Versöhnung mit Rosi, die im Morgengrauen stattfindet, ist deutlich als Sinnbild der wiedererwachten Demokratie zu entziffern. Solanas zeigt eine Fülle solcher beziehungsreichen symbolischen Reihungen, in denen das Private und das Öffentliche ineinanderfallen. Im europäischen Kino wird man solche Verknüpfungen, die in Sur mit einer fast naiven Selbstverständlichkeit ausgebreitet werden, kaum finden: wohl weil die Entfernungen zwischen Kunst, Alltag und Politik, zwischen Trivialem und Ernsthaftem hierzulande ungemein größer sind. In den Tangoliedern, die, wie ein Chor im klassischen Theater, die Handlungsstränge kommentieren, sind alle Motive und Stimmungen des Films aufgehoben und verschmolzen. Fernando E. Solanas, der sich auch als Musikkritiker und Filmessayist einen Namen gemacht hat und der zu den besten Interpreten seines Werkes gehört, sagt: „Die Musik ist die Seele des Volkes. Die Musik ist auf der Straße. Sur ist für mich ein einziger langer Tango - oder viele."

Kritisch bleibt anzumerken, daß bisweilen auseinanderzufallen droht, was und wie Solanas erzählt. Manchmal sind die Bilder allzu gefällig, allzu hübsch. Nebelschwaden wehen ein ums andere Mal über verlassene Plätze und durch leere Straßenschluchten, und es drängt sich der Verdacht auf, daß so ästhetische Selbstläufer entworfen werden: Blickfänge, die vor allem optische Attraktionen sind. Der theaterhafte Antinaturalismus berührt sich hier mit den stilisierten Bildern der Werbedesigner. Ohne viel Aufwand ließe sich aus „Sur" ein passables Musikclip zusammenschneiden. Solanas, der das filmische Handwerk in den 60ern in einer eigenen Werbefilmfirma erlernte, scheint eine Gratwanderung versucht zu haben. Mit den „häßlichen und traurigen, herausgeschrienen, verzweifelten Filmen" und der „Ästhetik des Hungers", die Solanas 1981 verstorbener Weggefährte Glauber Rocha (dem der Film gewidmet ist) vor mehr als zwanzig Jahren im Manifest des Cinema Nuovo einklagte, ist diese, in manchen Passagen durchaus glattpolierte, Bildersprache nicht mehr zur Deckung zu bringen. Zwischen dem ein- und marktgängigen Ästhetizismus der Sehnsuchtsbilder, einer originär lateinamerikanischen filmischen Poesie und den melancholisch-gebrochenen (aber nicht zerbrochenen) sozialrevolutionären Hoffnung: genau im Schnittpunkt dieser Pole befindet sich derzeit Fernando E. Solanas Kinematographie.

Stefan Reinecke

Zum Beispiel Hunger

Wenn auf nur 120 Seiten im DIN A6-Format das Thema "Hunger" angegangen wird, ist die Gefahr groß, daß sich die "Analyse" auf Übervölkerung, Dürre, Naturkatastrophen etc. beschränkt. Doch schon der Untertitel zu

Rolf Künnemann (Red.): Zum Beispiel Hunger, Lamuv Verlag (Reihe Süd-Nord), 1988, DM 7,80

erläutert den Ansatz der Autorinnen: "Hunger ist kein Problem der Knappheit von Nahrungsmittel, sondern weitgehend die Folge der Unterdrückung der Landbevölkerung."

In einem ersten Teil des Buches wird die Entstehung von Hunger an Beispielen beschrieben:

- In Paraguay werden Kleinbauern von einem Agrarkonzern (hinter dem europäisches Kapital steckt) mit Gewalt von ihrem Land vertrieben und ihrer Existenzgrundlage beraubt.
- In Sri Lanka sollen Reisbauern dem Anbau von Zuckerrohr weichen.
- Die Regierung von Togo vertreibt bäuerliche Dorfgemeinschaften von ihrem Land, um ein Jagdreservat für ausländische Staatsgäste und Touristen einzurichten.
- In Ecuador wird Urwald, der Lebensraum der Tieflandindianer, gerodet, um Konzernen die Anlage von Ölpalmenplantagen mit finanzieller Unterstützung der DEG zu ermöglichen.

Der zweite Teil des Buches versucht die Beispiele theoretisch zu ergänzen. Auch hier liegt der Schwerpunkt auf den Ursachen des Hungers, die aus der Landflucht, ungerechter Landverteilung, Unterdrükkung und Benachteiligung der ländlichen Bevölkerung und ausbleibender Agrarreformen resultieren. Hunger ist, so die Überzeugung der Autorinnen, immer eine Folge von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere des Rechts, sich selbst zu ernähren. Nur kurz angesprochen werden andere Ursachen des Hungers: Folgen des Kolonialismus, internationale Wirtschafts-, Handels und Agrarpolitik ...

Doch die 120 Seiten wollen nur einen Einstieg in die Problematik leisten. Einige ausgewählte Literaturhinweise und Adressen sollen die Leserinnen zur Weiterbeschäftigung mit dem Thema anregen.

Fazit: eine einfach zu lesende Einführung in die Hungerproblematik. Von Stil, Aufbau, Kürze der Texte und den Illustrationen her insbesondere auch für Jugendliche und Jugendgruppen geeignet.

br

Repressionen gegen die peruanische Bauerngewerkschaft

Am 9. Februar 1989 kam es in Pucallpa, im nördlichen Teil Perus, zu einer Demonstration von achttausend Bauern gegen die Verarmung der ländlichen Bevölkerung. Nach polizeilichen Übergriffen während der Demonstration wurden mindestens acht Menschen getötet und mehrere hundert Menschen (die Angaben schwanken zwischen 250-400 Personen) verhaftet. Die Zufahrtswege der Ortschaft wurden abgeriegelt und sanitäre Hilfsdienste nicht durchgelassen, so daß mindestens weitere zwanzig Menschen ihren Verletzungen erlagen. Im Anschluß an die Demonstration überfiel die Polizei eine Versammlung im örtlichen Büro der CCP (Confederacion Campesina del Peru), bei der der Generalsekretär der CCP, Hugo Blanco (hierzulande hauptsächlich bekannt durch seine Teilnahme an den Aktionen der Anti-IWF-Kampagne im letzten Jahr), und der örtliche Sekretär, Luiz Tuesta, verhaftet wurden. Dies wurde vom Innenminister tagsdrauf bestätigt. Ebenso der Vorwurf der Polizei, die den Inhaftierten subversive Tätigkeiten bzw. Terrorismus vorwirft. Nach Angaben von Amnesty International befanden sich bis Mitte Februar noch sieben Personen im Gefängnis von Pucallpa. Bekannt waren der Organisation nur Blanco, Tuesta und Lirenza de Algerai. Der Vorwurf des Terrorismus würde für Blanco bedeuten, daß er vor ein Sondergericht gestellt zu werden. Zwischenzeitlich wurde Blanco nach Lima transportiert. Dort haben zwei Staatsanwälte die Freilassung von Blanco und Tuesta gefordert, da die Beweise nicht ausreichen würden. Justiz und Regierung schienen im Gegensatz zur Polizei nicht zuletzt aufgrund internationaler Proteste für die Freilassung der Inhaftierten zu sein.

Sowohl der Polizeichef Reyes Roca, als auch der Chef der Terrorismusabteilung der Polizei, Juan Salas, bestanden darauf, Blanco wieder zurück ins Gefängnis von Pucallpa zu fliegen. Pucallpa befindet sich noch im Ausnahmezustand. Der am 22. Februar vorgesehene Rückflug von Hugo Blanco fand nicht statt, da Massenproteste und Blockadeaktionen am Flughafen, zu der u.a. die Parlamentsfraktion der „Vereinigten Linken" aufgerufen hatte, einen Start unmöglich machten. Ein paar Tage vorher waren auch die Bauern von Cuzco in den Generalstreik getreten, dem sich weitere Ortschaften anschließen wollten. Die Polizei brachte zur gleichen Zeit das Verfahren vor ein Zivilgericht, welches jedoch die Freilassung bestätigte. Am 24. Februar wurde Hugo Blanco dann freigelassen. Luiz Tuesta und die anderen Inhaftierten kamen schon Tage vorher frei. Von den Teilnehmern der Demonstration vom 9. Februar sind allerding immer noch achtzehn Menschen verschwunden.

Schon im September 1988 ist Julio Cespedes, ebenfalls ein Sekretär der CCP und stellvertretender Vorsitzender der Menschenrechtskommission der CCP, festgenommen worden wegen Terrorismusverdacht. Weitere Informationen erteilt die Peru-Gruppe, Dritte-Welt-Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld.

uj

Informationsbüro Radio Venceremos in Westberlin

Mit den neuen politischen Vorschlägen der FMLN und dem bevorstehenden Wahlsieg der rechtsradikalen ARENA-Partei hat sich die politische Lage in EL Salvador erneut zugespitzt. Um dem Rechnung zu tragen und den Informationsfluß zwischen der FMLN und den westdeutschen Medien zu verbessern und zu beschleunigen, wird Radio Venceremos im Frühjahr 1989 in Westberlin ein Informationsbüro eröffnen. Damit werden Möglichkeiten der direkten Informationsweiterleitung aus El Salvador in die westdeutsche Öffentlichkeit eröffnet. Das wöchentliche Bulletin "Servicio Especial" wird nunmehr unmittelbar ins deutsche übersetzt und weiterverbreitet. Das Projekt benötigt politische und finanzielle Unterstützung.

Weitere Informationen sind erhältlich bei Nelson Govea, Tel.: 0221/765852, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60 Spenden auf das Konto Karl Müller, Bank für Gemeinwirtschaft Köln, Konto-Nr.: 2106872500, BLZ 370 101 11

Thomas Fruth

Zwei Taifune fegen die philippinische Landreform vom Tisch

Als Präsidentin Aquino ihr Amt antrat, erklärte sie, sie werde sich für die Landreform einsetzen. Schon im Wahlkampf hatte sie verkündet, daß die Hazienda "Lusita", die ihrer Familie gehört, zum Modell für die Agrarreform werden solle. Bisher tat sich jedoch noch nichts.

Das im Sommer 1988 vom Parlament gebilligte Gesetz zur Durchführung der Landreform sieht vor, daß der Großgrundbesitz erst ab 1992 einbezogen werden soll. (vgl. "blätter des iz3w" Nr. 152 S. 8 ff) Da die Großgrundbesitzer entsprechend den Marktpreisen entschädigt werden, wird es noch langwierige Prozesse um die Festsetzung des Wertes geben.

Bevor die Kreditgeber die Landreform finanzieren, muß mit dem IWF verhandelt werden. Die Verschuldung ist ein weiteres Hindernis für die Landreform.

Die Agrarkonzerne Dole und Del Monte, die auf Mindanao über große Ananas- und Bananenplantagen verfügen, reagierten zunächst ganz anders. Sie avancierten gewissermaßen zur Vorhut in Sachen Landreform, bis die Ausläufer zweier Taifune im Oktober und November 1988 Plantagen verwüsteten und ihre Pläne durcheinanderwirbelten. Bis dahin schienen Dole und Del Monte bereit zu sein, die

SPENDENAUFRUF

Unterstützt die oppositionelle Presse in der Türkei:
Solidarisiert Euch mit der Zeitschrift „Toplumsal Kurtulus", die ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen die Unterdrückung und für die Freiheit der Türkei ist.
„Toplumsal Kurtulus" ist die neue Hoffnung der türkischen Linken und darf dem Özal-Regime nicht zum Opfer fallen!
Deswegen spendet auf das folgende Konto:
Dönem A.S. (Verlag der Zeitschrift)
Döviz Tevdiat Hesap No. (Konto Nr.): 1380, Is Bankasi Akay Subesi (Name der Bank), Ankara - Türkei
Nähere Informationen erhalten Sie bei:
Mustafa Silar
Schichau Str. 7-9
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/700774

Ländereien umgehend für die Landreform zur Verfügung zu stellen. Das Land sollte an Plantagenarbeiter übergeben werden. Viele Arbeiter waren zuvor Bauern und sind von den Konzernen von diesem Land vertrieben worden.

Präsidentin Aquino sollte am 9. Dezember die Landbesitzurkunden feierlich übergeben. Kaum ein Tag verging, an dem die Medien nicht auf die Vorbereitungen der Landübergabe eingingen. Die Zeitungen berichteten, wie sich das "Department for Agrarian Reform" (DAR) bemühte, die Plantagenarbeiter in Genossenschaften zu organisieren. Daß ein großer Teil der Arbeiter diese Art von Landreform ablehnen, verschwieg die Presse.

Mit den Genossenschaften, in die die Arbeiter ihren neuerworbenen Besitz einbringen sollten, würden die Konzerne Kooperationsverträge schließen. Die Abhängigkeitsverhältnisse würden sich also nicht verändern. Unter anderen Bedingungen hätten die beiden Konzerne die Umverteilung auch nicht durchführen wollen.

Warum hatten Dole und Del Monte sich so lautstark für die Agrarreform eingesetzt? Der wichtigste Grund ist die Medienwirksamkeit. Denn die sog. Agrarreform läuft sehr schleppend an, weil einerseits die Behörden nur zögernd Land vergeben; andererseits haben die Bauern und Arbeiter kein besonderes Interesse unter diesen Bedingungen Land zu erwerben. Im Rahmen der Verträge mit den Genossenschaften hätten die Konzerne das Produktionsrisiko auf die Arbeiter übertragen können.

Dole und Del Monte kalkulieren auch mit der politischen Situation. Die New People's Army (NPA) haben schon mehrfach ihre Anlagen angegriffen und zerstört. Im Rahmen der Landreform sollten auch Produktionsanlagen wie Verpackungshallen und Konservenfabriken an die Arbeiter übergeben und wieder gepachtet werden, wobei die Risiken der Produktion den Quasi-Genossenschaften überlassen bliebe.

Der Generalmanager von Dole Philippines Inc. (Dolefil) Senen Bacani gab im November 1988 unumwunden zu, daß man sich von der Übergabe des Landes und der Anlagen an die Arbeiter eine Steigerung der Effizienz der Beschäftigten und eine höhere Produktivität erhoffe.

Der Markt für Ananas und Bananen ist gesättigt. Daher beabsichtigt Dole stärker zu diversifizieren. Neben der Fischkonservierung hat Dole in Anlagen zur Aufzucht von Garnelen investiert. Sie produzieren hauptsächlich für den japanischen Markt.

Wenn die Konzerne sich an der Landreform beteiligt hätten, hätten sie nicht nur Risiken abwälzen, sondern auch Kapital freisetzen können, um in zukunftsträchtigere Anlagen zu investieren. Daraus wird nun vorläufig nichts.

Die Wirtschaftszeitung "Business Star" berichtete am 21. November, daß sich die Bananenpflanzer einschließlich Dole und Del Monte gegen die Landreform ausgesprochen. Da sie aufgrund der Sturmschäden bis 30000 DM je Hektar neu in Pflanzmaterial investieren müssen, wollen sie von diesen Investitionen auch profitieren.

Es ist schwierig, im nachhinein festzustellen, inwieweit Dole und Del Monte ein ernsthaftes Interesse an einem Landtransfer hatten. Wenn es nur Propaganda war, wie Funktionäre der Bauernbewegung KMP vermuteten, dann war der Wirbelsturm ein willkommener Anlaß diese Kapagne klammheimlich abzublasen und bis auf weiteres alles beim Alten zu lassen.

Winfried Scheewe

Neue Aktivitäten

Zwischen 1984 und 1987 gab es auf europäischer Ebene eine breite Kampagne gegen die Nahrungsmittelhilfe der EG und der einzelnen europäischen Staaten.** Die Ziele kurz zusammengefaßt: Mit Ausnahme der Katastrophenhilfe (die nur 10-20% der gesamten Nahrungsmittelhilfe ausmacht) wurde die Abschaffung der Nahrungsmittelhilfe und die alternative Verwendung der Gelder zur Förderung der Selbstversorgung in den bisherigen Empfängerländern der Nahrungsmittelhilfe gefordert. Allein die EG gibt jährlich mehr als eine Milliarde DM für die Nahrungsmittelhilfe aus. In Frankreich planen jetzt die Initiatoren dieser ersten Kampagne (freres des hommes, terre des hommes, peuples solidaires) eine neue europaweite Aktion zur Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Im Mittelpunkt soll jedoch nicht mehr die Nahrungsmittelhilfe sondern die Überschußproduktion und Überschußverwendung (subventionierte Billigexporte, die den Bauern in vielen Ländern der Dritten Welt die Märkte wegnehmen) sowie ihre Folgen für die Landwirtschaft hier und in der Dritten Welt stehen.

Gesucht werden in den anderen EG-Staaaten Organisationen und Gruppen, die sich an der Kampagne beteiligen möchten. Kontaktadresse und weitere Informationen von:

Anne-Sophie Boisgallais
AGIR ICI
185, rue de Charonne
F-75011 Paris

br

** Anmerkung:
Zu dieser Kampagne unter dem Titel "Für das Recht der Völker, sich selbst zu ernähren" vergleiche Blätter des iz3w Nr. 116 S. 5ff, Nr. 123 S. 54f, Nr. 131 S. 65, Nr. 133 S. 40ff

Heiße Debatte um die Solidarität mit Nicaragua

Vom 3.2. bis 5.2.1989 fand in Frankfurt das Bundestreffen der Mittelamerikagruppen statt. Zwei bevorstehende Ereignisse prägten die Tagung: Am 19. Juli jährt sich zum zehnten Mal die Machtübernahme der Sandinisten in Nicaragua und am 19. März sollen in El Salvador Wahlen abgehalten werden.

Wirtschaftliche Probleme zwingen zu Kompromissen

Carsten Helpert von der Nicaragua-AG des Deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen referierte über die wirtschaftliche Situation in Nicaragua: Bisher habe Nicaragua über seine Verhältnisse gelebt. Von nun an gehe es bergab. Die sozialen Probleme seien nicht mehr finanzierbar. Jetzt müsse gespart werden und zwar bei den Arbeitern. Die Abkopplung, die Umstrukturierung der Besitzverhältnisse und die Agrarreform seien nicht gelungen. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt und damit von anderen Ländern sei ebenfalls nicht aufzuheben. In vielen Bereichen sei Nicaragua auf ausländische Hilfe angewiesen. Deshalb müsse es sich diplomatisch verhalten. Diese schwierige Bündnispolitik beschränke die Selbstbestimmung. Und auch innenpolitisch seien die Sandinisten gezwungen, zwischen den verschiedenen Klassen-, ethnischen und religiösen Interessen zu vermitteln. Helperts Fazit lautete: In Nicaragua gehe es zwar sozialistische Elemente, aber es sei nur eine Übergangsgesellschaft. Auf absehbare Zeit werde es auch keine sozialistischen Gesellschaften geben.

Solidarität mit Nicaragua in Frage gestellt

Da Nicaragua sowohl seine sozialistische als auch seine antiimperialistische Politik aufgegeben habe, so die Vertreter des Info-Büros in Wuppertal, stelle sich die Frage, ob man die Solidarität mit Nicaragua nicht aufgeben müsse. Denn schließlich gehe es nur noch um reine Überlebenssicherung. Darunter leide die Überzeugungskraft der eigenen politischen Bewußtseinsarbeit. Und so sehe es auch in der Solidaritätsbewegung aus: In vielen Gruppen, vor allem in den Projektgruppen, gebe es keine antiimperialistische Stoßrichtung und damit keine effektive Bewußtseinsarbeit mehr. Die Spendenaktion anläßlich des Hurricans sei z. B. nur eine humanitäre, aber keine politische Aktion gewesen. Dem wurde heftig widersprochen. Mensch dürfe nicht zu hohe Erwartungen an die Revolutionen in der Dritten Welt haben, sonst würden sie zwangsläufig enttäuscht. Denn schließlich könne mensch von der Dritten Welt nicht das erwarten, was den Antiimperialisten in den Metropolen selbst nicht gelänge. Mensch dürfe sich in dieser Situation nicht von Nicaragua abwenden, sonst würde die Revolution - pardon die Reform natürlich - scheitern und darüber würde sich nur die Rechte freuen. Projektarbeit sei auch nicht unpolitisch. Außerdem wolle man etwas Konkretes machen, das sei eine wichtige Erfahrung. Schließlich einigte man sich darauf, sowohl weiterhin Nicaragua mit konkreter Projektarbeit zu unterstützen als auch in den Metropolen antiimperialistische Bewußtseinsarbeit zu machen. Allerdings müsse der "Sozialdemokratisierung" (=Entpolitisierung) der Solidaritätsbewegung, z. B. in den Städtepartnerschaftsprojekten, der Kampf angesagt werden.

Wahlvorschlag der FMLN

Am Nachmittag ging es um die Entwicklung in El Salvador. Am 19. März sollen dort die Wahlen abgehalten werden. Dazu finden Verhandlungen zwischen der Widerstandsbewegung FMLN und der Regierung statt. Die FMLN wird sich unter folgenden Bedingungen an den Wahlen beteiligen: Die Repressionen sollen eingestellt, politische Aktivitäten erlaubt, die Streitkräfte kaserniert, ein Wahlgremium mit Vertretern aller politischen Gruppierungen eingerichtet und ein gemeinsamer Wahlkodex beschlossen werden. Die Frage, ob die FMLN ihre Waffen niederlegen würde, wenn es saubere Wahlen gäbe, wurde von den anwesenden Vertretern der FMLN verneint. Ein Teilnehmer meinte entrüstet, daß Wahlen doch keine Revolution ersetzen könnten, worauf die FMLN-Vertreter erwiderten, man müsse die sozialen Kosten so gering wie möglich halten und deshalb werde versucht, mit politischen Mitteln den Konflikt zu lösen. Zur Wahl soll Ende Februar eine Kampagne gestartet werden.

Emanzipation und Identität

Heinz Diedrich machte in einem weiteren Beitrag auf die bevorstehenden Jubelveranstaltungen des Jahres 1992 aufmerksam. Zum einen wird die "Entdeckung" Amerikas gefeiert und zum anderen werden die Schranken im EG-Binnenmarkt fallen. Diese beiden Ereignisse müßten langfristig vorbereitet werden, damit eine fundierte Gegenöffentlichkeit geschaffen werden könne. Für Diedrich gibt es drei große Problembereiche: Man brauche eine neue Sprache. Denn die herrschende verschleiere die gesellschaftlichen Widersprüche. So werde von der "Entdeckung" geredet, als hätte es nicht schon jahrtausendalte Kulturen gegeben. Der Sache angemessener wäre eigentlich der Begriff Invasion. Der Begriff "Indio" sei rassistisch. Und der Begriff "Elite" suggeriere Leistung. Um aufklären zu können, müsse eine neue Sprache entwickelt werden, zumal die Europäer die kolonialisierten Völker um ihre eigene gebracht hätten. Der zweite Problembereich sei die koloniale Abhängigkeit vom Weltmarkt. Und die werde durch den bevorstehenden Binnenmarkt noch vergrößert. Jener sei "ein aggressives Gebilde", gegen den die Länder der Dritten Welt Widerstand leisten müßten. Der dritte Problembereich sei der "Raub des kolonialen Bewußtseins". Die Identität sei zerstört worden. Eine adäquate Gegenwartsbestimmung sei daher nicht möglich und positive Utopien könnten nicht entwickelt werden, ohne eigene Identität sei ein politischer Kampf aber nicht durchführbar. Deshalb wird von lateinamerikanischen Intellektuellen, zu denen auch der Referent zählt, eine neue Zeitschrift gegründet: "América la patria grande". Zudem soll ein Wettbewerb für Romane, Essays und Filme in spanischer und portugiesischer Sprache ausgeschrieben werden. Die ganze Kampagne läuft unter dem Namen "Emanzipation und Identität". Man müsse ein breites Spektrum von Intellektuellen mobilisieren. Denn wenn man zu radikal argumentiere, werde man durch die Diffamierungskampagnen der Rechten geschwächt. Gehe man zu weit nach rechts, würden die Linken herausfallen. Außerdem müßte alle ethnischen und religiösen Minderheiten berücksichtigt werden. Diese Kampagne solle über viele Jahre laufen, denn eine neue, eine eigene Identität zu finden, sei ein langwieriger kollektiver Prozeß, von dem noch niemand sagen könne, was er bringen werde.

hb

Zum zehnten Jahrestag der sandinistischen Revolution wird ein Kongreß (17.-19. Juni 1989) mit dem Thema "Möglichkeiten und Grenzen revolutionärer Politik" stattfinden. Zudem werden vielfältige Aktionen zum 19. Juli geplant.

Presseerklärung der VerteidigerInnen von Ingrid Strobl
nach den ersten vier Verhandlungstagen in dem Prozeß vor dem OLG Düsseldorf

In der Gesamtwertung der ersten vier Verhandlungstage ist festzuhalten, daß die Bundesanwaltschaft (BAW) bei dem Nachweis ihrer Anklagekonstruktion keinen Schritt weitergekommen ist.

Allerdings befürchtet die Verteidigung aufgrund des am dritten Verhandlungstag verkündeten Beschlusses des Senats, daß versucht werden soll, die bestehenden und schon in der bisherigen Hauptverhandlung deutlich gewordenen Beweislücken durch Hypothesen über die angebliche Struktur der RZ zu schließen.

1. Die Behandlung der Sachaussagen der Mandantin erweckt den Anschein, daß die Prozeßrolle der Angeklagten im Verfahren nach § 129 a StPO — gegen die Gesetzeslage — anders beurteilt wird als in Verfahren „normaler Kriminalität".

Der/die Angeklagte hat das Recht zu schweigen. Von diesem Recht hat Frau Strobl nur solange Gebrauch gemacht, wie ihr Akteneinsicht verwehrt wurde und sie hat sich danach — wie in der Hauptverhandlung bestätigt — zur Sache und den Tatvorwürfen eingelassen.

Keineswegs aber ist die Angeklagte verpflichtet, als Ermittlungshilfe der Bundesanwaltschaft zu fungieren und hierdurch irgendwelche Loyalitätsgedanken dem Staat gegenüber zu dokumentieren.

Die Behandlung ihrer bisherigen Sachaussagen durch BAW/Gericht und Teile der Presse bestätigt die Einschätzung der Mandantin, sie könne sagen, was sie wolle, wenn sie den Namen ihres Bekannten nicht angäbe, wäre sie in jedem Fall unglaubwürdig.

Die BAW, OstA Lampe, sprach in ihrer Erklärung nach § 257 StPO in der Hauptverhandlung sogar davon, die Mandantin habe durch die Nichtnennung dieses Namens gegen die von der Verfassung gebotene Aufklärungspflicht verstoßen.

Eine Aufklärungspflicht obliegt aber nur dem Gericht, welches bei der Glaubwürdigkeitsprüfung die für und gegen die Mandantin sprechenden Fakten abwägen muß. Die Glaubwürdigkeit der Konstruktion der BAW in ihrer Anklageschrift ist aber schon in sich erschüttert dadurch, daß — ohne daß Tatsachen dies belegen — von der Konstruktion einer Mitgliedschaft der mandantin in den Revolutionären Zellen (RZ) als Prämisse ausgegangen wird, wodurch allein der bloße Weckerkauf zur Tatmittelbeschaffung gerät.

Für eine angebliche Bestätigung der Mandantin in den RZ spricht aber keine der für die Anklage erhobenen Fakten, für das Gegenteil spricht die bekannte und dokumentierte Form der bisherigen politischen Betätigung der Mandantin.

Gegen die zweckgemäße (ein Erfolg muß her), aber sachwidrige Bewertung dieser Fakten durch die BAW richtet sich der von der Verteidigung erhobene Vorwurf des Gesinnungsjustizdenkens.

Es muß festgehalten werden, daß durch das justizielle Verfahren die Schuld der Mandantin bewiesen werden muß, nicht aber muß die Mandantin ihre Unschuld beweisen.

2. Die von der BAW benannten und an den beiden ersten Prozeßtagen gehörten Zeugen des BKA, Sachbearbeiter in der Fachabteilung RZ, haben bisher bewiesen, daß mit allen Mitteln versucht wurde, das Anklagekonstrukt zu untermauern. Ausgehend von der These — wir haben endlich eine — wurden die reinen Tatsachen in das Ermittlungswunschbild umformuliert und verändert. Aus dem Anfangsverdacht gegen die Mandantin aufgrund des Weckerkaufes wurde, weil die Mandantin tatsächlich einen weiten, u.a. auch politisch arbeitenden Bekanntenkreis hat und sie zudem als Intellektuelle selbst politisch argumentiert, der Verdacht der Rädelsführerschaft in der „terroristischen Gruppe um Strobl".

Aus der Tatsache, daß Freunde der Angeklagten sich gegen die Flüchtlingspolitik der BRD engagieren, wird für die Ermittlungsbehörden die Beschäftigung der Mandantin selbst mit anschlagsrelevanten Themen.

Nach „jahrelanger Durststrecke" bei der Fahndung nach RZ-Mitgliedern und „mühsamer kriminaltechnischer Kleinarbeit" (so BKA-Meyer) war man seitens des BKA/der BAW nach Beginn des Fahndungsprogramms „Emes-Wecker" stolz darauf, den Weckerkäufern eine Falle gestellt zu haben, in die sie hineingetappt seien.

Da spielte es dann auch aus Ermittlungssicht keine Rolle mehr, wenn ins Fadenkreuz der Ermittlungen jemand gerät, der „bisher ein völlig unbeschriebenes Blatt" wie Frau Strobl, sich auch noch für das Ermittlungsergebnis irrelevant, unauffällig und unverdächtig verhält.

Festzuhalten ist nach der Vernehmung der beiden BKA-Beamten, daß außer Schlußfolgerungen, dem Willen zum Erfolg und mühseliger kriminaltechnischer Kleinarbeit nichts gewesen ist; ein Großteil der Ermittlungsverfahren, die zum Teil gegen Personen nur deshalb eingeleitet worden waren, weil sie als Kontaktpersonen von der Mandantin durch die Telefonüberwachung bekannt geworden waren, ist inzwischen eingestellt.

3. Der Senat hat durch den Vorsitzenden behaupten lassen, ihn interessierten nur die Fakten; die Ermittlungsfehler und -Lücken des BKA nötigten den Senat allenfalls zu der Bemerkung, dieser würde ohnehin nicht im Kaffeesatz lesen.

Wenn es stimmt, daß es den Senat nur in-

teressiert, ob die Mandantin den Wecker in „Verdeckungsabsicht" gekauft habe, so wird im weiteren Verlauf der Hauptverhandlung genau zu beobachten sein, aus welchen Quellen der Senat sich Erkenntnisse über die subjektive Verwendungsabsicht der Mandantin einholt.

Wenn nicht aus dem Kaffeesatz der politischen Verdächtigen, woraus denn dann?!

Durch seine Offenkundigkeitserklärung vom 3. Verhandlungstag hat der Senat allerdings schon deutlich gemacht, woher der Wind weht und wie die Beweislücken überbrückt werden können.

Nach diesem Beschluß soll gerade das offenkundig und damit einem Beweis des Gegenteils nicht zugänglich sein, was dazu dienen könnte, das Gerippe der Anklagekonstruktion zu stützen; die Annahme nämlich, es sei erstens die Struktur der RZ bekannt, zweitens diese Struktur beinhalte die Abgeschlossenheit der RZ nach außen, die gerade von der BAW dazu herhalten soll, als Doppelschluß zu erweisen: Wer den Wecker kauft, kann ihn nur als Mitglied der RZ gekauft haben und ist somit auch Mittäter des Attentats.

Der Annahme, die bestimmte Struktur der RZ sei bekannt, widersprechen aber zum einen früher getroffene Feststellungen des 5. Senates des OLG, z.B. im Urteil vom 10.06.1985 gegen Beine. Es heißt dort: „Die genaue Struktur der RZ, die Anzahl der Gruppen und Mitglieder konnte bisher nicht ermittelt werden. Insbesondere konnte nicht festgestellt werden, daß jeder einzelne Anschlag auf einer zentralen Planung und Steuerung beruht."

In der Offenkundigkeitserklärung des Senats heißt es dem gegenüber: „Die Mitglieder der Organisation RZ operieren in Gruppen, die nach außen streng abgeschlossen sind, jedoch untereinander in engem Kontakt stehen und die Zielrichtung ihrer Anschläge gemeinsam festlegen."

Der Verdacht liegt nahe, daß trotz der zugegebenermaßen nicht bekannten Struktur der RZ diejenige Hypothese über die RZ als offenkundig angesehen wird, die genau die Anklagekonstruktion stützen kann.

Zum anderen sprechen auch bereits getroffene Feststellungen, z.B. in anderen rechtskräftigen Urteilen über die Struktur der RZ genau gegen die unterstellte Arbeitsweise der Gruppe. Dieser Arbeitsweise hat es nämlich nicht widersprochen, daß z.B. von den RZ ein Nichtmitglied zum Verstecken von Waffen und Sprengmaterial eingesetzt wurde (so Urteil des OLG Frankfurt in Sachen Beyerle).

Die Verteidigung wird am Donnerstag, den 02.03.1989 in Beweisanträgen auf diese widersprüchliche Situation hinweisen und aus der Reaktion des Gerichtes hierauf wird abzulesen sein, inwieweit sich der Senat bei der Urteilsverkündung tatsächlich nur auf festgestellte Tatsachen und nicht auf den Kaffeesatz stützen wird.

Edith Lunnebach, Köln
Hartmut Wächtler, München
Köln, den 28.02.1989

Offene Redaktion für Heft Nr. 161

Für Oktober '89 planen wir eine Themenblocknummer über Befreiungsbewegungen und Counterinsurgency in der 3. Welt.

LeserInnen, die sich an der Vorbereitung beteiligen möchten, können eigene Themenvorschläge einbringen oder bevorzugte AutorInnen vorschlagen. Auch Dokumente und eigene Artikel sind erwünscht.

Bisher haben wir folgende Konzeption:

1. Wir wollen der Frage nachgehen, wie sich die Einstellung der Linken in der BRD zu revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt verändert hat und ob dabei die Auseinandersetzung mit revolutionären Ansätzen in den Metropolen mitentscheidend war. Welche Rolle spielte dabei die „Idealisierung" des Befreiungskampfes? Sind die „Befreiungsbewegungen an der Macht" beim Aufbau einer neuen Gesellschaft „gescheitert" - oder - und wie verarbeitet die BRD Linke ihre „Desillusionierung" über reale Entwicklungen in den entsprechenden Ländern? Innerhalb dieses Schwerpunkts soll die Gewaltfrage einen besonderen Stellenwert erhalten: Zeigt sich hier ein Widerspruch zwischen dem politischen Handeln der Linken in der BRD und der Akzeptanz „revolutionärer Gewalt" (Gewalt/Gegengewalt) in den Ländern des Trikonts?
2. In einem Übersichtsartikel werden wir aktuelle Befreiungsbewegungen analysieren. Aus welchem Selbstverständnis (antikolonialistisch, antiimperialisisch usw.) heraus handeln sie, was sind ihre Strategien, wie stellen sie sich eine „befreite Gesellschaft" vor welche Ansätze gibt es dazu bereits in den „befreiten Gebieten")? An einzelnen Länderbeispielen werden wir das noch einmal konkretisieren.
3. In einem dritten Schwerpunkt wollen wir die Politik der USA und BRD gegenüber Befreiungsbewegungen untersuchen. Dabei soll versucht werden, die Entwicklung repressiver (z.B. CIA) Aktivitäten von Vietnam bis zu heutigen Formen der Aufstandsbekämpfung, wie z.B. LIC aufzuzeigen. Internationale Verstrickungen, Finanzierungen und flackierende Maßnahmen z.B. durch Forschungsprojekte und durch NGO's sollen unter die Lupe genommen werden.

Schickt Eure Vorschläge - bitte bald - mit dem Anschriftenvermerk: Redaktion Heft Nr. 161

Hungerstreik

Seit dem 1.2.89 befinden sich über 50 Gefangene aus RAF und Widerstand und einige sogenannte soziale Gefangene im Hungerstreik. Am 14.2. wurde der Hungerstreik von allen Gefangen bis auf Christa Eckes (Köln-Ossendorf) und Karl-Heinz Dellwo (Celle) unterbrochen. Seit dem 1.3.89 sind Gabriele Rollnik (Berlin-Plötze) und Rolf Heissler (Straubing) im Hungerstreik. Alle 14 Tage werden sich jetzt weitere Gefangene dem Hungerstreik anschließen.

Der Hungerstreik wird von der Bundesanwaltschaft als „mitgliedschaftliche Betätigung in einer terroristischen Vereinigung" gewertet. Deshalb wurden gegen alle Hungerstreikenden neue Verfahren nach § 129 a eingeleitet und die Haftbedingungen verschärft.

Die Medien in der BRD schweigen sich über den Hungerstreik aus. Wir lehnen die Isolationshaftbedingungen, unter denen Gefangene in der BRD existieren müssen genauso ab wie menschenverachtende Haftbedingungen und Folter in aller Welt.

Wir dokumentieren im folgenden die Erklärung der Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) zum Hungerstreik.

DOKUMENTATION

taz vom 1.2.89

„Schluß mit dieser 18 Jahre langen Tortur"

Erklärung der Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) zum Hungerstreik ★ Wir dokumentieren.

wir sind seit heute im hungerstreik. jetzt lassen wir nicht mehr los. die zusammenlegung muß jetzt erreicht werden.

jeder, der es wissen will, weiß, was die isolation ist, sie ist international begriffen und als folter definiert. hier haben sie inzwischen die isolation für gefangene revolutionäre, ob aus guerilla, aus dem widerstand oder ausländische genossen und genossinnen, zur regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale gefangene ein — international wird sie als die saubere perfide methode der feinen brd-europäer immer mehr übernommen.

hier muß sie gebrochen werden.

neun hungerstreiks haben wir gemacht, zwei gefangene sind darin gestorben, viele von uns haben gesundheitsschäden. jetzt muß schluß sein mit dieser achtzehn jahre langen tortur. das ist unser definitiver entschluß, so werden wir kämpfen.

es gibt dazu nicht mehr viel zu erklären. unsere situation und unsere forderung sind klar. uns sträubt sich inzwischen auch schon alles, von der isolation noch zu reden und davon, daß wir zusammen wollen. diese dürren wörter und ihre wiederholung sind schon ein hohn auf die wirklichkeit in den gefängnissen. im lauf des streiks wollen wir dann noch öfter etwas sagen, jetzt nur ein paar hauptsachen, worum es uns geht.

wir machen so nicht mehr weiter.

das ziel der isolation war von anfang an, die gefangenen zu zerstören, um die politik der raf zu ersticken. damit sind sie an uns gescheitert — aber wir ertragen es so auch nicht mehr. wir wollen es jetzt nicht mehr aushalten, so ist es. das ist jetzt unsere politische und unsere existentielle entscheidung. denn wenn wir uns auch gegen ihren zerstörungsautomaten behaupten konnten und wenn wir selbst in dieser lage noch entscheidendes neues für uns gewonnen haben — es gibt eine grenze, an der der permanente kampf der einzelnen und die ständig weit reduzierte lebensweise als gefangene politische gruppe für uns nicht mehr gehen. die ist jetzt da.

es ging immer nur eine begrenzte zeit, an den hungerstreikzyklen durch all die jahre ist es abzulesen. in ihnen haben wir unsere identität im kampf verteidigt und uns die kollektivität in der vereinzelung immer wieder lebendig gemacht.

bis das, was wir uns aus dem kampf in die löcher geholt hatten, wieder aufgebraucht war.

jetzt fügen wir dem nicht mehr noch einen streik nur dazu, das ist nicht mehr möglich, jetzt gibt es für uns nur noch das materielle ziel.

wir wollen jetzt die zusammenlegung, und wir wollen damit auch diese ganze lange phase abschließen — und dann wollen wir weiter. auf eine absehbare reaktion „die isolation wird aufgehoben", also kosmetik, einzelne, differenziertere anpassungen, die dem brd-staat nur die angriffe wegen der isolation vom hals schaffen sollen und für uns nicht das grundlegende ändern, werden wir uns nicht mehr einlassen. nicht mehr nach dieser langen zeit. das soll von anfang an klar sein. wir haben immer jede kleine veränderung genutzt, waren immer zu schritten bereit. jetzt gibt es aber nichts mehr als die zusammenlegung.

zu glauben, mit einer neuen aufmachung, was sich dann vielleicht „normalvollzug" nennt, unserem kampf zusammenzukommen den boden entziehen zu können, ist ein irrtum. das heißt dann nur eine neue runde. es gibt nichts mehr als die zusammenlegung.

es ist auch nicht mehr nur das alte — die notwendigkeit gegen die isolation und die möglichkeit einer gegenstruktur in diesen bedingungen —, in diesem brennofen bleibt nichts wie es war. die forderung hat für uns in der zeit auch eine viel weitergehende materialität bekommen. nur aus den beziehungen zueinander und derenpermanenter lebendiger entwicklung sind wir durch diese zeit gekommen — und darin ist unser zusammenhang teil von uns geworden wie arme und beine.

das nimmt uns heute niemand mehr, das dreht keiner zurück. es ist eine materialität, die der kampf gegen die vernichtung geschaffen hat — und dasselbe jetzt einfach auch mal so: es ist das dialektische produkt ihrer maßnahmen. und nachdem die jetzt achtzehn jahre mit allen varianten so stehen und keine „normalität" damit exekutiert werden konnte, müssen sie die kröte, die die zusammenlegung für sie ist, auch schlucken.

aber nicht nur subjektiv, auch bezogen auf die politische entwicklung geht es schon um mehr. in der wirklichkeit klaffen unsere situation und damit unsere möglichkeiten und was die reale situation insgesamt verlangt, damit es weitergeht, längst weit auseinander.

während wir die zusammenlegung noch nicht haben, entwickelt sich schon die frage nach einer weitergehenden perspektive für die politischen gefangenen überhaupt. es geht um uns, von allen seiten will man was von uns — aber wir können nicht zusammen reden und kaum handeln.

es läuft bei uns nur zusammen. und ohne uns läuft es dabei nicht. das sollte aus den vielen versuchen in den letzten jahren, über uns wegzubügeln, doch klar geworden sein. wir wollen jetzt an der gesamten politischen diskussion teilnehmen.

das ist die andere seite der zusammenlegung.

aus einer ganzen reihe von entwicklungen, hier und international, sind neue fragestellungen entstanden. es ist insgesamt eine neue stufe der auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden seiten, die ziele, die formulierung der politik, die formierung für den kampf ein neues mal angegangen werden.

auch das ist eine widerspiegelung davon, daß hier aus beiden richtungen neu die frage nach den gefangenen hochgekommen ist. der staat bringt begnadigungen, staatskonforme gruppen wollen eine amnestie — und der revolutionäre widerstand nimmt wieder auf, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft werden muß.

auch wir meinen, daß diese auseinandersetzung jetzt reif ist. das wird aber nur in einem prozeß von diskussion und praxis weitergebracht werden, in dem revolutionäre politik hier zu einem neuen realen faktor wird.

unser kampf für die zusammenlegung jetzt soll teil davon sein. aus vielen ansätzen im letzten jahr, aus der offenheit und dem willen quer durch verschiedene zusammenhänge im widerstand, halten wir eine neue einheit im revolutionären kampf für möglich. es zeichnet sich jetzt schon eine umkehrung der linken rückentwicklung seit ende der siebziger jahre ab. der kampf in der metropole kann auch neu in die internationale auseinandersetzung kommen. dann werden auch ganz neue politische möglichkeiten in der brd eröffnet sein. wir hoffen das.

die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation — und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu.

denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirklich nicht unser höchstes glück.

wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere, wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt.

wir nehmen jetzt eine neue form von kollektivem kampf. im letzten streik haben sie ein gesetz gemacht, mit dem sie uns das mittel hungerstreik nehmen wollten. das „komagesetz".

es bedeutet, daß dem einzelnen im koma in einer langgestreckten medizinisch-technischen manipulation in der intensivstation der wille und die entscheidungsfähigkeit, den kampf weiterzuführen, genommen werden soll. es bedeutet weiter für die auseinandersetzung insgesamt, daß sie die zuspitzung und entscheidung auf einen engen zeitraum bringen wollen, praktisch auf einen punkt, den, wenn nach zwei, drei monaten viele von uns gleichzeitig auf der kippe sind. es sterben dann vielleicht mehrere, aber dann in einer kurzen, frontalen konfrontation — und die „tragen" sie, wie sie letztes mal gesagt haben, und dann, stellen sie sich vor, ist schluß.

und das würde auch bedeuten, daß das mittel des kampfes politisch sich gegen uns dreht. denn in dieser kulmination für alle zum selben zeitpunkt käme die frage nach sinn und ziel auf uns zurück. wenn viele tot sind, wie wollen die anderen dann zusammen sein.

wir werden ihnen das umdrehen und einen langgezogenen kampf führen. jeder von uns ist das kollektiv.

wir fangen alle zusammen an, nach zwei wochen gehen wir in eine kette über. bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei wochen kommen die nächsten zwei wieder dazu, nach den nächsten zwei wochen wieder zwei, und weiter.

wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die zusammenlegung haben.

wir fordern:

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen.

freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.

freilassung von günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder.

freie medizinische versorgung ohne staatschutzkontrolle für alle gefangenen.

freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen.

für die gefangenen aus der raf helmut pohl, 1. 2. 89

epd-Entwicklungspolitik 1/2/89
Infos: US-Truppen in Lateinamerika / Keine Hilfe für äthiopische Kriegsgefangene / Entwicklungshilfe für Brasilien mit Umweltschutzauflagen
Analyse: Zwischenbilanz - Entwicklungspolitiker zur Nord-Süd-Politik / Frischer Wind in Cubas Presse / Firmenportrait MBB
Dokumentation: Schuldennachlaß zum Schutz des Tropenwaldes / Harare-Erklärung zur „Solidarität der Kirchen mit den Frontstaaten"

epd-Entwicklungspolitik, Materialien I/89
Herausforderung für eine missionarische Kirche durch soziale Folgen deutscher Direktinvestitionen in Übersee — die Beispiele Brasiliens und Südkoreas
Zwei ausführliche Länderstudien, Stellungnahmen südkoreanischer und brasilianischer Kirchen. 120 S.
Einzelpreis 10,- DM, Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2, 6000 Ffm 17

EPK 5-6/88
Seit 500 Jahren „Indianer" — Amerikas Ureinwohner heute
1992 steht die 500jährige Wiederkehr der Landung des Kolumbus in Amerika bevor. Ein Anlaß, über den Begriff „Indianer" nachzudenken und nach der Identität und Wirklichkeit der indianischen Völker heute zu fragen.
Grundlegende Beiträge: Wer ist ein „Indianer — zum Begriff. Amerikas Ureinwohner heute — Fremnde im eigenen Land. Entwicklungshilfe am Beispiel der Lengua-Indianer in Paraguay
Länderbeiträge: Bolivien — von der Kolonialzeit bis heute. Bei den Mayas in Mexiko. Indianer in den USA. Sendero Luminoso und die Indios in Peru. Die Mapuche in Chile. Nicaragua und die Miskitos. Weltbank-Projekt in Brasilien
Dokumentationen: Rede Evaristo Nugkuag Ikanams (alternativer Nobelpreis) vor dem Stockholmer Parlament. Botschaft der Landbevölkerung Guatemala an die Vereinigten Nationen.
Porträt: Rigoberta Menchu. **Rezension:** Antonio Callado, Quarup. Filmbesprechung: Mission.
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20. DM 6,-

---

ila Nr. 122, Jan./Febr. 89
Schwerpunktthema: Kuba — 30 Jahre Revolution: Historische Rückblicke, aktuelle Einblicke in Alltagsprobleme, in Wirtschaftsprobleme; Gespräche mit kubanischen Frauen, mit einer Funktionärin der kubanischen Kommission für internationale Zusammenarbeit. Eine Stimme aus Panamá zur Symbolkraft Kubas für Lateinamerika. Geschichte der Solidaritätsbewegung mit Kuba in der BRD.
Ansonsten: Hintergrundberichte zum Mord an Chico Mendes, Brasilien, zur feministischen Bewegung in Mexico, zur Repressionsmaschinerie in El Salvador, Portrait des alternativen Nobelpreisträgers José Lutzenberger, Nachrichten aus Honduras, Kolumbien, Argentinein, Mexico und den USA. Viele Notizen und Termine aus der/für die Bewegung. Außerdem: 400 Seiten ila-Produktion 1988 auf einen Blick (Jahresregister).
Einzelpreis DM 4,-/Jahresabo DM 40,-

---

informationsdienst südliches afrika 8/88 (Dezember)
Schwerpunkt: Literatur, Theater, Musik
Kriegs- und Krisenliteratur, Verlagswesen, Theater- sowie Musikszene in Zimbabwe / Künstlerische Arbeit in Lesotho (Interview mit Zakes Mda) / Schriftsteller in Angola — der bekannte Autor Pepetela hielt sich im Herbst 88 in der BRD auf. Ein Beitrag beschäftigt sich mit den Aktivitäten des mosambikanischen Malers Malngatana anläßlich der ECASAAMA-Konferenz in Bonn. Außerdem: Tendenzen in der „weißen" Politik Südafrikas nach den Kommunalwahlen; der „Delmas Prozeß"; Namibia-Angola-Vertrag; Treffen des ANC mit sowjet. u. südafr. Wissenschaftlern; Fortsetzung der Disskussion um Unterstützung „Interner Projekte" in Südafrika; u.a.m.
Wie immer liegt im Infodienst der SADCC-Brief bei, der Informationen zu den Ländern der Souther African Development Coordination Conference (SADCC) gibt:
SADCC-Brief 8-88 „Kooperationsfeld Nahrungssicherung"
Die Dokumentation zur Europäischen Konferenz „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola" (ECASAAMA) ist ab dem 10.2.89 für DM 10,- bei der issa zu erhalten. Die Dokumentation enthält u.a. die Redebeiträge, Presseecho und Renamo/UNITA-Recherchen.

Lateinamerika Nachrichten 178 — Februar 1989
El Salvador: Untersuchungsbericht über den Mord an Jürg Weis; Politische Geschichte der Universität El Salvador — Nicaragua: 1989 — Jahr der Entbehrungen; Ökologische Schäden durch „Juana"; Zensur ist bestes Vitamin — Brasilien: Bundesregierung unbeeindruckt von Gewalt in Amazonien; Interview mit einem Kautschukzapfer: Mit dem Urwald leben — Chile: Colonia Dignida: Neue Enthüllungen — Argentinien: Militärs feiern Fünf Jahre Demokratie — Venezuela: Kann Pérez die Erwartungen erfüllen?
Preis für das Einzelheft: 5 DM

Solidarische Welt Nr. 123:
Themenschwerpunkt: Rassismus
Farbe bekennen (afrodeutsche Frauen im Gespräch) / Diskriminierung und Rassismus im Tourismus / „Rassenlehren" und Rassismus (Zur Entstehung und Geschichte; Blickpunkt Südafrika) / Schwarze in Brasilien / Interkulturelle Erziehung im Vorschulbereich / Antirassismus-Initiative / Literaturhinweise u.a.

Solidarische Welt Nr. 124:
Themenschwerpunkt: Waldzerstörung und Widerstand/Umweltprojekte
Indien: Notwendigkeit und Schwierigkeit von Umweltbewegungen, sich selbst zu repräsentieren (Gespräch mit Vandana Shiva) / Forstpolitik und Widerstandsaktionen (Interview mit Vardhan) / **Brasilien:** Zuspitzung der Landkonflikte in Amazonien / Beispiel: Die Region Marabá / Von der Schwierigkeit des Dialogs (am Beispiel des Gegenkongresses) / **Sahel:** Wenn der letzte Baum gefällt ist... Erosionsschutz und Aufforstung in Westafrika und Zimbabwe / Tropenholz-Boykott? / Aktivseminar und Literaturhinweise zum Thema.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 134
Nach Berlin: Quo vadis, BUKO?
Protokolle und Berichte von Sitzungen des BUKO-KA, der BUKO-Kampagnen und des KoV Planung für den Kultur-BUKO 1989
Zur Fortsetzung der Kampagne gegen Verschuldung — Banken, Verschuldung und kein Ende; Regenwaldappell; Internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei; Verbot für hochdosierte Hormonkombinationen in Indien: Freiheit für Ingrid Strobl; Arbeitsbereicht des Schering-Netzwerkes; Tag X in Gronau; Stoppt die Atommafia; Wintex/Cimex: KDV in Südafrika; BUKO verhindert BRD-Rüstungsexport nach Südafrika; Voz Popular — Radio der Befreiung; Termine; Notizen aus der Szene; Zeitschriftenschau; Materialien/Medien
Bezug: Forum, Lingener Str. 9, 4400 Münster, DM 3,-

Tagungshinweise

Kurve Wustrow, Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion.
- **Der israelisch-palästinensiche Konflikt**, v. 7. - 9.4.89
- **Indien heute - Auf den Spuren M. K. Ghandis? Formen des Widerstandes in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung im heutigen Indien**, v. 21. - 23.4.89

Ort: KURVE Wustrow, Kirchstr. 14, 3135 Wustrow, Tel. 05843/507

"3. Welt" - Tage in Düsseldorf, v. 1.4. - 10.5.89
Veranstalter: Koordinationskreis Düsseldorfer "3. Welt" - Initiativen, c/o. Beatrice Eberlein, Joachimstr. 1, 4000 Düsseldorf, Tel. 574795

Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden:
- **Der Feind ist der Krieg**, v. 5. - 7.5.89, Tagesstätte Oberweier "Alte Kinderschule", Hauptstr. 10a, 7632 Frieseheim 2, Anmeldung: Jugendhaus Sindelfingen Mitte, Küblerstr. 4, 7032 Sindelfingen
- **Die Macht des Boykott. Konsumboykott als gewaltfreier Widerstand im Alltag**, am 1.7.89, c/o. Renate Wanie, Korngasse 14, 6915 Dossenheim, Tel. 06221/869372

Internationales Symposium über die fünf afrikanischen Staaten portugiesischer Sprache, v. 3. - 5.489 in Köln, c/o. Deutsche Gesellschaft für die Afrikanischen Staaten portugiesischer Sprache, Kennedyallee 16, 5300 Bonn 1

Das Erziehungswesen in Bolivien, v. 14. - 16.4.89 in Tauberbischofsheim, c/o. Bolivien-Forum, Carlos Hinojosa Armijo, Mühlenstr. 73, 5500 Trier-Irsch., Tel. 0651/17889

"Fate of the Earth", Internationaler Kongreß in Managua, Nicaragua, v. 5. - 9.6.89. Info: VFLU, Mainzerstr. 14, 6501 Stadecken-Elsheim 2

Neu eingetroffen

Materialsammlung: **Namibia: Texte und Dokumente zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie.** 1988, 15,- DM, Bezug: Zentrum für Afrika-Studien/Namibia-Projekt, Fachbereich 6, PF 330440, Universität Bremen, 2800 Bremen 33

Oliver Tolmein/Detlef zum Winkel: **taz-sachen. Krallen zeigen - Pfötchen geben**, konkret Literatur Verlag, Hamburg 1989

Juhani Koponen: **People and Production in Late Precolonial Tanzania. History and Structures.** Studia Historica 28.Iyväskylä 1988. 434 S. SEK 180,-

Carl-Duisberg-Gesellschaft e. V. (Hg): **ASA-Programm. Berichtsregister 1988.** 3. Auflage, 306 S., Bezug: Carl-Duisberg Gesellschaft e.V., Lützowufer 6 - 9, 1000 Berlin 30.

Jahrbuch Dritte Welt 1989, Daten, Übersichten, Analysen. Beck'sche Reihe 369, München 1988, 345 S., DM 19,80

Chancen und Risiken der Gentechnologie. Bericht der Enquete-Kommission, Bonn 1987, Bezug: kostenlos, 5300 Bonn, Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit.

Guido Ashoff: **Entwicklungs- und industriestrategische Optionen kleiner Länder der Dritten Welt. Ein Beitrag zur entwicklungstheoretischen Diskussion**, hrg.: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), 390 Seiten.

Zentralstelle für Gewerbliche Berufsförderung (Hg): **Ein Vierteljahrhundert gewerbliche Berufsförderung für Entwicklungsländer**, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 166 S., 36,- DM

Bilgin Sakir: **Jeden Tag weint die Sonne. 3 Jahre in türkischen Militärgefängnissen**, Weltkreis Sachbuch, Pahl-Rugenstein, 280 S., 16,80 DM

Studienkreis für Tourismus e.V. (H): **"Kenya verstehen"**, Sympathie Magazine Nr. 1 (dritte, völlig überarbeitete Auflage), Starnberg 1989, 4,- DM

Klaus Urban: **Bewässerung im Sahel. Eine kommentierte Literaturübersicht, hrg. von der gtz**, 77 S., Bezug: TZ-Verlagsgesellschaft mbH, PF 1164, 6101 Roßdorf

Die Grünen im Bundestag (Hg): **Low Intensity Conflict - Der Unerklärte Krieg. Argumente** Dokumentation des Hearings am 1./2. Juli '88, 56 S.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733